Nr. 177. 20. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 1. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Interne gegen das Wahlrecht.

Als man in der Wahlbewegung von einer geheimnisvollen socialdemokratischen Interne unsinnig schwatzte, begab es sich bereits, daß Anzeichen einer wirklichen Interne, aber nicht einer socialdemokratischen, aufgewiesen wurden.

Es giebt eine Interne, eine Organisation, die sich im Verborgenen hält und tückische Pläne spinnt. Es ist das eine Interne von Leuten, die sich Hüter der „Ordnung" nennen und **auf den Umsturz der Grundlagen des Deutschen Reiches**, auf Beseitigung **des Reichstags-Wahlrechts** konspirieren.

Wir sind in der Lage, die lichtscheuen Maulwürfe der Umsturz-Interne an die Helligkeit des Tages zu bringen. Wenn man die Farbe dieser im Dunklen Schleichenden bei Licht erblickt — siehe da: Ehrenwerte **konservative** und **nationalliberale** Mannen!

Schon vor den Wahlen erging **an eine Anzahl Vertreter des Großkapitals** folgendes Rundschreiben:

Hochgeehrter Herr!

„Politik ist die Kunst, die Massen zu führen, nicht wohin sie wollen, wohin sie sollen."
(Les Correspondants de Joubert 1785—1823.)

Auf Anregung und unter Befürwortung der mitunterzeichneten Herren gestatte ich mir im Verfolg meiner früheren ergebenen Mitteilungen über die, für den Ausbau des allgemeinen Wahlrechts eingeleitete Bewegung diese vertrauliche Mitteilung und Bitte im Interesse der Sache, deren **rasche und günstige Fortentwicklung** durch die eingetretenen Verhältnisse **eben jetzt zu erwarten steht.**

Mit seltener Beharrlichkeit fordern die Mehrheits-Parteien die Einführung von Diäten oder Anwesenheitsgeldern; dem gegenüber hat der Reichskanzler in der Sitzung vom 22. Januar d. J. erklärt, daß mit dem Diätenantrag gleichzeitig **die übrigen reformbedürftigen Punkte des Reichswahlrechts erledigt werden müssen**, und ich bin **von kompetenter Seite informiert, daß die verbündeten Regierungen** den willkommenen Anstoß zu der unabweislich gewordenen Revision des Reichswahlrechts **nützen wollen, daß es dazu der Vorbereitung der öffentlichen Meinung bedarf** und somit die schleunige Aufnahme der **allgemeinen Propaganda geboten erscheint.** Diese erfreuliche Wendung zur Entschiedenheit wie die erwähnten Intentionen der Reichsregierung sind auch noch durch die spätere Rede des Reichskanzlers, in welcher er den Reichstag mahnte, „nicht selber Hand an die Wurzeln des Parlamentarismus zu legen, dessen Macht bei uns eine Grenze an der stärkeren Macht des Monarchismus finde", und der Diäten mit den Worten gedachte, daß die Zeit dafür „noch nicht" gekommen sei, vor der Oeffentlichkeit bestätigt worden.

Die Vorarbeit der Reform ist durch die nunmehr **sechsjährigen Bestrebungen** soweit gethan, **daß man von einem Umschwung in der liberalen Anschauung von der Wahlgleichheit sprechen kann**, und es ist gewiß bezeichnend, daß die Ideen der betr. Leitartikel, Abhandlungen usw. gerade in der freisinnigen und demokratischen Presse Verbreitung und Zustimmung gefunden haben; hier wirken Erkenntnis und Erfahrung gemeinsam und nur die Rücksicht auf die Gunst der unteren Wählermassen hält noch das freie Eingeständnis zurück. Wäre die Gleichheitskorrektur nicht auch eine Forderung der Konservativen, sie wäre heute schon ein Programmpunkt der Liberalen.

Von weiterer Dringlichkeit und entscheidender Bedeutung ist auch der Umstand, daß das voraussichtliche neue Anschwellen der socialistischen Stimmen bei den nächsten Wahlen das Bürgertum zum Zusammenschluß gegen das, die politische Vormacht an sich reißende Proletariat über den Parteien weg treiben wird, und wir dann schon fertig gerüstet dastehen. Unter diesen verheißenden Verhältnissen und Anzeichen folge ich gern dem mir unterbreiteten Vorschlag, den Freunden und Bekennern der Reformidee **die Sammlung eines Agitationsfonds** in der Höhe nahezulegen, die eine **Massenverbreitung der Schriften** über das ganze Reich, die Beeinflussung der Presse, Wandervorträge usw. usw. ermöglicht.

Die Abwehr der Socialdemokratie **wird ewig vergeblich bleiben, solange wir nicht aus unserm Staatsgrundrecht das Gleichheitsprincip ausmerzen**, das den socialistisch-kommunistischen Staat von selber aufbaut. Dazu zwingt uns die Selbsterhaltung — der stärkste Trieb im Leben; das Notwendige aber ist immer durchführbar, wenn es zugleich das Logische und Natürliche ist.

Dr. A. Giesebrecht.

Wir erlauben uns, den vorstehenden Aufruf Ihrem Wohlwollen, insbesondere den zu Ihrer gefl. Bedienung beigefügten Auszug aus den Giesebrechtschen Schriften Ihrer Aufmerksamkeit zu empfehlen, in der Gewißheit, daß deren Folgerichtigkeit und Ueberzeugungskraft auch Sie veranlassen wird, die Propaganda zu unterstützen und weiter zu fördern. Das Rundschreiben bitten wir an

Herrn Dr. A. Giesebrecht,
Landgut Maxhofen bei Deggendorf (Bayern)

zurückgelangen zu lassen und Ihren ev. Beitrag an die gleiche Adresse zu senden.

Der Dr. A. Giesebrecht hat schon früher in der litterarischen Bekämpfung des „Gleichheitsprincips" gearbeitet. Schon 1898 ließ er sich, freilich auch unter furchtsamer Namensverbergung, in den Leipziger „Grenzboten" derart aus. Immerhin ist er in der Oeffentlichkeit bisher fast unbekannt geblieben und sein Rundschreiben könnte lediglich als Versuch eines Beliebigen gelten, der die Befehdung des Reichstags-Wahlrechts als Erwerbsquelle betrachtet. Doch er stützt sich auf die **„Anregung und Befürwortung der mitunterzeichneten Herren"** und er beruft sich auf die folgenden Namen:

Kommerzienrat Heinrich **Albert**, Biebrich-Wiesbaden. Geheimrat Wilh. **Boeddinghaus**, Präsident der Handelskammer (in Firma W. Boeddinghaus u. Co.), Elberfeld. August **Bowinkel**, Düsseldorf. Fabrikbesitzer Friedr. **Dierig**, kgl. Kommerzienrat, Ober-Langenbielau bei Reichenbach in Schlesien. Dr. Theod. **Fleitmann**, kgl. Kommerzienrat, Iserlohn. **Biesold, u. Locke**, Meißen in Sachsen. F. W. **Röhrig**, i. Firma O. F. Klein-Schlatter, Barmen. Kommerzienrat Wilh. **Kollmann**, Bismarckhütte, Oberschlesien. Hans und Richard **Zanders**, Bergisch-Gladbach. Fabrikdirektor C. J. **Langen**, kgl. Kommerzienrat, Grevenbroich. Otto **Bestehorn**, Aschersleben. Kommerzienrat Heinrich **Schniewind**, Elberfeld. M. H. **Göring**, Honnef a. Rhein. Kommerzienrat Georg **v. Cölln**, Hannover. Bau-Unternehmer Jos. **Kiefer**, kgl. Kommerzienrat, Duisburg. Kommerzienrat H. N. **Blanck**, Neumünster, Reg.-Bez. Kiel. Beigeordneter Reinhold **Biermann**, Barmen. Emil **Weyerbusch**, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Elberfeld. Gustav **Hilgenstock**, Geschäftsführer der Firma Dr. C. Otto u. Co., G. m. b. H., Dahlhausen a. Ruhr. Generaldirektor Hubert **Claus**, kgl. Kommerzienrat, Thale i. Harz u. Berlin. Kommerzienrat Edmund **Schmidt**, Altenburg (S.-A.)

* * *

Eine Verschwörung gegen das gleiche Wahlrecht!

Seit jeher gab es Aeußerungen in der konservativen Presse und in einem Teil der scharfmacherisch-nationalliberalen Zeitungen, die sich gegen das bestehende Wahlrecht kehrten. Auch sehr deutliche Erklärungen konservativer Parlamentarier sind genugsam bekannt; wobei zu bemerken ist, daß Parlamentarier des Nationalliberalismus sich vor unvorsichtigen Aeußerungen einigermaßen gehütet haben. Jetzt aber zeigt sich etwas andres als Aeußerungen und Erklärungen, die etwa aus Augenblicksstituationen entsprangen, jetzt zeigt sich **eine seit langen Jahren angezettelte und systematisch auf ihr Ziel zugehende Verschwörung gegen das Reichstags-Wahlrecht.**

Als Mitglieder dieser Verschwörung erscheinen vorwiegend Vertreter der Großindustrie und des Großhandelskapitals, denen es, je mehr die Socialdemokratie wächst, um so unerträglicher erscheint, daß der besitzlose Arbeiter das gleiche politische Recht haben soll wie der kapitalistische Krösus, der aus hundert und tausend Arbeitskräften Kapital aufhäuft. Natürlich ist die Liste der Minierer nicht durch die obige Aufzählung erschöpft und eine größere Anzahl ähnlicher kapitaler Leute haben ihre Neigung für „die große und wichtige Aufgabe" bekundet, aber gefordert, daß ihre Namen vorläufig in der Reserve bleiben. Diese Vorsicht üben insbesondere die parlamentarischen Vertreter des Großkapitals. Es ist aber festzustellen, daß

eine Anzahl Abgeordneter

dem Dr. A. Giesebrecht Unterstützung **bereits gewährt oder zugesagt** hat. Unter die Unterzeichner des Propagandacirkulars hat sich vorläufig nur das eine Mitglied der freikonservativen Partei verirrt:

Emil Weyerbusch, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Vertreter für Elberfeld.

Das Cirkular des Dr. A. Giesebrecht ist vor den Wahlen ausgesandt. Es beruht aber auf der weitschauenden Voraussicht, daß gerade der bei den Wahlen zu erwartende Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien und ein dennoch für die Socialdemokratie günstiger Wahlausfall die **geeigneten Vorbedingungen** für die eigentliche Aktion der Wahlrechtsfeinde geben werden.

Diese Aktion ist nun in folgender Art geplant. Zunächst sollen **zwei Abhandlungen** unter dem anmutenden Obertitel

„Der Ausbau des Reichstags-Wahlrechts"

zur Verbreitung gelangen. Mit diesen Abhandlungen soll **an ein und demselben Tage das ganze Reich** überfallen werden. **Millionen von Exemplaren** sind vorgesehen. Die Abhandlungen sollen, außer der allgemeinen Verteilung, auch den größeren Blättern als Beilagen beigelegt werden. In kurzen Zwischenräumen sollen weitere Veröffentlichungen ähnlicher Art folgen.

So soll die Frage der „Reichswahlrechts-Reform" plötzlich und schneidig **auf die Tagesordnung** der deutschen Politik genötigt werden!

Das vorläufige Ziel der Umsturz-Interne kommt in dem Satze zum Ausdruck:

„Es muß ein allgemeiner Vorstoß von solcher Wucht und Ausdauer werden, daß die Reform beim Zusammentritt des Reichstages das ganze innerpolitische Interesse in Anspruch nimmt."

* * *

Welches nun immer die Aussichten dieses Vorstoßes gegen das Wahlrecht sein mögen, jedenfalls werden seine Urheber der Ueberzeugung sein, daß viel Zeit zu diesem löblichen Werke nicht zu verlieren ist. Sie werden uns darum ihr gütiges Wohlwollen nicht entziehen, wenn wir die möglichst zeitige Kundgabe ihrer Pläne befördern.

Wir unterbreiten der Oeffentlichkeit die erste und grundlegende der beiden Abhandlungen, mit denen der **Kampf gegen das Wahlrecht** eingeleitet werden soll:

Dr. A. Giesebrechts Abhandlungen: „Der Ausbau des Reichswahlrechts".

Aufruf an das deutsche Bürgertum.

Reichswahlreform.

(Erste Million Exemplare.)

Vor der Entscheidung.

Erfahrung heißt die große Lehrmeisterin im Leben; sie ist es auch, die durch das Ergebnis der eben vollzogenen Wahlen die verhängnisvolle Bedeutsamkeit des Reichswahlrechts zur allgemeinen Erkenntnis brachte. Was bisher nur Theorie und Kritik war, die Ansicht, daß die **Wahlgleichheit**, die das **Uebergewicht auf die ungebildete Menge** mit ihrer bedeutenden Ueberzahl von Wählern legt, den Keim zu einer einstigen Staatsumbildung in sich trage, tritt plötzlich als Thatsache in die Erscheinung; **mit unheimlicher Deutlichkeit und Sicherheit verschiebt sich** die politische Vormacht von den jetzigen Trägern der staatlichen Ordnung und unsrer Kultur **auf die niederen Volksschichten, vom Bürgertum auf das Proletariat.** Der Versuch, den neuen massenhaften Zuwachs der Socialdemokratie, ein Mehr von 45 Proz. gegen die Vorwahl, durch eine augenblickliche, vorübergehende Mißstimmung und Unzufriedenheit in manchen bürgerlichen Kreisen zu erklären, ist schon darum hinfällig, weil die ganze Reihe der voraufgegangenen Wahlen unter den verschiedenartigsten günstigen und ungünstigen inneren und äußeren politischen Verhältnissen und Tagesfragen unentwegt die analoge, stetige Steigerung, im Jahre 1890 sogar **eine** solche von nahezu 100 Proz. aufgewiesen hat. Es ist nicht mehr zu leugnen, Schritt um Schritt nähert sich die Socialdemokratie der planmäßig erstrebten parlamentarischen Herrschaft, wozu es bei unsrer Parteizersplitterung einer absoluten Majorität durchaus nicht bedarf; dabei ist ohnedies mit äußerster Vorsicht zu beachten, daß die Machtsphäre des Reichstages, unsres gesetzgebenden Körpers, nicht wie in andren konstitutionellen Staaten durch einen Senat oder ein Oberhaus begrenzt und eingeschränkt ist; selbst die französische Republik und das freie England mit seinem parlamentarischen Regime besitzen diesen sicheren Schutzwall gegen Demokratie und Demagogie, den nur das Deutsche Reich entbehrt. Ist nun die Statistik dieser ununterbrochenen Aufwärtsbewegung schon an und für sich lehrreich, so ist sie es in noch höherem Grade durch den Nachweis, daß lediglich das Reichstagswahlrecht die Socialdemokratie als politischen Machtfaktor geschaffen hat, weil seine Gleichheitsbestimmung dadurch, daß sie den breiten Massen erst die Möglichkeit gab und den Weg zeigte, mit der parlamentarischen die Regierungsgewalt an sich zu reißen, den früher ausschließlich wirtschaftlichen Kampf auf das politische Gebiet übertragen hat. Nach den verschwindend kleinen Anfängen der Partei im ersten Jahrzehnt des Reichs vereinigte sie auf sich

1881	312 000	
1884	550 000	
1887	763 000	
1890	1 417 000	
1893	1 787 000	
1898	2 112 000	
1903	3 008 000	Wählerstimmen,

eine rapide Steigerung, die um so bedrohlicher erscheint, als sie das jedesmalige Mehr zum größten Teile der Gegenseite entzieht, dort also entsprechend mindert. Diese Wirkung des Wahlgesetzes aber, das einer einzelnen Volksklasse, **der letzten, der dienenden, ein solch ungeheuerliches Vorrecht**, in strikter Durchführung sogar die Alleinherrschaft im Staate zubilligt; das den Schwerpunkt nach unten verrückt, muß sich aus innerer Naturnotwendigkeit fort und fort bethätigen, bis die geistige und wirtschaftliche Ueberlegenheit völlig auf die rein ziffernmäßige **der rohen Kräfte** übergegangen ist.

Das zu verhüten, ist die nächste und wichtigste Aufgabe der angegriffenen bürgerlichen Gesellschaft, im allgemeinen Interesse wie im besonderen der Arbeiterschaft und der agitatorisch aufgeregten Menge, die zur Staats- und Selbstregierung ebenso unfähig sind, wie ohne den Intellekt, die Thatkraft und das Emporstreben der höheren Kreise zum Lebenserwerb. Kann das in verfassungsmäßiger Weise selbstverständlich nur durch die Paralysierung der ihnen im Wahlrecht eingeräumten Uebermacht erzielt werden, so wollen wir vor allem konstatieren, daß wir auch in dieser Reformbestrebung die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, wie sie sich seit der französischen Revolution im modernen Völkerleben entwickelt hat, als die einzig mögliche Grundlage eines Kulturstaates ohne jeden Vorbehalt anerkennen und diese segensreiche Institution, die mit den Standesunterschieden, Privilegien und Zöpfen mittelalterlicher Zeiten aufgeräumt und dadurch jeden Staatsangehörigen berechtigt und angewiesen hat, den seiner Neigung und Begabung angemessenen Platz in Staat und Gesellschaft zu erringen, als die sicherste Gewähr der individuellen Freiheit für unantastbar erklären. Im direkten und schroffen Gegensatz dazu steht aber das ureigne Princip, die treibende Kraft des Reichswahlrechts — die persönliche Gleichwertung; im Gegensatze weil diese die Qualität des Wählers, seine Vorzüge in geistiger, moralischer und wirtschaftlicher Hinsicht, die jene befreit, zur Entfaltung und zur Errungenschaft idealer und materieller Güter gebracht hat, für nichtig erklärt und außer Geltung setzt; im Gegensatz, **weil sie, die den sieben Millionen Wahlberechtigten des gemeinen Volkes die Vorherrschaft zuwirft** und alle übrigen Klassen und Stände des Einflusses auf die Gesetzgebung und Staatsleitung beraubt, die Verneinung und Aufhebung der Gleichheit bedeutet. Wahrlich, sie, die persönliche Gleichwertung, die es sonst in keinem Gesetz und keiner Einrichtung, die es nirgends im Leben und in der Wirklichkeit giebt, ist nichts als ein abstrakter Gedanke, der an Absurdität in der ganzen Völker- und Kulturgeschichte nicht seinesgleichen hat. Widersinn und Unnatur zugleich, ist sie eine Anomalie und eben darum hat sie den abnormen Zustand über uns verhängt, **aus dem uns nur ihre Ausrottung mit Stumpf und Stiel** wieder befreien kann. Das ist **die stürmische Forderung der Vernunft, des Rechts und der beleidigten Menschenwürde.**

Da ist Aufklärung gleichbedeutend mit Erfolg; schon die erste, die ihm das Resultat der neuen Wahlen gab, hat das Bürgertum aus seiner Lethargie geweckt und aufgerüttelt. Aeußert sich freilich sein Zurückdrängen durch die Socialdemokratie jetzt noch mehr in der Zahl der Stimmen als der Mandate, so ist doch un-

Verkennbar, daß die fernere Zunahme der ersteren gerade in dieser Beziehung das Verhältnis umkehren muß, denn ein abermaliges Anschwellen um 45 Proz., wie das diesjährige, würde ihr schon die absolute Majorität in der Gesamtzahl der Stimmenabgabe erbringen. Jede Berechnung wirkt da fast beklemmend; 81 Mandate sind heute ihr eigen; zur Stichwahl stand sie in ferneren 99 Bezirken, die ihr teils nur mit kleinen Mehrheiten und letzter Anstrengung der vereinigten Gegner noch entwunden werden konnten, so daß sich mit mathematischer Gewißheit die Prognose ergiebt, in einem nach Ablauf dieser Legislaturperiode neugewählten Reichstag nimmt die Socialdemokratie eine Stellung ein, die das konstitutionelle Regiment unmöglich macht. Was uns also die Zukunft bringt, wenn wir nicht vorbeugen, ist kein Hirngespinst mehr, es ist greifbare Wirklichkeit. Was aber dann? Appell an die Gewalt? Sollen wir in nicht zu verantwortender Sorglosigkeit die letzte Stunde versäumen, die uns das Recht und die Macht läßt, den unheilvollen Lauf der Dinge aufzuhalten, der Volk und Reich in Elend und Verderben stürzt? Nur keinen Zweifel an der Kraft des Bürgertums, wenn es erst den Willen zur Abwehr hat! Einig in dem einen, ob liberal, klerikal oder konservativ, ob Republikaner, Monarchist oder Partikularist, — über der kläglichen Zerrissenheit und dem wüsten Parteihader steht uns die Erhaltung der geltenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, wie sie mit der natürlichen Autorität und der persönlichen Freiheit unsrer Entwicklung, unsrem Wesen und unsrer deutschen Eigenart entspricht; einig in dem andren — keinen kommunistischen Zwangsstaat, keine Herrschaft der Gasse und der skrupellosen Demagogen, die nur der aufgewühlte Schlamm an die Oberfläche trägt; das ist die Gemeinschaft der Ideen und der Interessen des gesamten Volkes, das der Socialdemokratie gegenübersteht. **Vernichtung dieser als politische Vormacht** oder Untergang des Rechtsstaates und der Geisteskultur, — über Nacht sind wir vor die Entscheidung gestellt; es ist uns keine Zeit gelassen, die Verhältnisse sind stärker als wir und die Parole drängt sich uns aus ihnen wie ein Gebot der Selbsterhaltung auf — Anpassung des Staatsgrundrechtes an unsre Lebensbedingungen, die es in seiner Tendenz der persönlichen Gleichwertung verkennt, verleugnet und bedroht.

Was wir wollen, ist der Ausbau, nicht die Abschaffung des Reichswahlrechts und die Initiative dazu aus dem Volke heraus; Aufrechterhaltung des allgemeinen und direkten Systems **mit Abstufungen im Wert der Wahlstimme**, die kein neues Vorrecht schaffen dürfen, wo es gilt, ein bestehendes zu beseitigen; Einführung von Diäten, freie Entschließung des Reichstages ohne Einmischung der Regierungen, kurz, auf demokratischer Grundlage eine Reform, welche die **zur Vergewaltigung der Oberen, der Besten und der Ernährer der Nation entstellte und mißbrauchte Gleichheitsidee** in ihrem großen, versöhnenden Geiste der allgemeinen Freiheit und Gerechtigkeit wiederherstellt und uns dadurch für jetzt und immer vor dem Staatsstreich bewahrt.

*

Die zweite Abhandlung spinnt denselben Faden fort. Es wird darin die Beseitigung der Gleichheit im Wahlrecht als „ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit" angegeben und folgender Vorschlag gemacht:

„Nach den Ergebnissen aus dem zugänglichen statistischen Material, unter Benützung der Erfahrungen an den ausländischen, parlamentarischen Zuständen dürfte sich etwa die folgende Gliederung im Wert des Wahlvotums zur Erreichung des erstrebten Gleichgewichts eignen:

a) Eine Wahlstimme hat jeder Reichsangehörige nach den jetzigen Bestimmungen des Reichswahlgesetzes;
b) eine zweite wird jedem wirtschaftlich Selbständigen zugebilligt, um dadurch beispielsweise den Meister über den Gesellen, den Bauern über den Knecht usw. zu stellen. Diese Kategorie müßte möglichst weit, auch auf Werkführer, Paliere, kurz auf alle ausgedehnt werden, die sich aus der Menge emporarbeiten;
c) eine dritte Stimme für die höhere Schulbildung, deren untere Grenze in unsrem Staat der allgemeinen Wehrpflicht mit der Berechtigung für den einjährig freiwilligen Dienst gezogen werden könnte. Endlich
d) der Lebensreife entsprechend, noch eine Wahlstimme jedem Wähler unterschiedslos, der das 35. Lebensjahr erreicht hat.

Es kann selbstverständlich nur Sache des Reichstags sein, die Abstufungen zu regeln und so festzusetzen, daß sie die breiten Volksmassen nicht mundtot machen, vielmehr uns nur vor deren politischer Vormundschaft bewahren. Für eine derartige Ausgestaltung des Reichswahlrechts sprechen alle Gründe der Billigkeit und der Vernunft und es wird nicht möglich sein, auch nur einen stichhaltigen dagegen ausfindig zu machen, weil sie das Logische und das Natürliche zugleich ist."

Und weiter heißt es in dieser Abhandlung:

„Ein Wahlsystem, das — um seine brutalsten Ergebnisse herauszugreifen — die führenden Geister und die gebildete Bevölkerung, kurz die Gesamtheit derer, von denen das Leben mehr als den mechanischen Handgriff verlangt, in einem Lande wie Sachsen, einem ganzen Königreich und in allen unsren Hansastädten zusammen im vornehmsten Volksrecht, dem Einfluß auf Gesetzgebung und Regierung durch seine Haufenwirkung einfach ausstreicht, ist nichts andres als ein Faustrecht. Es ist gerichtet, es hat sich selber gerichtet; seine Zeit ist um; das Volkstum bricht den Stab über ihm, dem die persönliche Freiheit die Grundbedingung seiner Existenz und Wohlfahrt bedeutet. Die Freiheit aber besteht nur in der Gerechtigkeit und stellt an den Menschen gerade die höheren Ansprüche, die das gleiche Wahlrecht entwertet und mit Füßen tritt. Wohin es uns führt, sehen heute die Blinden, in die socialistisch-kommunistische Nivellierung durch Behinderung des Einzelnen, Unterbindung des Fleißes und der Strebsamkeit, durch Verkümmerung der Selbstbestimmung und der Selbständigkeit, durch Schablonisierung, Erniedrigung und Zwang. Dagegen lehnt sich der liberale Gedanke und die gesunde Volkskraft des werkthätigen Bürgertums auf. Die politische Gleichberechtigung hat uns die Freiheit gebracht, die persönliche Gleichwertung wirft uns in die Knechtschaft zurück."

* * *

Wir erwarten zuversichtlich den glühenden Dank der Kommerzienräte, Fabrikdirektoren und Abgeordneten, die sich zu diesen Anschauungen und Absichten bekennen, daß wir denselben frühzeitige Verbreitung geben. So kann denn der erlösende Gedanke hinausziehen und Begeisterung für die „Reichs-Wahlreform" entfachen.

Es sei uns fern, bei diesem Anlaß eine ernstere Beachtung auf all die Unrichtigkeiten und all das gaukterische Gerede zu verwenden, unter dem die Wahlrechtsfeinde die Brutalität ihrer Pläne zu verschleiern versuchen. Politisch beachtenswert erscheint nur zweierlei.

Einmal ist darauf hinzuweisen, wie diese Wahlrechtsfeinde sich hervorragender Aufmerksamkeit gegenüber der freisinnigen und demokratischen Presse befleißigen. Sie wissen, daß die Reaktionsparteien allein das „hohe Ziel" nicht erreichen könnten und bemühen sich, die mehr links stehenden Parteien zu spalten; diese Erhalter der heutigen Staatsordnung drücken sogar — Republikaner an die wahlrechtsfeindliche Brust!

Wichtiger ist, was das Cirkular des Dr. Giesebrecht über die angebliche Stellung der verbündeten Regierungen sagt. Zunächst ist da allerdings, zu Gunsten der Wünsche der Wahlrechtsfeinde, eine Aeußerung des Reichskanzlers falsch wiedergegeben. Graf Bülow hat am 22. Januar 1902 nicht gesagt, „daß mit dem Diätenantrag gleichzeitig die übrigen reformbedürftigen Punkte des Reichswahlrechts erledigt werden müssen", sondern er hat gesagt: „Es liegt auf der Hand, daß, wenn die verbündeten Regierungen auf eine Abänderung des Wahlgesetzes und des Wahlverfahrens eingingen, doch zweifellos noch sehr viele andre Wünsche hervortreten würden." Wenn aber weiterhin in dem Cirkular, für das zahlreiche an hervorragender Stelle des öffentlichen Lebens stehende Personen die Verantwortung tragen, gesagt ist: man sei „von kompetenter Seite informiert, **daß die verbündeten Regierungen den willkommenen Anstoß zu der unvermeidlich gewordenen Revision des Reichstags-Wahlrechts nützen wollen**" und daß sie nur noch auf die nötige Vorbearbeitung der öffentlichen Meinung warten, so ist eine klare Aussprache des Reichskanzlers als des Vertreters der verbündeten Regierungen über diese außergewöhnliche Unterstellung erforderlich.

Die Frage des gleichen Wahlrechts ist selbst nicht eine solche, über die diskutiert werden müßte, und der Versuch, die Ungleichheit des Wahlrechts als Forderung der Gerechtigkeit vorzutäuschen, ist allzu waghalsig albern, als daß es nötig wäre, darüber ausführlicher zu sprechen. Das Problem ist sehr klar: Die kapitalistische Gesellschaft ist aufgebaut auf dem Gegensatz der junkerlich-kapitalistischen Gruppen und der arbeitenden Klassen; sie läßt das gleiche Recht für alle nicht über den formalen Schein hinaus sich verwirklichen; sie ist eine Gesellschaftsordnung der Ungleichheit nicht aus natürlichen Gründen, sondern aus wirtschaftlichen und politischen Vorrechten, aus den Privilegien des Besitzes der Produktionsmittel und, damit im unmittelbarsten Zusammenhange, aus den Privilegien besonderer Erziehungs- und Bildungsgelegenheit. Das gleiche Wahlrecht ist ein Mittel, die Vergewaltigung der mühselig Arbeitenden zu mildern, die Privilegien abzutragen und einen Zustand herbeizuführen, in dem alle Menschen sich frei und stark entwickeln können. Die Feinde des gleichen Wahlrechts aber sind diejenigen, welche Ausbeutung und Vorrechte zu erhalten und zu verschärfen trachten, welche es vorziehen, das Volk in Verzweiflung und das Vaterland in Katastrophen zu stürzen, ehe daß sie den Fortschritt der Gerechtigkeit und der allgemeinen Wohlfahrt dulden.

Das allein ist der Sinn der Wahlrechtsfrage und all das Gerede von dem „ungeheuerlichen Vorrecht" der Massen über „alle übrigen Klassen und Stände", ist unsägliches Geschwätz, nur geeignet, die zügellose Anmaßung der Volksfeinde erkennen zu lassen. Ueberhaupt darf den Abhandlungen, die Herr Dr. Giesebrecht im Verein mit den kommerzienrätlichen und großindustriellen Umsturzkonspiratoren der Welt bescheeren will, der Wert zeitgenössischer Dokumente nicht abgestritten werden insofern, als sie eine Sprache führen, die den größenwahnsinnigen Dünkel des feudalistischen Kapitalismus unübertrefflich offenbart. „Niedere Volksschichten", „die letzten, die dienenden Klassen", „die rohen Kräfte", die „unfähige Menge", **„die sieben Millionen Wahlberechtigte des gemeinen Volkes"!**

Wenn die Aktion der Wahlrechts-Umstürzler weiter in diesen Offenbarungen großbourgeoiser Hoffährtigkeit betrieben wird, so darf die Socialdemokratie für diese ganz außerordentliche Agitation, die für sie geleistet wird, höchst dankbar sein. Das wird der erste, wirkliche und, wie wir erwarten, einzige Erfolg der Interne gegen das Reichs-Wahlrecht sein.

Es wäre verfehlt, die Aktion, die wir enthüllt haben, in ihrer Bedeutung zu überschätzen. Daß das Reichstags-Wahlrecht zahlreiche und mächtige Feinde hat, ist ohnehin längst gewiß, aber es ist ebenso gewiß, daß nur völlige Besinnungslosigkeit die Regierung und die bürgerlichen Parteien zu Unternehmungen veranlassen könnte, die das Reich in endlose Wirren stürzen würden. Immerhin ist es gut, daß das deutsche Volk rechtzeitig die dunklen Gestalten erkennt, die in der Heimlichkeit daherschleichen und unterirdisch Minen legen, um die deutsche Zukunft in die Luft zu sprengen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Juli.

Die deutsche Binnenwanderung.

Mit besonderer Aufmerksamkeit und Ausführlichkeit sind in dem großen Tabellenwerk der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 die Geburtsnachweise der Bevölkerung bearbeitet, um aus ihnen ein möglichst zutreffendes Bild über die Verschiebung der Bevölkerung zu gewinnen.

Von der mehr als $56\frac{1}{2}$ Millionen Köpfe betragenden ortsanwesenden Bevölkerung im Reiche kommen hier etwa 830 000 im Ausland geborene nicht in Betracht; es ist nur die reichsgebürtige Bevölkerung von $55\frac{1}{2}$ Millionen Seelen (genau: 55 529 199) von Interesse.

Teilt man das Reich in drei große Gebiete, den Osten, Westen und Süden, wobei die Elbe als Grenzlinie zwischen Osten und Westen, der Main als Grenze gegen den Süden genommen ist, so ergiebt sich folgendes:

Gebiete	Von der ortsanwesenden Bevölkerung der in der Vorspalte genannten Reichsteile sind geboren im Osten	Westen	Süden	zusammen
Osten	18 745 415	664 014	63 526	19 472 955
Westen	1 082 141	21 735 668	349 855	23 167 664
Süden	79 386	291 851	12 517 343	12 888 580
Geburtsbevölkerung	19 906 942	22 691 533	12 930 724	55 529 199

Am lebhaftesten zeigt sich also der Wanderungsverkehr zwischen Osten und Westen, und zwar ist er stärker nach dem Westen als umgekehrt; westlich der Elbe wohnen über eine Million östlich Geborene, ist Osten nur 664 014 westlich der Elbe Geborene. Geringfügiger ist der Verkehr zwischen Westen und Süden (rund 350 000 und 290 000 Personen) und am schwächsten zwischen Süden und Osten, die nur 79 386 gegen 63 526 Personen einander abgeben.

Der gesamte Zu- und Wegzug stellt sich nach den obigen Zahlen für die drei Gebiete in folgender Weise dar, wobei in Klammern darunter die entsprechenden Zahlen der Zählung von 1890 angeführt sind:

Zuzug		Wegzug		Gewinn (+) oder Verlust (—)	
absolut	Prozent der ortsanwesend. Bevölkerung	absolut	Prozent der ortsanwesend. Bevölkerung	absolut	Prozent der ortsanwesend. Bevölkerung
Osten:					
727 440 (530 534)	3,7 (3,0)	1 161 527 (686 666)	6,0 (3,9)	— 433 987 (— 156 132)	— 2,3 (— 0,9)
Westen:					
1 431 996 (866 881)	6,2 (4,4)	955 865 (707 857)	4,1 (3,6)	+ 476 131 (+ 150 024)	+ 2,1 (+ 0,8)
Süden:					
371 237 (272 755)	2,9 (2,31)	413 381 (275 647)	3,2 (2,35)	— 42 144 (— 2 892)	— 0,3 (— 0,04)

Man sieht aus dieser Tabelle, daß der Verkehr in allen drei großen Gebieten gewachsen ist, am geringsten im Süden, das einerseits die seßhafteste Bevölkerung hat, und wo andrerseits Verlust und Gewinn sich fast ausgleichen, am stärksten im Westen und Osten, wo der Verkehr auf über 10 und fast 10 Proz. der gesamten Bevölkerung angewachsen ist, aber mit dem Unterschiede, daß im Westen der Zuzug, im Osten der Wegzug erheblich überwiegt.

Die angeführten Zahlen und Uebersichten können aber nur ein ganz ungefähres Bild in groben Umrissen geben, die Wanderungen innerhalb der großen Gebiete gehen hierbei ganz verloren; auch ist keines derselben in der Weise einheitlich, daß es etwa gleichmäßig am Verlust und Gewinn durch Wanderungen beteiligt ist. Zum Gebiete östlich der Elbe gehören z. B. die Großstädte Berlin und Hamburg, durch deren Einbegreifen das Bild wesentlich verändert wird, haben diese beiden doch von den 664 000 Personen, die von Westen nach Osten gewandert sind, allein mehr als eine halbe Million aufgenommen. Um ein klares Bild zu gewinnen und namentlich auch, um die Nahwanderungen mit hervortreten zu sehen, muß man möglichst kleine Gebiete ins Auge fassen. Für die einzelnen Provinzen des Ostens und Westens ergeben sich folgende Zahlen:

	Ueberwanderung nach dem Westen von	vom Westen nach	Bei diesem Austausch gewannen oder verloren
	den folgenden Gebietsteilen des Ostens		
Ostpreußen	223 924	13 099	— 210 825
Westpreußen	93 783	17 110	— 76 673
Posen	166 793	22 480	— 144 313
Schlesien	276 229	55 011	— 221 218
Pommern	53 120	17 018	— 36 102
Beide Mecklenburg . . .	27 205	13 722	— 13 438
Schleswig-Holstein, Lübeck	47 114	79 910	+ 32 796
Hamburg	27 349	106 863	+ 79 514
Brandenburg mit Berlin	166 624	338 801	+ 172 177
Im ganzen	1 082 141	664 014	— 418 127

Beachtet man also, daß Brandenburg mit Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein mit Lübeck beim Menschenaustausch mit dem Westen gewonnen haben, so stellt sich **der Menschenverlust des Ostens noch ungeheurer** dar, er steigt dadurch auf über 700 000 Köpfe, woran am stärksten Schlesien (221 218), Ostpreußen (210 825) und Posen (144 313), also die am meisten östlich gelegenen Teile des Reiches beteiligt sind.

Wohin sich dieser Menschenstrom gewandt hat, ersieht man aus der gleichartigen für den Westen aufzustellenden Tabelle.

	Ueberwanderung vom Osten nach	nach dem Osten von	Bei diesem Austausch gewonnen oder verloren
	den folgenden Gebietsteilen des Westens		
Hannover, beide Lippe . . .	124 726	123 738	+ 988
Oldenburg	20 227	24 847	— 4 620
Bremen	15 652	7 718	+ 7 934
Prov. Sachsen, Braunschweig, Anhalt	225 131	262 770	— 37 639
Königreich Sachsen	186 296	84 418	+ 101 878
Thüringen	29 036	37 812	— 8 776
Hessen-Nassau, Waldeck . . .	34 728	29 056	+ 5 672
Westfalen	261 243	42 466	+ 218 777
Rheinland	185 102	51 189	+ 133 913
Im ganzen . .	1 082 141	664 014	+ 418 127

Also die ferner gelegenen Teile, Rheinland und Westfalen, und die näheren, Provinz und Königreich Sachsen sowie Hannover haben die von Osten stammende **Million aufgenommen**, während an der Abgabe nach dem Osten, d. h. vornehmlich nach Berlin und Hamburg, die angrenzenden Provinzen Sachsen und Hannover beteiligt sind, erstere so stark, daß sie bei diesem Menschenaustausch sogar noch verliert.

Haben die östlichen Provinzen mit Ausnahme der drei, die im Menschenaustausch mit dem Westen gewinnen, bereits nach dem Westen über 700 000 Menschen verloren, so ist der Verlust, den sie nach den gewinnenden Teilen des Ostens haben, ein noch kolossalerer. Betrachten wir nämlich den gesamten Gewinn, den die genannten drei Teile, Brandenburg mit Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein mit Lübeck haben, der über $1\frac{1}{4}$ Million Köpfe beträgt, auf seine Herkunft, so stammen nur 23 988 aus dem Süden, 284 487 aus dem Westen und 976 216, fast eine Million, aus den andern Provinzen des Ostens. Der Verlust dieser östlichen Provinzen stellt sich im ganzen auf 39 848 Köpfe an den Süden, 702 614 an den Westen und 976 216 an die gewinnenden Teile des Ostens; die östlichsten Provinzen haben also 1 718 678 Köpfe, fast $1\frac{3}{4}$ Million verloren, davon aber mehr als die Hälfte an die näher gelegenen gewinnenden östlichen Teile. In Ostelbien erhalten also die gewinnenden Bezirke drei Viertel ihres Gewinnes aus dem Osten selbst, der Verlust der einbüßenden Bezirke verbleibt zur Hälfte im Osten. Im Westen dagegen zeigen die genaueren Zahlen, daß der Gewinn aus dem inneren Verkehr kleiner ist, als der aus dem Osten, nämlich rund 400 000 aus den andren Teilen des Westens gegen 462 000 aus dem Osten. Der „Zug nach dem Westen" ist also ganz unverkennbar.

Einen noch deutlicheren Einblick in die Wanderungsverhältnisse kann man gewinnen, wenn man jeden einzelnen Gebietsteil des Reiches mit jedem andren vergleicht, um seinen Gewinn oder Verlust an Menschen festzustellen. Hierbei zeigt sich, daß Ostpreußen der einzige Gebietsteil ist, der an Bevölkerung lediglich abgiebt und gar nichts im Verkehr von auswärts gewinnt; auch Westpreußen gewinnt nur von Ostpreußen 41 919 Personen, sonst giebt es lediglich Menschen ab, mit Ausnahme von Waldeck, von wo es 5 Personen erhalten hat. Ebenso haben Posen, Pommern und Schlesien recht geringe Anziehungskraft, und ihr Zuzug stammt nur aus den nächstgelegenen Provinzen, aus den beiden Preußen und aus ihrem Verkehr unter einander, so gewinnt Pommern von Posen und Schlesien, Schlesien von Posen; nur Posen gewinnt noch die geringe Zahl von 170 Köpfen aus Württemberg. Im übrigen geben die genannten **fünf preußischen Ost-Provinzen an sämtliche Teile des Reiches Menschen ab**, mit ihrem Gesamtverlust von über $1\frac{1}{2}$ Millionen (1 619 248) erscheinen sie als förmliche „Produktionsstätten für Massenabsatz von Menschen."

Das Gegenstück dazu bilden die Großstädte Berlin und Hamburg; letzteres gewinnt von allen Teilen des Reiches, Berlin von allen außer Hamburg, an das es 329 Personen abgiebt; doch ist der Gesamtgewinn Berlins, über 800 000, dreimal so groß als der Hamburgs, der 267 000 beträgt. Ueberhaupt zeigt die besondere Betrachtung der Bevölkerung der Großstädte (33 Städte mit mehr 100 000 Einwohnern), daß nur ihr kleinerer Teil, 3,9 Millionen oder 43,3 Proz. dort geboren ist; 5,2 Millionen oder 56,7 Proz. haben sie durch Zuzug erhalten, davon kommen nur 0,4 Millionen aus andren Großstädten, die Mehrzahl, 2,8 Millionen, stammt aus der näheren Umgebung der Großstädte, und 2 Millionen sind aus entfernteren Gegenden dorthin gezogen. Außer den 0,4 Millionen, welche die Großstädte nach andren Großstädten abgeben, ist noch eine Million aus ihnen weggezogen, von denen aber $\frac{3}{4}$ sich in der Umgegend niedergelassen haben.

Besonders seßhaft sind die in den Großstädten Geborenen; von ihnen sind $\frac{3}{4}$ (genauer 73,3 Proz.) in ihrer Geburtsstadt geblieben. Die Bewegung der Bevölkerung durch Wanderungen zeigt also durchaus die Richtung nach der Großstadt, nicht von der Großstadt.

Von Interesse wäre es ferner, festzustellen, wie stark das männliche und weibliche Geschlecht an den Binnen-Wanderungen beteiligt ist. Doch genüge hier die Angabe, daß die Beteiligung des männlichen Geschlechts die stärkere ist, auch wandern die Männer im allgemeinen weiter als die Frauen. Nur in Bezug auf die Wanderung nach den Großstädten ist das weibliche Geschlecht,

besonders allerdings an den Nahwanderungen stärker beteiligt. Beispielsweise erhält Berlin

im Verkehr mit	an Männern	an Frauen
Ostpreußen	37 773	49 915
Westpreußen	29 846	39 063
Brandenburg	62 940	87 543
Pommern	46 434	64 269
Posen	41 253	49 742
Schlesien	62 267	64 752
Provinz Sachsen	34 064	35 268
Schleswig-Holstein	1 712	1 619
Hannover	5 292	3 403
Westfalen	3 940	1 604
Hessen-Nassau	3 271	1 488
Rheinland	6 489	2 735
Bayern	3 206	2 169
Sachsen	8 562	5 114
Württemberg	1 971	803
Elsaß-Lothringen	1 510	283

Insgesamt hat Berlin nur 370 779 Männer gewonnen gegenüber 430 170 Frauen; und ähnlich liegen die Verhältnisse in andern Großstädten. Der Grund für diese Erscheinung ist wohl darin zu suchen, daß sich hier in besonderem Maße Arbeitsgelegenheit für das weibliche Geschlecht, Stellen für Dienstmädchen, Verkäuferinnen, Comptoiristinnen ꝛc. darbieten. —

Monarchistische Auseinandersetzungen. Weil die Krieger zu Mardorf am Steinhuder Meer nicht von ihrem Königshause lassen wollen, haben sie mit den preußischen Behörden bei den letzten Reichstagswahlen üble Erfahrungen machen müssen. Darüber berichtet die in Hannover erscheinende „Deutsche Volkszeitung“:

Der Landrat des Kreises Neustadt a. Rbge. Herr v. Wohna hatte zwischen Haupt- und Stichwahl am 19. Juni d. J. den Schriftführer des Kriegervereins zu Mardorf am Steinhuder Meer, den Haussohn Friedrich Kahle, der in Vertretung seines erkrankten Vaters den Vertrauensmann-Posten der deutsch-hannoverschen Partei allein in seinem Orte versah, durch eine Verfügung vorgeladen. Bei dieser Gelegenheit hat der Landrat den Genannten wie folgt angelassen: „Wer als Mitglied des Kriegervereins der welfischen Partei angehört, ist ein **niederträchtiger, abscheulicher Lumpenhund** vor meinen Augen, er kann jeder andern Partei angehören, nur nicht der welfischen Partei; denn was das für Menschen sind, kann ich gar nicht aussprechen und der Mardorfer Kriegerverein besteht aus lauter Welfen, also ist das ein **Lumpenhunds-Verein**, mit dem ich kurz fertig werden will.“ Nachdem der Vorgang zur Kenntnis des inzwischen zum Reichstags-Abgeordneten gewählten Freiherrn v. Schele-Wunstorf gekommen war, dem der Haussohn Friedrich Kahle bereits seit zehn Jahren als ruhiger gewissenhafter Mann bekannt war, führte Frhr. v. Schele-Wunstorf bei dem nächsten Vorgesetzten des Landrats, dem Präsidenten des Regierungsbezirks Hannover Herrn v. Philipsborn, Beschwerde mittels Eingabe vom 10. d. M., worin am Schluß der Regierungspräsident ersucht wurde, dieselbe zur Kenntnis der vorgesetzten Behörden zu bringen mit dem Bemerken, daß der Beschwerdeführer sich vorbehalte, auf den Gegenstand im Reichstage zurückzukommen. Darauf ist ihm folgender Bescheid zugegangen: „Hannover, den 24. Juli 1903. Euerer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die Vorstellungen vom 30. v. M. und 10. d. M. zu erwidern, daß ich, nachdem die fraglichen Vorgänge durch Euere Hochwohlgeboren zu meiner Kenntnis gebracht worden sind, eine Prüfung angeordnet habe. Die Auffassung des königl. Landrats zu Neustadt a. R., **wonach Agitationen für die deutsch-hannoversche Partei mit den Pflichten eines Kriegervereins-Mitgliedes nicht verträglich sind, kann ich nur teilen.** Hingegen vermag ich die Art und Weise, wie der königl. Landrat zu Neustadt a. R. vorgegangen ist, insbesondere seine Aeußerungen gegenüber dem Haussohn Friedrich Kahle zu Mardorf, nicht zu billigen. Ich habe dieserhalb das Erforderliche veranlaßt. Die Anlage der Eingabe vom 30. v. M. schließe ich wieder an. v. Philipsborn.“

Vor 1866 sind die Großpreußen in Hannover Lumpenhunde gewesen, jetzt sind es die Welfen. Vor und nach 1866 hat man aber die Treue zum angestammten Herrscherhause als die hervorragendste Eigenschaft eines guten Soldaten gepriesen. Und treu ist ja bekanntlich der Mond, den man nur sieht, wenn die Sonne des Glücks untergegangen ist. Herr Friedrich Kahle eignet sich darum vorzüglich zum Helden einer patriotischen Erzählung für die reifere Jugend. Man braucht die Geschichte vom abscheulichen Lumpenhund nur z. B. ungefähr hundert Jahre früher spielen zu lassen, sie nach dem Rheinlande zu verlegen und aus dem preußischen Landrat einen „Schergen des Bonaparte“ zu machen. Man wird dann auch die Heuchelei richtig zu würdigen wissen, die darin liegt, daß man von Mitgliedern eines angeblich unpolitischen Vereins die Enthaltung von bestimmten Parteiagitationen fordert. —

• • •

Deutsches Reich.

Vom goldenen Fahrstuhl. Der Vorschlag, das unkündbare und unverzinsliche Darlehen von 25 000 Mark, das der Presseklub von der Pommernbank erhalten hat, mit 3000 Mark einmaliger Abfindung zu begleichen, ist, wie das „Berliner Tageblatt“ jetzt mitteilt, nicht vom Vorstande des Presseklubs ausgegangen. Der ehrliche Makler, der es so billig machen wollte, ist nicht bekannt. —

Sächsische Toleranz. Aus Jena wird uns geschrieben: Angesichts der Boykottierung der socialdemokratischen Litteratur seitens der Verwaltung der Dresdener Lesehalle, entbehrt es nicht des Interesses, welche Grundsätze für die Verwaltung der mustergültigen Jenaer Lesehalle in Geltung sind. In dem Statut des Jenaer Lesehalle-Vereins heißt es:

§ 2. In der öffentlichen Lesehalle und in der Volksbibliothek sind Zeitungen, Zeitschriften und Bücher der öffentlichen Benutzung zugänglich zu machen, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen der verschiedensten Stände und Berufsklassen.

Insbesondere sollen die größeren deutschen politischen Tagesblätter, Wochen- und Monatsschriften, Lokalzeitungen des ostthüringischen Bezirks, unterhaltende und belehrende Schriften, namentlich auch gewerbliche und wirtschaftliche Fachlitteratur, angeschafft werden.

§ 3. Bei Auswahl des anzuschaffenden und Annahme des angebotenen Lesestoffes ist strenge Neutralität gegenüber allen politischen, wirtschaftlichen und religiösen Parteien einzuhalten, unter Abwehr mißbräuchlicher Ausnutzung der Einrichtungen des Vereins zu Gunsten einzelner Parteien.

Ausschluß von litterarischen Erzeugnissen ihres Inhalts wegen ist nur aus Gründen guter Sitte zulässig.

Zeitungen und Schriftwerke dürfen in mehr als einem Exemplar nur nach Feststellung eines Bedürfnisses durch den Vorstand angeschafft oder angenommen werden.

Mit diesen Bestimmungen, die streng durchgeführt werden, sind die besten Erfahrungen gemacht worden. Infolge erhöhter Nachfrage ist der „Vorwärts“ — als einziges Blatt! — schon seit längerer Zeit in zwei Exemplaren vorhanden. —

Nationalliberale Versammlungsfreiheit. Unsre Leser werden sich des Berichts aus Northeim vor der Stichwahl entsinnen, in welchem über den ersten Versuch berichtet wurde, in dieser nationalliberalen Hochburg eine socialdemokratische Versammlung abzuhalten. Ein Saal war dank der Einschüchterung, die besonders von nationalliberalen Helden betrieben wurde, nicht zu bekommen. Die Wirte erklärten schlank heraus: wir verdienen gern und würden unsern Saal gern geben, aber — wir werden dann von den Bürgern boykottiert. Endlich fand sich ein mutiger Mann, der Maurer Grube, der seine Scheune hergab, aber sofort eingeschüchtert wurde, daß er sein Wort im letzten Augenblick zurücknahm; erst als der Kandidat der Socialdemokratie des Kreises Stadtverordneter Genosse Hoffmann erklärte, die dem Maurer angedrohte Strafe auf sich zu nehmen und dies dem Manne schriftlich gab, wurde die Scheune von ihm zum Entsetzen der „Gutgesinnten“ in Northeim freigegeben, die Versammlung selbst aber nach kurzer Dauer von dem Polizeikommissar aufgelöst und zwar ohne Angabe irgend eines gesetzlichen Grundes. Genossen Hoffmann gelang es dann am Tage vor der Stichwahl bei einem andren Einwohner, der auch nicht Parteigenosse, aber über die Unterdrückung der freien Aussprache empört war, in der Scheune eine Versammlung abzuhalten und das Resultat war: die Stimmen in Northeim stiegen zum Entsetzen der nationalliberalen „Staatsstützen“ von 295 Stimmen der ersten Wahl auf 420. Das mußte natürlich „gerochen“ werden. Dem zweiten „Sünder“ konnte man nichts anhaben, er war unabhängig, aber dem ersten, gegen diesen wurde die moderne „heilige Vehme“ ins Werk gesetzt: er wurde gesellschaftlich geächtet in einer Weise, die nur der begreift, der die maßgebenden Persönlichkeiten von Northeim kennt, man suchte ihm zum guten Teil das Brot zu nehmen, aber das stärkste Stückchen sollte noch kommen. Grube ist seit 19 Jahren Mitglied des Northeimer Handwerker-Bildungsvereins, der sein Emporkommen zum großen Teil der unermüdlichen Thätigkeit dieses Mitgliedes mit verdankt. Hier wurde an demselben eine bürgerliche „Hinrichtung“ vollzogen, die dem National „Liberalismus“ das Brandmal der Schande aufdrückt. Nicht das geringste lag gegen das dem Verein seit 19 Jahren angehörende Mitglied vor, der beste Beweis dafür ist der Bericht, welcher unter dem 27. Juli in der nationalliberalen „Göttinger Grubenhagenschen Zeitung“ erschienen ist. Derselbe lautet wörtlich:

„Der Maurer Grube, in dessen Räumlichkeiten in der Kirchstraße vor der Reichstagswahl eine socialdemokratische Volksversammlung stattgefunden hatte, ist dieserhalb auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes des hiesigen Handwerker-Bildungsvereins aus dem Verein ausgeschlossen worden. Eine auf Sonnabendabend einberufene und zahlreich besuchte außerordentliche Generalversammlung des Vereins, an welche Grube dieserhalb appellierte, bestätigte mit 44 gegen 11 Stimmen (zwei unbeschriebene Zettel waren abgegeben) den obigen Beschluß. Das Vorgehen des Vereinsvorstandes dürfte in der Bürgerschaft mit Sympathie aufgenommen werden.“

Echt National-„Liberal.“ Die Veröffentlichung geschah zu öffentlicher Kennzeichnung mit vollem Namen und Wohnung. Der Macher dieser Zeitung war in der Versammlung selbst mit thätig, in welcher diese „liberale“ That vollbracht wurde. Die Sache wird aber nach zwei Seiten hin ein Nachspiel haben; erstens wird der Maurer Grube, da er ohne statuarischen Grund ausgeschlossen ist, auf Herausgabe der seit 19 Jahren gezahlten Beiträge klagen und er hat die Sache bereits einem Rechtsanwalt übergeben, zweitens wird Northeim demnächst einen Bildungsverein ohne Ketzerrichter haben. — Und so ist wieder einmal wahr geworden: „Das Böse gewollt und das Gute geschaffen“. Ehrliche Menschen aber, die sich noch eine Spur von Gerechtigkeitsliebe bewahrt haben, mögen an Vorstehendem erkennen, wie ernst es den Nationalliberalen mit „der Wahrung der Vereins- und Versammlungsfreiheit“ ist, von der sie vor der Wahl in allen Versammlungen schwatzten, als sie den einen elenden Verleumder nannten, der es wagte, die Ehrlichkeit dieser Behauptungen in Frage zu ziehen. Jedenfalls ist eine solche brutale Niedertrampelung des Vereins- und Versammlungsrechts für die Verbreitung der Socialdemokratie von großem Nutzen und wird auch in Northeim Früchte tragen. —

Kostspielige Religion.

Es wird uns geschrieben:

Die Mitwirkung der Geistlichkeit bei Begräbnissen ist für die Hinterbliebenen, die auf diese Zuthat Wert legen, keine ganz billige Sache. In der letzten Zeit hat man uns wiederholt geklagt, daß Ueberteuerungen dabei vorgekommen seien. Die Prüfung hat jedoch abermals ergeben, daß zwar recht hohe Preise berechnet worden waren, aber keine höheren, als nach den Bestimmungen des Tarifs berechnet werden dürften. Eine Leichenpredigt ist nun mal ein kostspieliger Genuß, das wird kaum zu ändern sein.

Einem gläubigen Gemüt will es freilich schlecht einleuchten, daß es so sein müsse. Von vielen Leuten wird es nicht verstanden und es scheint ihnen wenig zu den von der Kirche gepredigten Grundsätzen zu passen, daß zwar die Geistlichen bezw. ihre Agenten sich unaufgefordert fast die Beine ablaufen, wenn es gilt, ein Ehepaar zur Nachholung der unterlassenen kirchlichen Trauung oder der unterlassenen Taufe eines Kindes zu bewegen, daß aber andrerseits bei Beerdigungen und bei der freiwillig ausgesprochenen Bitte um eine Leichenpredigt die Kirche sich sehr viel weniger entgegenkommend zeigt, und übrigens nicht bloß in Bezug auf die Kosten.

Kürzlich hat einmal jemand die Entscheidung der oberen Kirchenbehörden angerufen, weil er sich bei einer Beerdigung nebst Leichenpredigt überteuert glaubte; es hat ihm aber nichts genützt. Er hatte seine Frau in Elbing beerdigen und am Grabe einen der dortigen Pfarrer sprechen lassen. Für diese Leistung präsentierte ihm die Kirchengemeinde eine Rechnung über 53,60 M. Die Summe setzte sich aus folgenden Posten zusammen: 1. Kirchenkasse 10,60 M., 2. Drei Geistliche 12 M., 3. Kantor 6 M., 4. Küster 3,50 M., 5. Unterglöckner 1,90 M., 6. Kirchhofsinspektor 4,60 M., 7. Parentation 9,00 M., 8. Grabrede 6,00 M. Der Mann scheint nun diese Rechnung mit den Augen eines Hotelgastes angesehen zu haben, der auf der ihm überreichten Rechnung verschiedene Posten entdeckt, deren Grund und Bedeutung ihm nicht ganz zweifelsohne ist. Der Elbinger Bürger, der übrigens jetzt nach einem Berliner Vorort übergesiedelt ist, beanstandete die Posten 2, 3, 4, 5, 8. Was den Kantor, den Küster und den Unterglöckner angeht, so war er der Ansicht, sie hätten keine Hand gerührt. Von dem Kirchhofsinspektor gab er zu, daß er wenigstens der Beerdigung beigewohnt habe. Den Pfarrer hielt er für zu hoch bezahlt in Anbetracht des Umstandes, daß er in der Leichenhalle und am Grabe nur je eine kurze Rede gehalten hatte. Er hatte auch nicht Lust, den Pfarrer mehrfach zu bezahlen. Als das Aergste erschien ihm der Posten 2. Er hatte nur einen Geistlichen bestellt, und es war auch nur einer gekommen. Trotzdem setzte man ihm auf die Rechnung „drei Geistliche 12,00 M.“ Daß hieran der eine Geistliche, der ja schon bezahlt war, noch einmal mit 4,00 M. beteiligt sei, das erschien dem Beschwerdeführer ganz besonders ungerecht. Er kannte aber noch nicht die Wunderlichkeiten kirchlicher Tarife; er wußte nicht, daß da noch allerlei Berechtigungen aus alter Zeit mitsprechen.

Der Betroffene wandte sich nach Danzig an das Konsistorium der Provinz Westpreußen, aber man antwortete ihm, die Rechnung stimme. Er schrieb nach Berlin an den Evangelischen Oberkirchenrat, aber auch von hier bekam er die Antwort, daß die ihm angerechneten Gebühren der Taxe entsprechen. Er weiß nun, daß alles mit rechten Dingen zugegangen ist, und daß gegen teure Begräbnis- und Leichenpredigt-Rechnungen kein Konsistorium und kein Oberkirchenrat helfen kann. Man wird sich also gewöhnen müssen, daß die Kirche, wenn ihre Dienstleistungen in Anspruch genommen werden, recht gehörigen weltlichen Entgelt fordert. —

Ausland.

Gewerkschaften und Höherer Arbeitsrat.

Paris, den 30. Juli.

Die diesjährigen Wahlen zum Höheren Arbeitsrat, deren erster Wahlgang bereits abgeschlossen ist, bieten ein allgemeines Interesse, da sie sich zu einer Kraftprobe zwischen dem linken und dem rechten Flügel der französischen Gewerkschaften gestaltet haben.

Einleitend ist vor allem zu bemerken, daß die Spaltungen innerhalb der Gewerkschaften sich nur teilweise mit den Spaltungen innerhalb der socialistischen Parteibewegung decken. Wenn der rechte oder „reformatorische“ Flügel der Gewerkschaften principiell und persönlich dem ministeriellen Socialismus mehr oder minder nahe steht, so steht der linke oder „revolutionäre“ Flügel principiell beiden socialistischen Richtungen gleich feindlich gegenüber, denn sein principieller Standpunkt ist die socialrevolutionäre Nur-Gewerkschaftlerei, die Verwerfung der politischen Aktion in jeder Form und die Proklamierung des Generalstreiks als des einzigen und ausschließlichen Mittels der socialen Revolution. Daraus erklärt sich auch seine Gegnerschaft gegen die Beteiligung am Höheren Arbeitsrat, der auf dem Gebiete der socialpolitischen Gesetzgebung vorbereitende und vorberatende Arbeit zu leisten hat.

Ein regelrechter Sturmlauf gegen diese Institution begann auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß von Lyon 1901. Die antiparlamentarischen Nur-Gewerkschaftler, die principiellen Gegner des Arbeitsrates, sind damals nur mit 23 Stimmen (bei 468 Abstimmenden) hinter der absoluten Mehrheit zurückgeblieben. Der Kongreß votierte aber schließlich mit allen gegen 7 Stimmen die Forderung, daß künftighin der Arbeitsrat ausschließlich aus Arbeiter- und Unternehmervertretern zu gleichen Teilen zusammengesetzt sein soll. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderung sollten die Arbeitervertreter ihre kollektive Demission einreichen.

Der Arbeitsrat, ursprünglich (seit 1891) zusammengesetzt aus 60 Mitgliedern, von denen 10 auf Grund ihres Amtes und 50 vom Handelsminister ernannt wurden, hatte seit Millerands Dekret von 1899 folgende Zusammensetzung: 22 gewählte Unternehmervertreter, 22 gewählte Arbeitervertreter, davon 15 Vertreter der Gewerkschaften und 7 Vertreter der Arbeiterbeisitzer bei den Gewerbegerichten, 1 Vertreter der Produktivgenossenschaften und 17 amtsberechtigte Mitglieder, darunter drei vom Senat und fünf von der Deputiertenkammer gewählte und endlich vier vom Handelsminister ernannte Mitglieder. Der Lyoner Beschluß zielte also ab auf die Entfernung der 17 Mitglieder, die keine direkten Vertreter der Arbeiter oder der Unternehmer sind. Seither hat der gegenwärtige Handelsminister Trouillot (Dekret vom 26. März 1903) die Zusammensetzung des Arbeitsrates im Sinne einer Verstärkung der direkten Interessenvertretung umgestaltet. Der Rat besteht nun aus 65 Mitgliedern, darunter 26 gewählte Unternehmervertreter, 26 gewählte Arbeitervertreter (18 von den Gewerkschaften und 8 von den gewerbegerichtlichen Arbeiterbeisitzern), 3 Senatoren, 5 Deputierte, 1 gewählter Vertreter der Pariser Handelskammer, 1 gewählter Vertreter der Arbeitsbörsen, 1 gewählter Vertreter der Produktivgenossenschaften und 2 vom Minister ernannte Mitglieder aus den Reihen des Instituts (den fünf Akademien) und der Pariser Universitätsprofessoren. Diese Umgestaltung, ein Zugeständnis an die Gewerkschaften, wurde von den leitenden Gewerkschaftlern als ungenügend mit aller Schärfe zurückgewiesen.

Es ist nun klar, daß die strikte Durchführung des Lyoner Beschlusses nicht geeignet wäre, die socialreformerische Thätigkeit des Arbeitsrates zu fördern. Und jedenfalls ist von den Parlamentariern und den Professoren, die ja nach dem Lyoner Beschluß zur Hälfte durch Unternehmer zu ersetzen wären, eher eine socialreformerische Gesinnung zu erwarten, als von den „direkten“ Unternehmervertretern. Doch der eigentliche Sinn des Lyoner Beschlusses ist eben in der antiparlamentarischen Tendenz der revolutionären Nur-Gewerkschaftler zu suchen, die den Arbeitsrat als eine politische Institution principiell verwerfen und im Lyoner Beschluß ein Mittel erblickten, die Gewerkschaften vom Arbeitsrat fernzuhalten.

Daher ihre Agitation für die Wahlenthaltung unter Berufung auf den Lyoner Beschluß. Offiziell wurde diese Agitation vom Föderalausschuß der Arbeitsbörsen betrieben, die einen Vertreter in den Arbeitsrat zu wählen haben. Der Ausschuß veranstaltete eine Urabstimmung, die jedoch eine Mehrheit für die Wahlbeteiligung ergab. Nun begingen die leitenden Elemente die Inkonsequenz, trotz ihres „Enthaltungs“princips einen „Protestkandidaten“ aufzustellen in der Person des Sekretärs des Föderalausschusses, Yvetot, der im Fall seiner Wahl sofort zu demissionieren hätte. Der Kandidat des „reformistischen“ Flügels war Briat, das bisherige Mitglied des Arbeitsrates. Das Ergebnis war die Wahl Briats, aber freilich nur mit 37 gegen 32 auf den Protestkandidaten gefallene Stimmen bei einer zersplitterten und drei ungültigen Stimmen, während die Gesamtzahl der Arbeitsbörsen 92 beträgt. Unter den sich der Wahl enthaltenden Arbeitsbörsen befinden sich die von Paris, Lyon und Marseille.

Aehnlich steht es um die Wahlen der nach Industrien gruppierten Gewerkschaften. Die Freunde der Wahlbeteiligung bezw. des Arbeitsrates haben ihre Kandidaten durchgebracht oder werden sie in der Stichwahl durchbringen. Aber die Mehrheit der Gewerkschaften ist der Wahl ferngeblieben. Und das Organ der „Konföderation der Arbeit“ (allgemeine gewerkschaftliche Landesorganisation) verzeichnet mit Freude, daß die gewählten Kandidaten nur 30 Prozent der organisierten Arbeiterschaft vertreten. Die Kraftprobe ist also zur Zufriedenheit der beiden Lager ausgefallen. Thatsächlich aber hat sie immerhin den bisherigen Eindruck von dem überwältigenden Einfluß der revolutionären Nur-Gewerkschaftler abgeschwächt.

Eine weitere Eigentümlichkeit der diesjährigen Wahlen ist das erstmalige Auftreten von Kandidaten der „gelben“ Gewerkschaften, der schoflen Werkzeuge des Unternehmertums. Sie haben ein schmähliches Fiasko erlitten. Wäre es aber nach dem Wunsche der Nurgewerkschaftler gegangen, wäre die Wahlenthaltung von sämtlichen proletarischen Organisationen geübt worden, dann hätten die „Gelben“, die Verräter der Arbeiterklasse, in den Arbeiterrat ihren Einzug gehalten.

Oestreich-Ungarn.

Die Bestechungsangelegenheit Dienes-Papp hat sich zu einem politischen Skandal ersten Ranges entwickelt, der die Existenz des Kabinetts Khuen-Hedervary aufs schwerste gefährdet. Der Urheber der Bestechungsversuche, in dessen Auftrag Dienes handelte, ist nämlich kein Geringerer als der Gouverneur von Fiume, Graf Ladislaus Szapary, der Busenfreund und Vertraute des Ministerpräsidenten Khuen-Hedervary. Dem „Berliner Tageblatt“ wird darüber telegraphisch gemeldet:

„Die größte Sensation erregte die gestern abend erfolgte Demission des Gouverneurs von Fiume, Grafen Ladislaus Szapary, welcher dem Redakteur Dienes das Geld zur Bestechung des Abgeordneten Papp gegeben hat. Von Szapary befreundeter Seite wird die Sache so dargestellt, daß Szapary den Intriguen einiger politischer Glücksritter, die ihm vorgespiegelt hatten, man könne der Obstruktion mit Geld beikommen, zum Opfer gefallen sei. Er habe übrigens ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten ganz auf eigne Faust gehandelt.

In oppositionellen Kreisen wird aber dem kein Glauben beigemessen, sondern man meint viel eher, daß gewisse Kreise die gutgläubige Naivetät Szaparys ausgespielt haben, um ihn im Falle des Mißlingens als Sündenbock zu opfern. Verwickelt wird die Affaire dadurch, daß Szapary mit dem Grafen Khuen sehr befreundet ist, und auch ein zweiter Hocharistokrat, der Oberthürsteher Graf Georg Banffy, ebenso wie Graf Szapary mit den Vermittlern der Bestechungsversuche in den letzten Tagen viel verkehrte.

Neben Dienes, welcher, wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, sich nach Berlin gewendet hat, waren noch mehrere Vermittler bei den Bestechungen beteiligt, die aber bis auf den Redakteur Singer alle flüchtig sind.“

Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary erklärte darauf mit Bezug auf die Aeußerung Kossuths, er werde vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen. (Allgemeine Zustimmung.) Der Ministerpräsident fährt dann fort: Kossuth hat erklärt, mich wegen der Bestechungsangelegenheit nicht verdächtigen zu wollen, fordert mich aber auf, meinen Platz zu verlassen. (Beifall links.) Meiner Ansicht nach würde ich mich nicht nur gegen mich, sondern auch gegen das Land versündigen, wenn ich dieser Aufforderung Folge leisten würde.

Frankreich.

Klerikale Demonstrationen. Die Mitglieder der Marianisten-Kongregation, die gestern vom Zuchtpolizeigericht wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu je 16 Francs Geldstrafe verurteilt worden

sind, zogen über ihrem Kloster eine mit Trauerflor verhüllte Fahne auf. Der Aufforderung der Polizei, sie zu entfernen, wurde vom Prior Folge geleistet. —

Rußland.

Das Drama von Tichorezk hält die ganze russische Oeffentlichkeit noch immer in äußerster Spannung. Es handelt sich um die Vergewaltigung und Ermordung eines jungen Mädchens auf einer Station der Wladikaukasischen Eisenbahn im Mai vorigen Jahres. Als damals die näheren Verhältnisse der scheußlichen Mordthat bekannt wurden, war es für niemand ein Geheimnis, daß die Schuldigen nicht gewöhnliche Sterbliche gewesen sind. Es wurden verschiedene Namen genannt, unter ihnen hauptsächlich Beamte des Justizministeriums. Die Regierung verlegte sich aber aufs Dementieren; es wurde eine Untersuchung eingeleitet, die natürlich nichts Belastendes für die Beamten ergab, und die Regierung glaubte nun Ruhe zu haben. Sie hatte sich aber geirrt. Im Januar erschienen in den „Petersburgskija Wjedomosti" zwei Artikel, die den Fall von neuem behandelten und außerdem zirkulierten in allen Händen Flugblätter, die die schärfsten Anschuldigungen gegen die Regierung erhoben. Sie mußte sich bequemen, eine neue Untersuchung einzuleiten. Wie zu erwarten war, ist auch diese resultatlos verlaufen. Der „Regierungbote" publiciert einen Auszug aus den Untersuchungsakten, und das nächste Heft des „Journals des Justizministeriums" soll als Beilage die Zeugenaussagen bringen. Man ist allgemein auf diese gespannt, denn der vorläufige Auszug beweist eigentlich das Umgekehrte dessen, was die Regierung beweisen will. Der Fall wird noch lange nicht zur Ruhe kommen.

Die Blätter berichten soeben über einen neuen Fall derselben Art aus Kiew. Dort ist am 15. Juli in einem Arrestlokal der Polizei eine Paulina Primakowa tot aufgefunden worden. Die Polizei will glauben machen, daß das Mädchen sich erhängt hat. Die Obduktion der Leiche hat aber ergeben, daß es ermordet worden ist. Der Fall hat die Stadt in größte Aufregung versetzt, und nun beschäftigt sich damit die ganze Presse. Trotz dieser Ereignisse, die deutlich genug für das sittliche Niveau des Beamtentums sprechen, denkt man aber in den Regierungskreisen nicht an eine wirksamere Kontrolle der Verwaltung, sondern nur an ihre Verstärkung. Es ist ein Gesetz publiciert worden, das die Landpolizei um eine Zahl von 40 000 Gendarmen verstärkt. Diese Verstärkung der Polizei wird dem Staat mehr als 15 Millionen Rubel jährlich kosten, sie dürfte aber nur den Anfang bilden. Das neue Kontingent der Polizei ist hauptsächlich für die Gouvernements bestimmt, in denen die Bauern sich unruhig zeigen. —

Serbien.

Schreckensherrschaft der Offiziers-Revolutionäre. Aus Belgrad ist in letzter Zeit bereits mehrfach berichtet worden, daß die an der Verschwörung gegen den letzten Obrenowitsch beteiligten Offiziere sich völlig als Herren der Lage fühlen und in übermütigster Weise ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz im Lande schalten. Einen neuen Beitrag dazu liefert ein soeben von der „Voss. Ztg." veröffentlichter Belgrader Bericht, in dem es heißt:

Trotzdem bereits fast zwei Monate seit der Ermordung des letzten Obrenowitsch verstrichen sind, scheinen die „nationalen Helden" noch immer zu glauben, daß sie die Herren im Lande sind. Das Ausbleiben der erwarteten Belohnungen und Auszeichnungen für das von ihnen durchgeführte „große patriotische Werk", wie sie den Mord an dem Königspaar nennen, hat sie zwar etwas enttäuscht, aber sie gleichzeitig noch mehr herausgefordert. Und so steht noch heute alles unter dem Terrorismus der Verschwörer, ja man kann sagen, daß der Terrorismus heute stärker ist, als je und sich auch in jeder Weise und überall fühlbar macht. Diesem Terrorismus ist auch die ganz merkwürdige Haltung der serbischen Presse zuzuschreiben, die sich, sei sie jetzt liberal oder konservativ, fortschrittlich oder reaktionär, ganz im Fahrwasser der Verschwörer befindet. Nur ein Blatt fand den Mut, offen gegen den Königsmord und gegen die Königsmörder, sowie gegen alles, was damit in Zusammenhang steht, Stellung zu nehmen. Es ist dies der radikale „Narodni List". Aber Herr Schibalin, der Herausgeber dieses Blattes, hat sich dadurch bereits nicht nur den Zorn der Vaterlandsretter zugezogen, die ihn wiederholt mit dem Tode bedrohten, sondern auch sogar den Unwillen der regierenden Herren, und so erlebte man dieser Tage das gewiß seltsame Schauspiel, daß das Organ des Ministerpräsidenten Avakumowitsch die „Sepsla Zastawa" mit Drohungen gegen den Herausgeber des „Narodni List" operierte.

Es ist nur natürlich, daß gegen ein solches Auftreten der Königsmörder sich das Gefühl der Empörung nicht nur unter einem Teile der Bevölkerung, sondern auch unter jenen Offizieren zu regen beginnt, die an der Verschwörung nicht teilgenommen haben. Freilich sind die im Auslande verbreiteten Gerüchte von einer angeblichen Verschwörung dieser Offiziere gegen ihre Kameraden weit übertrieben, aber daß es unter den nicht beteiligten Offizieren gegen die Verschwörer gärt, ist eine bereits allgemein bekannte Thatsache. Und so kann man jetzt in Serbien von zwei Parteien im Offizierkorps sprechen: die eine der Verschwörer unter Anführung des berühmten Oberstlieutenant Mischitsch, die andre der Antiverschwörer mit dem Kriegsminister General Manazhovitsch an der Spitze — zwei Parteien, die sich gegenseitig heftig befehden. —

Griechenland.

Verfassungsrevision. Im griechischen Volk macht sich, wie die „Agence Havas" meldet, eine Bewegung bemerkbar, die eine Revision der Verfassung anstrebt. Mehrere Vereinigungen sind zu diesem Zweck gegründet worden; eine derselben ist beim König vorstellig geworden, er möge die verfassunggebende Versammlung einberufen. Der König hat, wie es heißt, das Verlangen mit dem Hinweis abgelehnt, daß die gegenwärtige Verfassung ihm eine solche Maßnahme nicht gestatte; eine Revision der Verfassung müßte durch Willensäußerung des Volkes verlangt werden. Die Vereinigungen für Verfassungsrevisionen haben daraufhin in den Provinzen eine Kundgebung in Gestalt einer Bittschrift an den König vorbereitet, die ein düsteres Bild von der Lage im Lande entwirft und die Revision für unumgänglich erklärt. Die Bittschrift füllt sich mit Unterschriften. Die Revisionsbewegung hat ihre Quelle besonders im Bürgertum, und es ist angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit nicht unmöglich, daß sie sich rasch ausbreitet. —

Asien.

Russische Kosaken in Tibet. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Petersburg: Nach chinesischen Meldungen erhielt die Regierung in Peking Mitteilungen aus Tibet, daß die Russen nach geheimen Verhandlungen über die Erlaubnis zu geologischen Untersuchungen jetzt einige hundert Kosaken nach Tibet geschickt haben, indem sie behaupten, die chinesische Erlaubnis zum Durchzug zu besitzen. Die chinesische Regierung benachrichtigte ihren Vertreter in Tibet, sie habe den Russen keine Erlaubnis erteilt; er solle deren Bewegungen genau beobachten, sich aber jeder gewaltsamen Maßnahmen gegen sie enthalten. —

Amerika.

Aufstand auf Kuba. Mehrere Tausend kubanische Veteranen im Bezirk Santiago haben einem Telegramm aus Havanna zufolge die Revolution verkündet und der kubanischen Regierung den Krieg erklärt, weil diese die Zahlung des Soldes ablehnt, auf den die Veteranen aus ihren Diensten im Kriege gegen Spanien Anspruch zu haben glauben. Die Behörden von Havanna machen in Ost-Kuba die Miliz mobil und stellen Freiwillige ein. Die Lage auf der Insel wird als ernst betrachtet. Aus Washington wird dazu gemeldet, daß die amerikanische Regierung Vorbereitungen zur Entsendung von Truppen nach Kuba für den Fall trifft, daß die kubanische Regierung nicht im stande sein sollte, den Aufruhr zu unterdrücken. —

Aus Industrie und Handel.

Der Ausfuhrhandel der Vereinigten Staaten von Amerika. Nach den revidierten statistischen Mitteilungen des Handelsamts in Washington erreichte der Handel der Vereinigten Staaten mit fremden Ländern in dem am 30. Juni abgelaufenen Fiskaljahre eine noch nie dagewesene Höhe. Einfuhr und Ausfuhr beliefen sich zusammen auf 2 445 610 417 Dollar gegen 2 310 937 156 Dollar im Fiskaljahre 1900. Innerhalb eines halben Jahrhunderts hat sich die Einfuhr der Vereinigten Staaten fast vervierfacht, die Ausfuhr aber versiebenfacht. Sehr interessant ist folgende Zusammenstellung, welche das Anwachsen des amerikanischen Handels von Jahrzehnt zu Jahrzehnt veranschaulicht:

Fiskaljahr	Einfuhr Doll.	Ausfuhr Doll.	Zusammen Doll.
1853	263 777 265	203 489 282	467 266 547
1863	243 335 815	203 964 447	447 300 262
1873	642 136 210	522 479 922	1 164 616 132
1883	723 180 014	823 839 402	1 547 020 316
1893	866 400 922	847 665 194	1 714 066 116
1903	1 025 619 127	1 419 991 290	2 445 610 417

Flunkereien der Zechenpresse. Noch bis vor wenigen Tagen wußte die „Rhein.-Westf. Ztg." vom Coaks- und Kohlenmarkte zu melden, daß der Absatz ein äußerst günstiger sei. Jetzt, nachdem das Coakssyndikat infolge des verringerten Coaksabsatzes eine Produktions-Einschränkung von 10 Proz. festsetzt, schreibt sie plötzlich:

Die Einschränkung kommt nicht unerwartet; in den letzten Tagen ging bereits das Gerücht, daß eine solche beschlossen werden solle, da auf den Zechen, welche bekanntlich seit März ihre Kokereien in Höhe ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigten, die Vorräte sich anzusammeln anfingen. Anscheinend hat der Abruf aus der Eisenindustrie etwas nachgelassen. Die Einschränkung, die allerdings höher ausgefallen ist, als man angenommen hat, wird hoffentlich nur für die Sommermonate nötig sein. Man giebt sich in interessierten Kreisen der Hoffnung hin, daß der Coaksbedarf für die Dauer nicht nachlassen, sondern eher noch zunehmen wird. Daraufhin haben, wie wir dies mitteilten, eine große Anzahl von Zechen Coaksanlagen angelegt und die bereits bestehenden nicht unerheblich vergrößert. Die Absatzziffern für Juli sind noch nicht bekannt. Es ist aber wohl anzunehmen, daß dieselben hinter der Produktion und Beteiligung zurückbleiben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber den Konflikt bei der Firma Rudolf Mosse wird uns von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

In der Setzerei (Abteilung Deutsches Reichs-Adreßbuch) waren seit Mitte April dieses Jahres ca. 50 Schriftsetzer gegen den vereinbarten Pauschalpreis von 2,30 M. für Neusatz und 1,70 M. für sogen. stehenden Satz mit der Geschäftsleitung übereingekommen zu arbeiten. Bis zu Ende des Monats Juni cr. ist diese Vereinbarung von beiden Teilen innegehalten worden. Von da ab ergaben sich drei Konfliktsfälle, von denen der erste vom Geschäft behoben wurde dadurch, daß dessen Ansinnen zurückgezogen worden ist; der zweite Fall durch das Tarif-Schiedsgericht im Einigungsverfahren geschlichtet ward und im dritten Fall (dem jetzigen konkreten) handelt es sich darum, daß die Firma zur Erzielung gewisser Ersparnisse an Zeit und Arbeitslöhnen einen größeren Teil des Satzes vom vorigen Jahre „stehen" ließ. Es war die Arbeit im großen und ganzen nahezu erledigt, und nunmehr, hart vor Beginn der Schlußarbeit, versuchte die Geschäftsleitung, die getroffenen Vereinbarungen insofern zu durchbrechen, als sie statt weiter für „stehenden" Satz vereinbarte 1,70 Mark zu zahlen, neue Vorschläge hören wollte, beziehungsweise solche **schriftlich in petto** hatte. Der Vertrauensmann der Gehilfen sieht schon angesichts dieser versuchten Durchbrechung der einmal getroffenen Vereinbarung den Konflikt als gegeben; umsomehr in den Propositionen der Geschäftsleiter, die darin gipfeln, für „stehenden" Satz höchstens 7,5 Proz. den Setzern zu gewähren; wiewohl zur Klärung der Laienauffassung hervorgehoben sei, daß im ähnlichsten derartigen Betriebe (August Scherls „Berliner Adreßbuch") teilweise 50, bezw. 100 Proz. des „stehenden" Satzes den Setzern zugebilligt werden, und zwar seit Jahren.

Der erste technische Leiter von Rudolf Mosses Buchdruckerei, Herr Philipp Messenzehl fand nunmehr, nachdem der Gehilfen-Vertrauensmann auf vorerwähntes Ansinnen keine Einigung herbeizuführen für möglich erachtete, sich nach ca. zweitägiger Vermittelung der berufenen Organisationsorgane bereit, sein wohlwollendes Herz zu offenbaren, dahingehend, daß er pauschaliter für den „stehenden" Satz inkl. Aenderungen und Neusatz 1,25 M. für 100 Zeilen zu zahlen beabsichtigte. Alle Versuche, Herrn Messenzehl dieses wortbrüchige und tarifwidrige Ansinnen vor Augen zu führen, scheiterten an dem Starrsinn dieses Herrn, der sowohl die Organisation als solche für eine Nebeninstanz erklärte, als auch das Tarif-Schiedsgericht (dessen Beisitzer als Prinzipalsvertreter er ist) nicht mehr anzurufen vorgab.

Im Einvernehmen aller Betriebs-Vertrauensleute (Arbeiterausschuß) wurde daher als provozierte Antwort die Arbeit im ganzen Betriebe am Donnerstagnachmittag für so lange niedergelegt, als die Firma nicht Tariftreue zusichere und das Tarif-Schiedsgericht und den Gauvorstand unsrer Organisation anerkenne. Nachdem dies durch den Gehilfenvertreter im Tarifamt von der Geschäftsleitung erreicht war, ist die Arbeit wieder aufgenommen und bezüglich des noch schwebenden Konfliktspreises betreffend den „stehenden" Satz ist eine Kommission bemüht, Einigung herbeizuführen. Die Setzer der Zeitung erklärten durch ihren Vertrauensmann sich mit allen Abteilungen solidarisch, nur war leider die Abendausgabe bereits erledigt.

Verwunderung und Erregung ruft es hervor, daß ein derartiges „Welthaus" so wenig Wert auf ruhiges Erledigen der Arbeit legt, und stets gezwungenermaßen den Tarif aufrecht erhält. Es wäre dies um so weniger in diesem monumentalen Hause nötig, da sowohl Vergangenheit und Gegenwart der Firma das kordiale „Leben und leben lassen" zum Leitfaktor dienen müßte.

Die höchste Instanz einer Beschwerde ist Herr Philipp Messenzehl und dieser ist schwerhörig für die gerechten Wünsche der Arbeiter, wenn sie nicht süddeutscher Mundart und katholischen Bekenntnisses sind, wie männiglich allen Mosseschen Arbeitern zur Genüge bekannt ist. Solche Zustände, verbunden mit größter Protektionsunwirtschaft herrschen in der Veste freisinnig-nationalsocialer Gesinnungstüchtigkeit.

Die Bewegung der Gärtner scheint vor einer bedeutsamen Wendung zu stehen. Man schreibt uns: In einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung der Gärtnergehilfen und Gartenarbeiter Berlins und Umgegend, veranstaltet von der Deutschen Gärtnervereinigung, die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen ist, verhandelte man über den Zwist zwischen der obigen Vereinigung und dem Allgemeinen deutschen Gärtnerverein, dessen Leiter der Gewerkschaftssekretär und Reichstagskandidat der Christlichsocialen, Behrens, ist. Die Hauptredner in der gegen fünf Stunden währenden Versammlung waren Janson-Hamburg und der Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Legien. Es kam zu äußerst lebhaften Auseinandersetzungen. Die große Mehrzahl der Versammelten gehörte dem „Allgemeinen Verein" an und gelangte auch eine Resolution gegen die Vereinigung zur Annahme, in der jedoch erklärt wurde, daß man im allgemeinen mit Legien einverstanden sei. Die Leiter des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins gaben auch bekannt, daß die Hauptgruppe dieser Organisation, der Gau Mark Brandenburg, sich entschlossen habe, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beizutreten. Demgemäß würde dann auch der hiesige Zweigverein der Berliner Gewerkschaftsorganisation beitreten.

Achtung, Metallarbeiter! In dem Betriebe von Piechatzek, Fabrik für Aufzüge, Seestraße 21, sind fünf Dreher gemaßregelt worden. Der Betrieb ist für Dreher bis auf weiteres gesperrt.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Streik bei der Firma Schöning ist seitens der Streikenden mit Ausnahme der Handformer aufgegeben. Ursache dazu war die eingerissene Mutlosigkeit, die daher resultierte, daß anderwärts für die Firma Streikarbeit hergestellt wurde. Für Handformer ist Zuzug nach der Firma Schöning A.-G., Reinickendorf, nach wie vor fernzuhalten.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Deutsches Reich.

Die Maurer in Elberfeld haben den Vorstand des dortigen Zweigvereins beauftragt, einen Lohntarif auszuarbeiten, der demnächst den Arbeitgebern unterbreitet werden soll. Der bisher in Elberfeld übliche, in vielen Fällen aber noch nicht erreichte Lohn beträgt 46 Pf. pro Stunde. Für erstrebenswert erachten die Maurer einen Lohn von 50 Pf.

Die Dresdener Straßenbahner waren in eine Bewegung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten. Bei der Hartnäckigkeit der Direktion den Forderungen der Angestellten gegenüber erschien es zunächst, als solle es zu einem Streik kommen. Schließlich kam es aber dennoch zu einer **Einigung** auf folgender Grundlage:

„Die Beschäftigung von Angestellten und Bediensteten als Motorwagenführer und Signalwärter darf während eines Zeitraumes von drei Wochen nicht mehr als 200 Stunden, während ein und desselben Tages, ohne mindestens zweistündiger Zwischenpause, nicht mehr als 10 Stunden, bei Gewährung einer derartigen Pause aber auch nicht mehr als 12 Stunden betragen. Nur einmal innerhalb 7 Tagen ist die Erhöhung der Dienstzeit auf 14 Stunden zulässig.

Der ganze Tagesdienst soll nur von einer Pause unterbrochen werden; auch muß ihm eine geschlossene Ruhepause von mindestens 8 Stunden folgen. Im Dienstplan sind die Zeiten vor und nach dem eigentlichen Fahrdienst, während denen das Personal zur Stelle sein muß, mit aufzuführen. Pausen von einer halben Stunde und weniger sind als Dienstzeit zu rechnen. Den Führern und Signalwärtern sind innerhalb drei Wochen drei Dienstpausen von mindestens je 28 Stunden zu gewähren.

Vorschriften über die Beschäftigungsdauer des übrigen Betriebspersonals bleiben vorbehalten."

Die Straßenbahner erklärten sich durch dieses Zugeständnis für zufriedengestellt. Man kann daran ermessen, was für Zustände bisher im Straßenbahnbetriebe zu Dresden geherrscht haben müssen.

Achtung! Bilderrahmenmacher, Glaser, Vergolder, Buchbinder und Steindrucker. Bei Grosz in Leipzig sind nun sämtliche Branchen in eine Lohnbewegung getreten. Gefordert wird ein Stundenlohn von 44 Pf. bei 9stündiger Arbeitszeit. Obige Branchen mögen den Zuzug nach Leipzig fernhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

Versammlungen.

Die Straßenhändler, Hausierer und Marktfahrer sowie die in diesen Berufen thätigen Frauen hielten am Donnerstag im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung ab, die sich mit dem Thema: „Die schamlose Agitation des Centralverbandes selbständiger Gewerbetreibender" befaßte. Das Referat hatte Franz Kotzke an Stelle des zuerst ausersehenen, aber verhinderten Referenten übernommen. Der Redner kennzeichnete die rücksichtslose Art und Weise, wie die seßhaften Handel- und Gewerbetreibenden und ihr Centralverband die Existenz der Straßenhändler, die doch auch leben und sich anständig und ehrlich ernähren wollen, zu untergraben suchen, und wie sie hierbei von den Hausagrariern, die von der Ausrottung des Straßenhandels eine weitere Steigerung der Ladenmieten erwarten, eifrigst unterstützt werden. Wie bereits in der Straßenhändler-Versammlung vor drei Wochen erwähnt wurde, hat der Centralverband selbständiger Gewerbetreibender eine Deputation an den Polizeipräsidenten gesandt, um von ihm die Durchführung der geplanten Beschränkung des Straßenhandels zu verlangen. Der Führer der Deputation, der reiche Kommerzienrat Lissauer, würde, so führte der Redner aus, wohl kaum geneigt sein, gegen die eigentlichen Vernichter der kleinen Geschäfte, gegen die großkapitalistischen Warenhäuser so vorzugehen wie gegen die armen Straßenhändler. Zum Schluß wies der Redner darauf hin, daß nur eine einheitliche Organisation der Straßenhändler in diesem Kampf, der ja auch ein Kampf um die Gewerbefreiheit ist, etwas ausrichten kann. — In der Diskussion, die bis in die späte Nacht dauerte, kam die Erbitterung über die chikanöse Behandlung und Verfolgung, der die Straßenhändler in ihrem Daseinskampf ausgesetzt sind, lebhaft zum Ausdruck. Namentlich wurde auch das Verhalten der Polizei kritisiert, die den Wünschen der Seßhaften entsprechend, den Händler von Ort zu Ort vertreibt und ihn mit Strafmandaten bedenkt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, beschließt, gegen die unverschämte Agitation des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden energisch Front zu machen und erwartet von der Arbeiterschaft Berlins, daß sie nicht gewillt ist, sich den unverschämten Wünschen unsrer Gegner anzuschließen, da sonst Tausende von Existenzen brotlos gemacht werden. Die Versammlung erklärt ferner, daß die Straßenhändler, soweit sie noch nicht dem Verein angehören, sich organisieren sollten, damit wir energisch Front machen können gegen diejenigen, die uns unsre Existenzberechtigung mit aller Gewalt absprechen wollen."

Aus dem Vatikan.

Beginn des Konklave.

Heute vormittag 10 Uhr fand, als Einleitung der mit dem Konklave in Zusammenhang stehenden Feierlichkeiten, in der Paulinischen Kapelle des Vatikans eine vom Kardinal Serafino Vannutelli celebrierte feierliche Messe statt, der 61 Kardinäle beiwohnten. Gegen 12 Uhr war die Ceremonie zu Ende.

Um 5 Uhr werden die Kardinäle wieder in den Vatikan kommen und dann in das Konklave eintreten. In allen Kirchen Roms ist bis nach erfolgter Papstwahl das Allerheiligste ausgestellt.

Rom, 31. Juli, abends 5 Uhr. Seit 3 Uhr nachmittags zeigt sich in der Umgebung des Vatikans, in dem das Konklave heute abend zusammentritt, reges Leben. Die Begleiter der am Konklave teilnehmenden Kardinäle trafen zu Wagen mit den den letzteren gehörigen Gegenstände ein. An allen Fenstern des Vatikans sind die Läden geschlossen. Um 4 Uhr wurde das in der Nähe des Vatikans aufgestellte Militär verstärkt, eine starke Abteilung berittener Karabinieri verteilte sich über die Zugänge zu den päpstlichen Palästen. Der Konklave-Marschall Fürst Chigi traf im Vatikan um 4 Uhr ein, in dem auch die Kardinäle seit 4 Uhr nach einander ankommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 31. Juli. (W. H.) Aus Kassel wird gemeldet: Es wird jetzt offiziell bekannt gemacht, daß die nervöse Erregung des Landrats Steffens in Fulda, auf die die bekannten Vorgänge am 26. d. M. (Erklärung des Belagerungszustandes) zurückgeführt werden, sich als schwere Erkrankung des genannten Beamten herausgestellt hat, die seine Ueberführung in eine Heilanstalt in Heidelberg notwendig macht.

Petersburg, 31. Juli. (Meldung des „Russischen Handels-Telegraphen-Bureaus".) Die Sitzungen der Kommission zur Revision des deutsch-russischen Handelsvertrages beginnen in Petersburg am 3. August d. J.

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen.

Lokales.

Die Raubtier-Spielschule des Zoologischen Gartens.

Eine „Raubtier-Spielschule" — das ist das Allerneueste! Sie besteht im Berliner Zoologischen Garten, und zwar eigentlich schon seit längerer Zeit; aber weiteren Kreisen war bisher noch nichts darüber bekannt geworden. Es handelt sich um eine Art Kindergarten, einen „Kindergarten" für junge Löwen, Leoparden, Hyänen usw.

Diese Einrichtung hat sich, wie Direktor Dr. L. Heck mitteilt, aus kleinen Anfängen sozusagen von selber entwickelt. Sie ist zurückzuführen auf die neuere Methode der Freiaufzucht junger Raubtiere, die man „nicht mehr im Raubtierhause einsperrt, sondern in größeren, dazu hergerichteten Räumen auf dem Wirtschaftshofe in Gemeinschaft mit ihresgleichen und mit Hunden in stetem freundlichen, liebevollen Verkehr mit dem Menschen möglichst ungehindert sich bewegen und aufwachsen läßt". Die Tiere, die im Zoologischen Garten in dieser Weise aufgezogen worden sind, haben sich nicht nur körperlich sehr gut entwickelt, sondern sind auch ganz überraschend gutartig und anhänglich geworden und haben sich schließlich auch als gelehrige Schüler erwiesen, die sich ohne die üblichen Mittel gewöhnlicher Dresseure manches hübsche Kunststück beibringen ließen. Was durch diese Behandlung erreicht worden ist, soll nun in der nächsten Zeit auch den Besuchern des Zoologischen Gartens in öffentlichen Schaustellungen gezeigt werden.

Am Freitag hat die Direktion zunächst vor einem geladenen Publikum eine Abschlußprüfung veranstaltet. Neun Zöglinge nahmen daran teil: sechs Löwen, ein Leopard, eine Hyäne, ein Bär; als zehnter war ihnen ein Hund beigesellt. Sogenannte „Wunder der Dressur" bekam man nicht zu sehen; es war aber auch gar nicht beabsichtigt, solche zu zeigen. Was hier vorgeführt wurde, war schlichter als die Produktionen eines berufsmäßigen „Tierbändigers" und dennoch größer als diese. Das Bild, das die Raubtier-Spielschule bot, vermochte mehr als bloße Schaulust zu befriedigen; es war ein wertvoller Beitrag zur Tierpsychologie. Inspektor Havemann, der die Tiere mit großer Hingabe aufgezogen hat, ist offensichtlich ein guter Kenner der Tierseele. Jede der als blutgierig und mordlustig verschrieenen Bestien wurde von ihm nach ihrer Eigenart behandelt, und jede folgte ihm. Die Spiele, die er sie vorführen ließ, waren, wie gesagt, keine sensationell wirkenden Dressurkunststücke, obwohl mit manchem davon auch ein eigentlicher Dresseur sich sehen lassen könnte. Aber es kam mehr nur darauf an, zu zeigen, wie weit sich die Tiere an ihren Pfleger gewöhnt haben, wie verschieden ihre Individualität dem Pfleger gegenüber zum Ausdruck kommt, und mit welchem Verständnis der Pfleger der Individualität jedes einzelnen Tieres Rechnung trägt.

Interessant sind die Charakteristiken, die Direktor Heck von den Zöglingen entwirft. Hier sind einige: Turnidu, der große, schwere, aus Deutsch-Südwestafrika importierte Löwe, gutmütig und nicht unbegabt, aber auffallend träge und schwerfällig; nur dann rasch zur Hand, wenn ihn etwas Besonderes reizt. Felix, der erste westafrikanische Löwe aus Deutsch-Bornu im Tschadseegebiet, klug und folgsam, aber auch furchtsam, durch veränderte Umgebung leicht zu stören. Abdullah, importierter Senegallöwe, der gutmütigste und fügsamste von allen, aber nicht sehr begabt. Mahdi, importierter Abessynierlöwe, der klügste und gelehrigste, hält aber in Einzelheiten seinen Willen aufrecht. Fatime, unsre selbstgezogene Löwin, sehr nervös und nachtragend, dabei gegen ihre Genossen mitunter etwas heimtückisch. Suleika, indische Leopardin, sehr klug und eifrig, drängt sich geradezu zur Arbeit". Kaukasusbär, der geborene Clown, hat immer Nebendinge im Kopf und stöhnt jämmerlich, wenn er zeigen muß, was er gelernt hat.

Die Vorführung der so charakterisierten Zöglinge wurde durch Inspektor Havemann, der auf der umgitterten Bühne zwischen den Tieren umherspazierte wie im Kindergarten die „Tante" zwischen ihren Kleinen, durch witzige und humorvolle Zuthaten zu einer recht unterhaltenden gestaltet. Mit einzelnen Tieren, die besonders gutmütig waren, erlaubte er sich manchen derben Spaß. Drollig war der Bär, mit dem Herr Havemann fast ein bißchen zu sehr „Schindluder spielte". Die Gäste spendeten den eigenartigen Leistungen dieser Raubtier-Spielschule und ihres Leiters den verdienten Beifall.

Die Entwicklung des inneren Personenverkehrs der Berliner Stadt- und Ringeisenbahn. Im Anschluß an die im Jahrgang 1898 des „Archivs für Eisenbahnwesen" enthaltenen Angaben über die Entwicklung des inneren Personenverkehrs, d. i. des Verkehrs der Stadt- und Ringbahnstationen untereinander (einschließlich der beiden Vorortstationen Grunewald und Eichkamp, aber ausschließlich des sonstigen Vorort- und des Fernverkehrs) bis Ende 1897, werden im neuesten Heft des „Archivs" die gleichen Ergebnisse für die fünf Jahre 1898 und 1902 veröffentlicht.

Unter Ausschluß des Ausstellungsjahres 1896 ergab sich seit Eröffnung der Stadt- und Ringbahn bis zum Jahre 1900 eine ununterbrochene erhebliche Verkehrs- und Einnahmesteigerung, obgleich der Wettbewerb der Berliner Straßen- und Vorortbahnen seit ihrer elektrischen Betriebsführung in den letzten Jahren mehr als früher bemerklich war. Ganz besonders trat dies hervor, als die Große Berliner Straßenbahn am 1. Oktober 1900 auf einer größeren Anzahl ihrer Linien den Einheitstarif von 10 Pf. für jede Fahrt — unter gleichzeitiger Herabsetzung ihrer Zeitkartenpreise — einführte und diese erheblichen Tarifermäßigungen am 1. Januar 1901 auf ihr gesamtes Bahnnetz ausdehnte. Hauptsächlich infolge dieser Maßnahmen stieg die Anzahl der von der genannten Straßenbahn beförderten Personen von 236 Millionen im Jahre 1900 auf 282 Millionen im Jahre 1901, d. i. 19,5 Proz.

Bei dem starken Wettbewerb der Straßenbahnen mit der Stadt- und Ringeisenbahn in vielen verkehrsreichen Stationsverbindungen war sonach der erhebliche Rückgang des Verkehrs auf der Stadt- und Ringbahn, der im Jahre 1901 eintrat, nicht überraschend; er betrug 8,9 Millionen Fahrten = 9 Proz. und 916 000 M. an Einnahmen gleich 10 Proz.; überwiegend waren die einfachen Fahrkarten an diesem Ausfall beteiligt.

Das Jahr 1902 ergab jedoch gegen 1901 bereits wieder eine Steigerung von 3,1 Millionen Fahrten = 3,5 Proz. und 115 000 M. Einnahme = 1,4 Proz., obgleich die am 18. Februar 1902 eröffnete Berliner Hoch- und Untergrundbahn gleichfalls — wenn auch nur in einigen Stationsverbindungen — in den Wettbewerb mit eingetreten ist.

Leider wird die Eisenbahnverwaltung bei diesem relativ günstigen Verkehrsstand erst recht nicht an eine Herabsetzung des Fahrpreises denken.

Der Magistrat hat 15 Gemeinde-Wahlbezirke ausgelost, in denen bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen nach der Städte-Ordnung nur je ein Hausbesitzer gewählt werden kann. Diese Bezirke wurden bisher vertreten: In der III. Abteilung der 13. durch Stadthagen, der 17. durch Hausbesitzer Schem, der 24. durch Gastwirt J. Wernau, der 37. durch Hutfabrikant Borgmann, der 39. durch Hausbesitzer Th. Raaz, der 43. durch Gastwirt Ewald und der 47. durch Gastwirt Augustin. Fünf von diesen müssen danach Hausbesitzer werden, falls sie in den bisherigen Wahlbezirken wieder aufgestellt werden sollen. In der II. Abteilung sind ausgelost: der 5. Wahlbezirk, durch Geh. Sanitätsrat Dr. Ruge (Hauswirt) vertreten, der 9., bisher durch Rentner Idem (Hausbesitzer), der 10., bisher durch Kaufmann Klaar (Hausbesitzer), der 11., bisher durch Obermeister Gemeinhardt und Kaufmann Quednow (Hausbesitzer), der 15., bisher durch Justizrat Cassel, und der 16., bisher durch Apotheker Fritsch (Hausbesitzer) vertreten. Justizrat Cassel zählt nicht zu den Hausbesitzern. In der I. Abteilung müssen in den beiden Wahlbezirken 10 und 14, die bisher durch Justizrat Dr. Friedemann und Architekt Baumann vertreten werden, Hausbesitzer gewählt werden. Von diesen beiden ist Justizrat Dr. Friedemann kein Hausbesitzer.

Auch ein geistiger Kampf gegen die Socialdemokratie. Aus dem Norden Berlins schreibt uns ein Parteigenosse: Hier zieht gegenwärtig ein Händler von Hof zu Hof, der Briefpapier feilbietet. Um nun das Publikum und vor allem die Arbeiterschaft auf sich und seine Ware besonders aufmerksam zu machen, ruft er mit lauter Stimme: Wer von mir kauft, erhält noch gratis ein Buch über „Die Bedeutung des 1. Mai und die Zukunft der Socialdemokratie". Bald aber merken die Käufer dann, daß ihnen auf diese Weise eine — Sudelbroschüre des Korbmachers Fischer angedreht worden ist.

Es dürfte wohl mit einiger Sicherheit anzunehmen sein, daß der Händler das Geistesprodukt des edlen Korbmachers im Auftrage irgend eines „Ordnungs"-Konsortiums vertreibt. Nun, die Arbeiter erhalten auf diese Weise schlimmstenfalls ein Stück Klosettpapier mehr.

Die neue Straßenbahnlinie. Unsre gestrige einer Lokalkorrespondenz entnommene Nachricht wird von der „Großen Berliner Straßenbahn" wie folgt dementiert: In der heutigen Morgenausgabe Ihres geschätzten Blattes befindet sich eine Notiz, gemäß der am 1. August d. J. eine neue Straßenbahnlinie Alexanderplatz—Tempelhof—Südende—Lankwitz—Groß-Lichterfelde zur Eröffnung gelangen soll.

Diese Nachricht, der wir vollständig fern stehen, ist unrichtig. Die Einführung einer solchen Linie ist von uns nicht beabsichtigt.

Die neuen Notausgänge, die für die Weinmeisterstraße, für die Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt in diesem Jahre angelegt worden sind, haben sich nach den Feststellungen der Kanalisations-Verwaltung bereits ganz vorzüglich bewährt. Die in den letzten Tagen herniedergegangenen Regenmassen, besonders die Niederschläge am Mittwochnachmittag waren so bedeutend, daß nach den bisherigen Erfahrungen an den bekannten Ueberflutungsstellen Hochwasser erwartet werden mußte. Obwohl die Niederschläge an einzelnen Stellen eine Höhe bis zu 28 Millimeter in einem Zeitraume von einer halben Stunde erreichten, ging der Wasser-Abfluß glatt von statten. Es trat nicht einmal eine vorübergehende Stauung der Fluten in den Sammelkanälen ein. Nach diesen Erfahrungen ist anzunehmen, daß bei für Berlin normalen Regen-Verhältnissen in dem erwähnten Stadtteil Ueberschwemmungen ausgeschlossen sind. Bei einer Regenkatastrophe, wie am 14. April vorigen Jahres, würde diese Anlage natürlich nicht genügen. Abflußleitungen für derartige Wassermengen zu schaffen, ist ganz unmöglich, doch sind auch solche Wasser-Katastrophen außerordentlich selten.

Einen alten Trick erfolgreich zur Anwendung gebracht hat eine Diebesbande, welche in der gestrigen Nacht einen Einbruch in dem Konfektionsgeschäft von Cohn, Neue Schönhauserstraße 1, ausübte. Die Bande bestand aus vier Personen. Um die Aufmerksamkeit der an der Ecke der Weinmeister und Neuen Schönhauserstraße mit ihren Gefährten haltenden Droschkenkutscher, sowie auch der Nachtpassanten von dem Thatorte abzulenken, entrierten zwei Mitglieder der Bande eine Schlägerei, bei welcher sie sich natürlich nicht allzu wehe thaten. Während sich die beiden zankten und prügelten und eine größere Zuschauermenge um sich versammelten, zertrümmerten die beiden Genossen einen großen Schaukasten, dessen aus wertvollen Kostümen bestehenden Inhalt sie sich aneigneten, nachdem der Raub in Sicherheit gebracht worden war, versöhnten sich die beiden Gegner und entfernten sich unbelästigt. Es ist übrigens bereits das vierte Mal, daß die oben genannte Firma durch derartige Schaukästendiebstähle geschädigt wurde.

„Die Indianer". Eine ganze Schar Jungen im Alter von 9—12 Jahren lagen gestern abend in der Schönholzer Heide dem Indianerspiel ob. Sie begingen u. a. den bodenlosen Leichtsinn, Raketen und sog. Schlangen einzubuddeln und mit Steinen zu belegen. Durch ungeschickte Hantierung explodierte die eine Rakete und brachte dem 10jährigen Sohn des Schneiders Glünzel so schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen bei, daß er sofort zur Charité geschafft werden mußte. Der unglückliche Knabe ist zeitlebens zum Krüppel geworden. Auch an der Erhaltung seines Augenlichtes wird gezweifelt.

In der Zahl der Unfälle im Straßenverkehr im Monat Juli ist zwar ein kleiner Rückgang zu verzeichnen, doch ist sie immerhin noch erschreckend groß. Es wurden 58 schwere Unfälle gegen 62 im Vormonat festgestellt. Die Zahl der Getöteten ist von 9 auf 10 gestiegen. Zwei Personen wurden im Betriebe der Straßenbahn Siemens u. Halske, je eine Person auf der Stadtbahn und durch ein Automobil getötet. Unter den 48 Schwerverletzten befinden sich 15 Personen, die im Betriebe der verschiedenen Straßenbahn-Gesellschaften, davon nicht weniger als neun durch Besteigen resp. Verlassen in der Fahrt befindlicher Wagen zu Schaden kamen. Unter den Verunglückten befinden sich 35 Männer, 17 Frauen und 6 Kinder. Bei 28 Fällen konnte ein Selbstverschulden der Verunglückten festgestellt werden, während nur in sechs Fällen die Schuld der Kutscher erwiesen werden konnte. In allen übrigen Fällen lagen besondere Umstände vor, wie sie der starke Verkehr in der Großstadt häufig herbeiführt.

Auf einem Eisenbahnübergang schwer verunglückt ist vorgestern abend der 52 Jahre alte Kutscher Adolf Hoffert, der bei seinem Bruder in Kremmen wohnt. Hoffert war mit seinem Fuhrwerk unterwegs und fand abends um 10 Uhr bei dem Ort Schwante die Schranke am Eisenbahnübergang nicht geschlossen. Daher fuhr er ohne Bedenken weiter. Als aber die Pferde eben das Geleise überschritten hatten, faßte ein Zug den Wagen und zertrümmerte ihn. Hoffert wurde am Kopfe schwer verletzt und heute morgen nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht. Ob er vom Eisenbahnzug überfahren oder ob die Verletzung von den Wagentrümmern herrührt, ist noch nicht festgestellt; der Verunglückte weiß es nicht. Die Pferde blieben unverletzt. Der Staatsanwaltschaft ist von dem Unfall Anzeige erstattet worden. Ob die Behauptung Hofferts, daß die Schranke offen gewesen sei, der Wahrheit entspricht, bedarf noch der Untersuchung.

Zu dem Drama in der Lützowstraße wird noch berichtet, daß die beiden Schwestern Hedwig und Marie Guttknecht aus Stettin gebürtig sind. Jene war ungefähr 48, diese 44 Jahre alt. Ihr Aufenthalt seit dem Selbstmordversuch in der Putbuserstraße ist jetzt für die ganze Zeit festgestellt; noch unklar ist dagegen, wovon sie gelebt haben. Hedwig Guttknecht bezog als wissenschaftliche Lehrerin, die unfreiwillig den Dienst hatte verlassen müssen, nur eine kleine Pension, Marie nannte sich Mal- und Zeichenlehrerin, gab aber keinen Unterricht. Trotzdem haben beide monatelang Wohnung und Unterhalt regelmäßig bezahlt. Nach dem Selbstmordversuch in der Putbuserstraße lagen die beiden Schwestern sieben Monate lang im Lazaruskrankenhause. Nach ihrer Entlassung zogen sie zu einem Vermieter Niebuhr am Hafenplatz Nr. 4. Dort wohnten sie neun Monate und bezahlten alles. Ihre Lebensführung war hier bescheiden, ihr Wesen sehr scheu. Den Pförtner des Hauses baten sie wiederholt, wenn eine Droschke vorfahre, ja nachzufragen, ob nicht ein Kriminalbeamter darin sei. Denn die Polizei verfolge sie, um ihnen Dokumente wegzunehmen. Die Damen erzählten auch, daß sie aus Stettin und Amerika von Verwandten unterstützt würden. Daran glaubte man im Hause nicht recht, da man nie einen Geldbriefträger bei ihnen sah. Die Zweifel wurden bestätigt durch einen Brief, den man im Hause fand und las. Hierin antworteten zwei in Amerika lebende Schwestern der Verstorbenen auf eine Bitte um Unterstützung, ihnen geht es selbst schlecht, sie müßten selbst arbeiten, waschen und nähen. Daher müßten auch sie in Berlin arbeiten, um leben zu können. Als Niebuhr nach Pankow verzog, mieteten die Damen bei der Witwe Kleber in der Köthenerstraße, der sie, wie wir mitteilten, schließlich 400 M. schuldig waren. Während sie hier wohnten, versuchten sie bei einem Geschäftsmann unter Berufung auf reiche Verwandte in Amerika Kredit zu bekommen, hatten aber damit keinen Erfolg. Es wird vermutet, daß die Schwestern im wesentlichen von Schwindeleien gelebt haben, die noch nicht angezeigt und aufgeklärt sind.

Durch ein Stück Mauerputz fand den Tod der 8 Jahre alte Sohn Franz des Tischlers Lamprecht aus der Grünauerstr. 6. Der Knabe begann vor drei Wochen über Kopfschmerzen zu klagen und zeigte eine auffallende Müdigkeit. Zwei Tage später entdeckte sein Vater auf dem Kopfe eine kleine Wunde, die aber ganz belanglos zu sein schien. Auf Befragen erzählte nun der Knabe, daß ihm kurz vorher, als das Haus abgeputzt wurde, beim Ueberschreiten des Hofes ein Stück Kalk auf den Kopf gefallen sei. Der Verletzte, der nun in ärztliche Behandlung gegeben wurde, bekam zu den andern Erscheinungen auch noch Erbrechen und starb schließlich unter allen Zeichen einer Gehirnverletzung. Die Leiche wurde beschlagnahmt und die Obduktion ergab in der That, daß das herabfallende Putzstück die Gehirnhaut verletzt und eine Entzündung hervorgerufen hatte. Der traurige Ausgang des Unfalls mahnt insbesondere die Kinder, sich irgendwelchen Bauarbeiten möglichst fernzuhalten.

Um sich das Leben zu nehmen, hat sich der 53 Jahre alte Gastwirt Heinrich Hildebrandt aus der Friedelstr. 16 zu Rixdorf heimlich aus seiner Wohnung entfernt. Hildebrandt war früher in Stettin ansässig und hatte die Gastwirtschaft in Rixdorf erst seit April dieses Jahres. Es gefiel ihm hier so schlecht, daß er nervös wurde und sich vor einigen Tagen entfernte, um sich das Leben zu nehmen. Bisher hat man nichts mehr von ihm gehört und auch seine Leiche noch nicht gefunden. Wahrscheinlich hat er seine Absicht irgendwo zwischen hier und Stettin ausgeführt. Der Vermißte ist mittelgroß und dunkelblond, hat blaue Augen und einen dunkelblonden Schnurrbart und trägt einen graugrünen Jackettanzug mit schwarzer Schirmmütze und Zugstiefel. Sein weißes Hemd ist H. H. gezeichnet.

Kinderspiele. Heute Sonntagvormittag von 9—12 Uhr Fortsetzung der vom Turnverein „Fichte" arrangierten und geleiteten Kinderspiele. Versammlungsort für den Nordost-Bezirk: Landsberger Platz am Krieger-Denkmal; Spielplatz: Sportplatz Friedrichshain. — Versammlungsort für den Südost-Bezirk: Ober-Freiarchenbrücke am Schlesischen Busch; Spielplatz: Treptower Park. — Versammlungsort für den Nord-Bezirk: Bahnhof Beusselstraße; Spielplatz: Jungfernheide. — Versammlungsort für Schönhauser Vorstadt am Ringbahnhof Schönhauser Allee. Versammlungsort für Rosenthaler Vorstadt und Wedding: Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Fernbahnhof. Spielplatz für letztere beiden Versammlungsorte: Sportplatz Norden, Behmstraße. Abmarsch von allen Plätzen: pünktlich 8½ Uhr. Die Beteiligung an den Spielen ist mit keinerlei Kosten seitens der Kinder oder deren Eltern verbunden und ist jedes Kind willkommen. Das Erscheinen der Eltern ist nicht unbedingt erforderlich. Wer sich aber für die Neubelebung der Volks- und Kinderspiele interessiert, ist gern gesehen.

Aus den Nachbarorten.

Vorsigwalde. Die Mitglieder des Wahlvereins machen mit Familie am Sonntag, den 2. August, einen Ausflug nach Stolpe zu Bergemann. Abmarsch von Uhlmann pünktlich 2 Uhr nachmittags. Abfahrt mit der Nordbahn 3 Uhr 8 Min. von Waidmannslust. Wir bitten die Genossen, sich zahlreich zu beteiligen. Die Genossen der andren Ortschaften bitten wir, gleich nach dem Bahnhof Waidmannslust zu gehen.

Charlottenburg. In der Charlottenburger „Neuen Zeit" lesen wir: Der Meldedienst in Krankenhäusern ist bekanntlich noch sehr verbesserungsbedürftig, eine Thatsache, die auch schon zu Erörterungen in den Parlamenten Anlaß gegeben hat. Einen neuen Beweis dafür, daß auf diesem Gebiete eine Reform notwendig ist, liefert folgendes Vorkommnis: Im hiesigen städtischen Krankenhause befand sich die Ehefrau des Schloßstr. 13 wohnhaften Herrn Wilhelm Pankow, Frau Hedwig Pankow geb. Pritsch. Am Dienstag in der vorigen Woche hatte noch der Schwager des Herrn Pankow eine Unterredung mit dem die betreffende Abteilung leitenden Arzte; er bat, die Angehörigen von einer etwa im Zustande der Patientin eintretenden Verschlimmerung sofort in Kenntnis zu setzen, ihnen auch besondere Wünsche, welche die Kranke äußere, mitzuteilen. Gleichwohl lief bei der Familie nicht die geringste Nachricht ein. Am Freitagabend 8½ Uhr wurde Herr Pankow von einigen Bekannten gefragt, ob er denn noch nicht wisse, daß seine Frau gestorben sei. Herr Pankow erklärte, das sei ganz unmöglich, da er doch dann sicherlich eine Meldung erhalten hätte. Er begab sich hierauf nach dem Krankenhause, wo man ihm bestätigte, daß seine Frau plötzlich verstorben sei, und zwar bereits in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag um 1½ Uhr.

Das Vorkommnis wird noch ein Nachspiel in der Krankenhaus-Deputation haben. ■

Schöneberg. Ueber die Verwendung der kürzlich von den städtischen Körperschaften beschlossenen 26 Millionen-Anleihe, die je nach Wahl mit 3, 3½ oder 4 Proz. verzinst werden soll, liegt folgender Plan vor: Zur Tilgung der anläßlich des Ausscheidens aus dem Kreise Teltow gezahlten Abfindungssumme 1 779 900 M., zum Neubau des Krankenhauses 4 352 400 Mark (inkl. 1 629 000 M. der aus der Anleihe von 1902 zur Verfügung stehenden Mittel), zum Neubau des Rathauses 2 570 000 M., zum Neubau der höheren Mädchenschule 868 000 M., zum Neubau je eines Real-Gymnasiums im Berliner Ortsteil 990 000 M. und im Friedenauer Ortsteil 785 000 M., zum Neubau einer Realschule in Alt-Schöneberg 630 000 M., zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule am Tempelhofer Weg 728 000 M., zum Neubau einer katholischen Gemeindeschule an der Straße K 503 000 M., zum Neubau eines Armen- und Siechenhauses 600 000 M., zum Neubau eines Straßenreinigungs-Depots 186 000 M., zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die Kanalisations-Verwaltung mit Feuerwehr-Depot in der Speererstraße 270 000 M., zum Neubau einer kleinen Feuerwache im Friedenauer Ortsteil 50 000 M., zum Neubau einer Volksbadeanstalt 240 000 M., zum Neubau der Kanalisation für die ersten 6 Baujahre 11 500 000 M. (inkl. 2 480 000 M. der bei der vorjährigen Anleihe zur Verfügung gestellten Mittel), zur Herstellung neuer und Umbau und Erweiterung alter Wegeunterführungen unter den Eisenbahnanlagen abzüglich der Interessentenbeiträge 708 500 M. (inkl. 220 000 M. aus der vorjährigen Anleihe), zur Errichtung eines Stadtparkes im sogenannten Fennterrain (an der Erfurterstraße) 1 002 500 M., zur Bereitstellung von Betriebsmitteln für einen Grunderwerbsfonds 1 500 000 Mark, für Kursverluste und sonstige einmalige Unkosten bei Aufnahme und Begebung dieser Anleihe 465 000 M. — Neben dem bereits in Angriff genommenen Krankenhause, dessen endlicher Errichtung erst eine jahrelange Agitation vorausgehen mußte, und der Kanalisation, erscheint uns die Herstellung der Volksbadeanstalt als eine der wichtigsten Forderungen in hygienischer Beziehung. Stellt doch diese Position in der großen Millionen-Anleihe gerade die

geringste Summe dar. Und liegen doch seit Jahren für die Anstalt die Entwürfe, in die auch noch andre kulturelle Institute einbezogen sind, bereits vor. Bei dem bekannten Schneckengang der meist „liberal" beherrschten Kommunen in Punkto Kulturaufgaben ist natürlich an eine absehbare Verwirklichung dieser gerechtesten Forderung nicht zu denken; nur eine unablässige Agitation der Arbeiterschaft kann dieses Ziel, wie seiner Zeit in der Krankenhausfrage, in eine greifbare Nähe rücken.

Nach den Erhebungen des Statistischen Amtes unsrer Stadt, welche bis Mai 1903 durchgeführt sind, beträgt die Zahl der bebauten Grundstücke, wobei 68 Grundstücke, die als öffentliche Gebäude, Kasernen, Schulen und Fabrikanlagen gelten, nicht einbezogen sind, im ganzen 1572, von denen 487 leerstehende Wohnungen enthalten. Am stärksten daran beteiligt ist der erste Bezirk mit 287 in 87 Gebäuden (wo es sich vornehmlich um größere Wohnungen handeln dürfte). Die Gesamtzahl der Wohnungen unsrer Stadt beläuft sich auf 29 179, so daß durchschnittlich auf jedes bewohnte Grundstück 19 Wohnungen entfallen würden. Da aber hierbei die Villen und „herrschaftlichen" Wohnungen mit bis 16 Zimmern eingerechnet sind (besonders im ersten und zweiten Bezirk), so erklärt es sich, daß viele Gebäude bis weit über das Doppelte der Durchschnittszahl enthalten. Der Durchschnittsmietswert der leerstehenden Wohnungen beträgt bei einem Zimmer im Vorderhaus 291 M., im Hinterhaus 266 M., bei zwei Zimmern im Vorderhaus 589 M., im Hinterhaus 441 M., bei drei Zimmern im Vorderhaus 739 M., im Hinterhaus 617 M., bei vier Zimmern im Vorderhaus 999 M., im Hinterhaus 1084 M., bei fünf Zimmern im Vorderhaus 1391 M., bei 6 Zimmern 1823 M., bei sieben Zimmern 2429 M., bei acht Zimmern 2732 M., bei 9 Zimmern 3750 M. und bei 10 Zimmern 3900 M. — In der Zeit vom 1. Januar 1902 bis Ende Dezember 1902 sind hier 136 Neubauten mit 2102 Wohnungen ausgeführt und als gebrauchsfähig abgenommen worden. Von diesen umfassen 207 ein Zimmer, 604 zwei, 873 drei bis vier, 320 fünf bis sechs, 76 sieben bis acht, 13 neun bis zehn, 3 elf bis fünfzehn, 1 über sechzehn Zimmer. — Ende Juni betrug die Einwohnerzahl Schönebergs 115 114 Personen.

Gesundheitliches aus Schöneberg. Die Desinfektionsanstalt mußte im Monat Juni 22 mal in Anspruch genommen werden; in 6 Fällen erfolgte die Thätigkeit derselben unentgeltlich. Die Desinfektion wurde in 13 Fällen in der Anstalt, einmal außerhalb in der Wohnung und 8 mal gleichzeitig in der Anstalt und außerhalb in der Wohnung vorgenommen. — Die Hilfeleistung durch die Rettungswache in der Rollendorfstr. 28 wurde im Monat Juni bei 57 Verletzungen, 27 Erkrankungen und 4 Geburtshilfen in Anspruch genommen, im ganzen 88 mal, und zwar für 38 Männer, 34 Frauen und 16 Kinder unter 12 Jahren. — Die Unfallstation in der Bahnstr. 45 trat 167 mal in Thätigkeit, und zwar bei 152 Verletzungen, 14 Erkrankungen und einer Geburtshilfe; im ganzen wurden 131 Männer, 21 Frauen und 15 Kinder unter 12 Jahren behandelt.

Bauthätigkeit und Grundbesitzwechsel in Schöneberg. Im Monat Juni wurden nach den Feststellungen des statistischen Amtes wiederum 26 Bauerlaubnisse für Neubauten erteilt, während im genannten Monat 6 Neubauten fertiggestellt wurden. In denselben sind 162 Wohnungen mit 353 heizbaren Zimmern enthalten. Durch den Besitzwechsel von 24 bebauten Grundstücken wurde ein Umsatz von 6 002 400 M. und durch einen solchen von 12 unbebauten ein Umsatz von 1 076 873 M. erzielt.

Arbeiterinnenschutz in Berlin und Vororten.

Die amtlichen Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen in Preußen, die wir in den letzten Tagen an leitender Stelle allgemein besprachen, bieten gerade auch für Berlin und seine nähere industrielle Umgebung höchst beachtenswertes Material zu Gunsten einer energischen und eingreifenden Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen. Dank der enormen industriellen Entwicklung Berlins in den letzten Jahrzehnten und dank der so außerordentlich erfreulich auf seinem Boden erstarkten gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung zeigen die vorliegenden Erhebungen bezüglich der weniger als elf Stunden betragenden Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen ein höchst günstiges Bild, vielleicht das günstigste ganz Preußens.

Die Erhebungen für Berlin, Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg erstreckten sich auf 4712 Betriebe mit 63 264 Arbeiterinnen. Während nun in 480 Betrieben, das sind 10 Proz. der Betriebe, mit 7001 Arbeiterinnen (= 11 Proz. der Arbeiterinnen) die tägliche Arbeitszeit mehr als zehn Stunden, meist $10\frac{1}{4}$ oder $10\frac{1}{2}$, selten volle 11 Stunden, betrug, wurde in 2391 Betrieben (= 51 Proz.) mit 30 413 Arbeiterinnen (= 48 Proz.) 9 bis 10 Stunden und in 1832 Betrieben (= 39 Proz.) mit 25 850 Arbeiterinnen (= 41 Proz.) nur 9 Stunden und weniger gearbeitet. In 364 Betrieben (= 8 Proz.) mit 3755 Arbeiterinnen (= 6 Proz.) dauert die tägliche Arbeitszeit nur 8 und weniger Stunden. Bedenkt man noch, daß diese Erhebungen am 1. Oktober stattfanden, zu einer Zeit also, wo wegen der Weihnachtssaison gerade in Berlin und Umgegend meist schon erhöhte Arbeitszeiten eingeführt werden, so dürfte der Berichterstatter zweifellos im Recht sein, daß im Jahresdurchschnitt etwa 95 Proz. aller Berliner Fabrikarbeiterinnen eine tägliche Arbeitszeit von zehn und weniger Stunden haben. Wie übrigens anderseitig ermittelt ist, beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit $9\frac{1}{2}$ Stunden.

Bei diesem Ergebnis kommt der amtliche Bericht denn auch zu dem Resultat, daß „die gesetzliche Festlegung der zehnstündigen Arbeitszeit als Maximal-Arbeitszeit besonderen Schwierigkeiten nicht begegnen würde". Das ist in der That das mindeste, was man sagen kann, man wird damit aber diesen Ergebnissen noch keineswegs gerecht. Gerecht würde man ihnen erst halbwegs, wenn man aus ihnen schließen würde, daß Berlin und Umgegend schon längst für einen weit kürzeren als 10stündigen Maximal-Arbeitstag reif ist.

Auch was den Arbeitsschluß an den Abenden vor Sonn- und Festtagen betrifft, auf den die Erhebungen sich in zweiter Reihe erstreckten, zeigt Berlin und Umgegend ein recht günstiges Bild. In 1097 Betrieben (23 Proz.) mit 18 256 Arbeiterinnen (29 Proz.) schließt die Arbeitszeit an diesen Abenden vor $5\frac{1}{2}$ Uhr. Bei etwa 15 Proz. aller Betriebe mit etwa 20 Proz. aller Arbeiterinnen wird um 5 Uhr Schluß gemacht. In vereinzelten Betrieben mit geringen Arbeiterzahlen wird schon um 3 Uhr, auch schon um 12 Uhr aufgehört. Die verhältnismäßig größte Zahl der Betriebe, welche vor $5\frac{1}{2}$ Uhr schließen, findet man in den polygraphischen Gewerben, ferner in Buchdruckereien, in der Metallverarbeitung und in der Luxuswarenindustrie. Eine „über das normale weit hinausgehende" Arbeitszeit gerade an den Sonnabenden konstatiert der amtliche Bericht wieder für die Konfektionsindustrie, weil die Unternehmer das ihnen nach § 6 der Verordnung vom 31. Mai 1897 leider noch zustehende Recht, an 60 Tagen des Jahres die erwachsenen Arbeiterinnen zur Ueberarbeit heranziehen zu dürfen, so anwenden, daß sie diese Tage auf die Sonnabende legen, „so daß", wie es im amtlichen Bericht selbst zutreffend heißt, „die vom Gesetzgeber gewollten Vorteile des früheren Arbeitsschlusses illusorisch werden". Der Berichterstatter kommt gerade dieses Thatbestandes wegen denn auch zu dem Schluß, daß der angestrebte frühere Arbeitsschluß an den Abenden vor Sonn- und Festtagen keinen rechten Sinn und Zweck bekommt, so lange diese genannte Verordnung besteht. Auch betont er dann ohne Umschweife, daß die bisherige Kürzung am Sonnabend überhaupt ohne rechten Nutzen in Berlin und Vororten war, sie war ihm zu gering; „deshalb", so sagt er wörtlich, „kann ein noch früherer Schluß, etwa um 4 Uhr, befürwortet werden". Mit Recht aber knüpft er daran noch die Forderung für eine solche Regelung, daß der Beginn der Arbeitszeit am Morgen nicht früher gelegt werden darf wie an den andern Wochentagen, oder daß die Gesamtarbeitszeit an den Sonnabenden vor Festtagen die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten darf, ferner, daß etwa auf diese Tage fallende Lohnzahlungen innerhalb der Arbeitszeit vorgenommen und beendet sein müssen — lauter Forderungen, wie sie von der organisierten Arbeiterschaft freilich schon längst gestellt worden sind.

Auch bezüglich des früheren Arbeitsschlusses an den Abenden vor Sonn- und Festtagen zeigt sich also gerade für Berlin und Vororte auch in besonderem Maße, wie die Gesetzgebung sozusagen nur ihr Amen zu längst durch die ökonomische und gewerkschaftlich-politische Entwicklung geschaffenen Einrichtungen zu sagen braucht; und wie im übrigen Deutschen Reiche und im übrigen Preußen, so beweisen die für Berlin und Vororte jetzt erneut wieder amtlich festgestellten Thatsachen, daß die wirklichen Fortschritte im Arbeiterschutz nicht mit, sondern trotz der Regierung zu stande gekommen sind.

Gerichts-Zeitung.

Ein Reinfall der Kühnemänner.

Wegen Unterdrückung von Urkunden hatte sich gestern der zweite Bevollmächtigte der Berliner Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Karl Wiesenthal, vor der Ferien-Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Die Angelegenheit hatte schon einmal im Juni das Gericht beschäftigt, war damals aber vertagt worden. Dem Angeklagten war zur Last gelegt, im Dezember 1902 und März 1903 anläßlich des Streiks bei den Firmen Jachmann und Hartung mehreren organisierten Arbeitern, denen als Arbeitsuchenden vom Arbeitsnachweis des Metallindustriellen-Verbandes Beschäftigung bei jenen beiden Firmen zugewiesen war, die dazu verausgabten Handscheine widerrechtlich abgenommen und dieselben vernichtet resp. unterdrückt zu haben. Strafantrag hatte der Metallindustriellen-Verband gestellt, der sich durch die Handlungen Wiesenthals besonders geschädigt fühlte und dem es gewissermaßen um eine principielle Entscheidung in dieser Sache zu thun war. Eigenartig muß es nun berühren, daß die Staatsanwaltschaft anfänglich ein strafrechtliches Vorgehen gegen den Angeklagten für aussichtslos hielt, schließlich aber doch das Verfahren gegen ihn einleitete. Die gestrige Verhandlung ergab im wesentlichen dasselbe Resultat wie früher. Sämtliche als Zeugen vernommene Arbeiter erklärten, daß sie wegen des Streiks unter keinen Umständen die ihnen nachgewiesene Arbeit angetreten haben würden. Als sie von den Streikposten darauf aufmerksam gemacht worden seien, daß in jenen Betrieben gestreikt würde — was ihnen auf dem Arbeitsnachweis in der Gartenstraße wohlweislich verschwiegen worden war — da haben sie sich auch um den Verbleib der Handscheine nicht sonderlich beunruhigt, die sie dem Angeklagten auf dessen Wunsch übergeben hatten. Der ebenfalls wieder als Zeuge anwesende Leiter jenes berüchtigten Arbeitsnachweises, der bekannte Hauptmann a. D. Kleffel, suchte auch diesmal in längeren Ausführungen nachzuweisen, welch' bedeutenden Wert solcher Schein für den Kühnemännerverband als auch für die Arbeiter habe. Er verstieg sich sogar zu der mindestens sehr auffallenden Behauptung, solch ein Schein diene den Arbeitern sogar als Ausweis den Polizeibehörden gegenüber. (Das läßt allerdings tief blicken, obwohl hinlänglich bekannt ist, daß der Wert des Scheines für die Kühnemänner hauptsächlich in der Kontrolle besteht, die sie dadurch auf die Arbeiter ausüben, um Leute, die sich etwa nicht als Streikbrecher gebrauchen lassen wollen, monatelang von der Arbeitsvermittelung auszuschließen.) Trotz des äußerst harmlosen Ergebnisses der Beweisaufnahme sah der Staatsanwalt die Merkmale der Urkundenunterdrückung als gegeben an und beantragte, weil der Angeklagte mala fides gehandelt habe, eine Gefängnisstrafe von drei Wochen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein als Vertreter Dr. Heinemanns, bestritt, daß die Scheine als Urkunden im Sinne des Gesetzes anzusehen seien. Doch selbst wenn solches der Fall wäre, dann hätten die Arbeiter ihre Rechte an der Urkunde an Wiesenthal abgetreten, als sie diesem die Scheine übergaben und nicht wieder zurückforderten. Uebrigens könne eine Urkunde nicht unterdrückt werden, wenn der Ausgeber einer solchen den gedanklichen Inhalt derselben jederzeit auf einem neuen Formular wiedergeben könne. Letzteres geschehe mit diesen Scheinen tagtäglich. Ferner sei es Thatsache, daß die Metallindustriellen sich für gewöhnlich überhaupt nicht um den Verbleib solcher „Urkunden" kümmern, wenn die Arbeiter ihren Nachweis nicht wieder besuchen. Aus allen diesen Gründen beantrage er die Freisprechung. Der Angeklagte selbst betonte noch, daß er nur aus durchaus anständigen Motiven heraus gehandelt habe, um die Arbeiter vor einer Aussperrung von dem Arbeitsnachweis zu bewahren. Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsrats Busch schloß sich im wesentlichen den Deduktionen des Verteidigers an und fügte noch hinzu: Es sei Thatsache, daß die Metallindustriellen die Arbeitsscheine als Machtmittel gebrauchten, um eine Pression auf die Arbeiter auszuüben, damit diese bei Streiks arbeiten sollten. Der Angeklagte habe dies zu vereiteln gesucht, habe dabei aber keinerlei Absicht und auch nicht das Bewußtsein gehabt, einen rechtswidrigen Eingriff in fremdes Eigentum zu begehen. Es sei deshalb auf kostenlose Freisprechung erkannt worden.

Der Herr Armenpfleger. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gestern vor der Ferien-Strafkammer des Landgerichts I gegen den Molkereibesitzer Julius Göthling verhandelt, welcher in seiner Eigenschaft als Mitglied der Armenkommission dies Ehrenamt zu einem unsittlichen Angriff gegen eine Bittstellerin gemißbraucht haben sollte. In einer früheren Verhandlung war Göthling zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen verurteilt worden, das Erkenntnis war aber eines Formfehlers wegen vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen worden.

Die erneute Verhandlung endete wiederum mit der Verurteilung des Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis und erfuhr noch insofern eine Verschärfung, als dem Angeklagten die Fähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von zwei Jahren abgesprochen wurde.

Eine fidele Fahrt auf der Hochbahn unternahm an einem Februar-Sonntag dieses Jahres in angeheitertem Zustande der Maurer Max Kaiser. Er fuhr in einem Abteil zweiter Klasse. Als Zugbegleiter fungierte ein bei der Hochbahn angestellter Neger, dem auch die Fahrkarten-Kontrolle der zweiten Wagenklasse oblag. Als dieser auch bei Kaiser seines Amtes walten wollte, fuhr ihn dieser seiner ungewöhnlichen Erscheinung wegen in grober Weise an, nannte ihn Menschenfresser und schwarzes A... Erst nach längeren Auseinandersetzungen bequemte er sich, eine Karte vorzuzeigen, es war aber eine Konsumkarte. Am Bahnhof Kottbuser Thor angelangt, wurde der unliebsame Fahrgast aufgefordert, den Zug zu verlassen. Kaiser weigerte sich und mußte durch den schwarzen Schaffner und den Bahnbeamten Gorny, welcher als Bahnpolizeibeamter vereidigt ist, mit Gewalt entfernt werden. Kaiser setzte seiner zwangsweisen Entfernung heftigen Widerstand entgegen, klammerte sich fest und schlug sowohl den weißen wie den schwarzen Beamten mit der Faust ins Gesicht. Wegen Beleidigung, Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt wurde der Angeklagte vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die eingelegte Berufung hatte insofern Erfolg, als gestern die fünfte Strafkammer das Strafmaß auf drei Wochen Gefängnis herabsetzte, indem dieselbe nicht für erwiesen erachtete, daß dem Angeklagten die Beamteneigenschaft des Gorny bekannt gewesen sei. Wenn auch entsprechende Plakate auf den Bahnhöfen aushingen, so würden diese doch vielfach vom Publikum nicht gelesen. Durch äußere Abzeichen seien die als Polizeibeamte vereidigten Angestellten der Hochbahn aber nicht kenntlich. Auch habe sich der Zeuge Gorny als solcher dem Angeklagten nicht zu erkennen gegeben. Bei der Strafabmessung mußte daher das Vergehen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt aus der Anklage fortfallen.

Sociales.

Ueber den Berliner Arbeitsmarkt im Monat Juni

meldet der Centralverein für Arbeitsnachweis:

Ein allgemeiner Aufschwung auf dem Berliner Arbeitsmarkte im Monat Juni ist nicht zu verzeichnen, wenn auch die Beitragseinnahmen der Landes-Versicherungsanstalt Berlin ganz beträchtlich von 574 auf 622 Tausend Mark gestiegen sind. Das Baugewerbe und einzelne Zweige der Konfektionsindustrie sind gut beschäftigt, bei den Gärtnern und Kellnern war die Nachfrage nach Arbeitskräften lebhaft und weibliche Dienstboten sind, wie früher, sehr gesucht, dagegen herrscht in der Metallindustrie, besonders in der Maschinenindustrie, noch immer Arbeitsmangel und im Buchdruckgewerbe ist, wie immer in den Sommermonaten, der Geschäftsgang ein schleppender. Daß im allgemeinen die Tendenz auf dem Berliner Arbeitsmarkte dieselbe geblieben ist, wie im Vormonat, zeigen auch die Ergebnisse der Arbeitsnachweise, nach denen, wie im Mai, auf 100 offene Stellen 142 Arbeitskräfte bei den Männern kamen, auch die Mitgliederzahl der Kassen hat sich gegen den Vormonat ganz unerheblich vermehrt, bei den Frauen ist sie sogar um 1,5 Proz. gesunken. Die Nachfrage nach Eisen- und Maschinenarbeitern ist immer noch schlecht. In den Großbetrieben herrscht Arbeitsmangel. In der Beleuchtungsindustrie wird zum Teil bei verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Ebenso war die Nachfrage nach Klempnern sehr schwach. Nur nach Bauschlossern war etwas rege Nachfrage, die Maschinisten melden noch 20 Arbeitslose, von den Kupferschmieden wird sehr ungünstig gemeldet, infolgedessen die Löhne gedrückt sind. Der Verband der deutschen Gewerkvereine (Metallbranche) meldet, daß die Zahl der Arbeitsuchenden, durch Zuzug von außerhalb ganz besonders in diesem Jahre, sich vermehrt. Im übrigen ist die Lage gegen den Vormonat nicht verändert. — Lebhafte Nachfrage war nach Lederfärbern, so daß Kräfte aus der Provinz herangezogen werden mußten, wogegen nach Gerbern und Zurichtern wenig Nachfrage war. Die Arbeitsgelegenheit bei den Sattlern ist gleich dem Vormonat ungünstig, die schlechte Geschäftslage wird seitens der Arbeitgeber zur Reducierung der Löhne und Lehrlingsausbildung benutzt. Bei den Tapezierern wurden besonders Kleber verlangt, Polsterer größtenteils nur zur Aushilfe. Im Buchbindergewerbe ist die schlechteste Zeit im Juni bis Mitte August, was auch der Rückgang der Kassenmitglieder um 1,7 bis 1,8 Proz. anzeigt. — Die Lage des Arbeitsmarktes im Schneidergewerbe ist dieselbe wie im Vormonat. Die Schuhmacher melden für Schoßarbeiter, mechanische Schuhfabriken und Filzschuh-Fabriken gut, Ballschuh-Fabriken still. Handschuhmacher und Hutmacher melden sehr schlecht, eine Anzahl mußte abreisen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften für die Wäschefabrikation ist immer sehr lebhaft, Arbeitskräfte sind nicht vorhanden. Ein Mangel an Plätterinnen macht sich immer noch fühlbar, ganz besonders jetzt zur Saison, wo wieder ein Teil der Plätterinnen in den Bädern Beschäftigung gefunden hat. Nachfrage nach Barbiergehilfen ist lebhaft, deshalb konnten 30 Stellen nach außerhalb nicht besetzt werden. — Die Besserung im Baugewerbe hat im wesentlichen angehalten, dieses zeigt auch die Zunahme der Krankenkassen-Mitglieder an. Die Maurer, Bauarbeiter, Rabitzspanner melden sehr günstig. Größere Nachfrage nach Steinträgern, Putzern, Rabitzspannern. Bei den Töpfern und Stuccateuren ist die Nachfrage bedeutend gegenüber dem Angebot gestiegen. Wenn auch nicht gut, so melden doch eine Besserung die Steinsetzer, Rammer, Dachdecker und Zimmerer. Bei den Bleiglasern wurde sehr flott vermittelt, dagegen bei den Bauglasern war die Nachfrage sehr mäßig. Gegen das Vorjahr ist der Andrang der Arbeitsuchenden im Malergewerbe bedeutend gestiegen, dieses dürfte hier auf den starken Zuzug aus der Provinz zurückzuführen sein. Von den Steinarbeitern wird flau gemeldet. — Die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe dürfte im Laufe dieses und der nächsten Monate noch eine weitere Steigerung erfahren. Von den Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen wird günstig gemeldet. Bei den Lithographen, Steindruckern und Chemigraphen ist der Geschäftsgang schlapp; dagegen bei den Lichtdruckern flott. — Die Lage im Handel ist unverändert flau. — Die Lage des Arbeitsmarktes hat für industrielle Arbeiter dasselbe Gepräge beibehalten wie im Vormonat und ist im allgemeinen ruhig. Im Vergleich zum Vorjahre aber hat sie sich verschlechtert, denn es meldeten sich auf 100 offene Stellen 142 männliche Arbeitsuchende gegen 127 im Vorjahre. Die Nachfrage im Central-Arbeitsnachweis steigerte sich gegen den Vormonat um 200 Stellen, doch auch das Angebot erhöhte sich um 400 Personen. Der größte Teil der erhöhten Nachfrage entfiel auf jugendliche Arbeiter, und zwar für die Nahrungs- und Genußmittelbranche, für Druckereien und im Handelsgewerbe, auch hier oft nur aushilfsweise. Dagegen war für die Metall- und Holzbranche nur wenig Begehr. In der weiblichen Abteilung des Centralvereins war die Vermittelung nicht gut; es vermehrte sich die Zahl der Arbeitsuchenden gegen den Vormonat, dagegen ging die Zahl der offenen Stellen zurück, auch konnten die offenen Stellen nicht immer besetzt werden, weil einerseits den Arbeiterinnen der gebotene Lohn zu gering war, andrerseits das gewünschte Personal nicht immer vorhanden war.

Die Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler hält in dieser Woche in Würzburg ihre Generalversammlung ab. Die erste Sitzung wurde fast ganz durch die Wahl des Bureaus und der verschiedenen Kommissionen sowie durch die Berichte des Vorstandes, des Kassierers und des Schiedsgerichts und durch die Diskussion hierüber in Anspruch genommen. Ein großer Teil der Erörterungen bezog sich auf die Verhältnisse in den Berliner Zahlstellen.

In seinem Referat über die Anträge auf Abänderung des Statuts sprach sich der Vorsitzende Blume-Hamburg entschieden für die Beibehaltung der Kasse in ihrer jetzigen Gestalt und gegen die Umwandlung in eine Zuschußkasse aus. Der Delegierte Derbe-Hannover erklärte sich ebenfalls in längeren Ausführungen für Beibehaltung der gegenwärtigen Betriebsform, während Exner-Berlin energisch für die Umwandlung in eine Zuschußkasse eintritt. Zwei Redner erklären sich für Vornahme einer Urabstimmung über diese Frage, zwei andre Delegierte bemerken, sie seien für Fortbestehung der Kasse in der bisherigen Gestalt, aber die Majorität ihrer Wähler habe sich für die Umwandlung in eine Zuschußkasse erklärt. Die Debatte über diese Frage wurde auch am Mittwoch noch fortgesetzt. Von 69 Delegierten sprachen 58 zu diesem Punkte. Nach beendigter Diskussion folgten die Schlußreferate der Antragsteller. Für Umwandlung in eine Zuschußkasse sprachen Uhlig-Chemnitz, für Urabstimmung Fröhlich-Berlin, für den Fortbestand der Kasse in der bisherigen Form Derbe-Hannover. Blume-Hannover, der als Berichterstatter des Vorstandes zuletzt das Schlußwort erhielt, führte noch einmal alle die Gründe ins Feld, die ihm für die Beibehaltung der jetzigen Kassenform zu sprechen scheinen, und bemerkte, die Gründer der Kasse hätten jedenfalls keine bloße Zuschußkasse im Auge gehabt. Die Delegierten möchten sich die Sache vor der Abstimmung noch recht reiflich überlegen. Die Abstimmung war namentlich. Für Umwandlung in eine Zuschußkasse stimmten 47 Delegierte, dagegen 22; die Umwandlung ist also mit großer Mehrheit beschlossen.

Ein Bild von der traurigen socialen Lage der Kellner wurde in der letzten Gewerbegerichtssitzung zu Halle aufgerollt in der Sache des Zahlkellners Ballhausen, der gegen den Wirt Zolleis vom Café Moltke auf Zahlung eines Betrages von 61,65 M. klagte. In der Nacht zum 12. Juli waren mehrere Mitglieder des Vereins ehemaliger Dragoner in jenes Wiener Café gegangen und von dem Kellner B. bei dem Abkassieren um ein Trinkgeld gebeten worden. Als die Gäste sich diese angebliche Dreistigkeit verbaten, bat der Kellner mit dem Hinweise, **er müsse leider von den Trinkgeldern leben,** um Entschuldigung. Dies hörte zufällig der Wirt, der den Kellner wütend zur Rede setzte, daß letzterer Prügel befürchtete und die Flucht ergriff, während der größte Teil der Mitglieder des Dragoner-Vereins unter Führung des Wirtes dem Kellner nacheilten. Der Flüchtling zerschlug in seiner Angst in dem hinteren Zimmer des Restaurants eine große Fensterscheibe und eilte in den Hof, stürzte jedoch, beschädigte sich das eine Bein und zerriß sich noch seine neue Frackhose. Der bedauernswerte Kellner bekundete nun in der Verhandlung, **daß er kein Gehalt, keine Beköstigung bekommen, nur von Trinkgeldern gelebt und dem Chef noch 2 Prozent von dem Umsatz habe abgeben müssen.** Abends bei dem Abrechnen habe es manchmal traurig ausgesehen. Es sei schrecklich Zahlkellner zu sein; in vielen andren Cafés sehe es ebenso traurig aus. Das Gericht sprach dem Kläger zunächst einen Betrag von 14,50 M. zu und vertagte im übrigen die Sache. Es wird sich

künftig damit zu beschäftigen haben, ob das Vertragsverhältnis zwischen Wirt und Kellner nicht nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch gegen die **guten Sitten** verstößt.

Aus der Frauenbewegung.

Rixdorf. Am Dienstag, den 4. August, abends 8½ Uhr, findet im Lokale des Herrn Thiel, Bergstr. 151/52, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Einiges aus dem Kinderschutzgesetz. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, für regen Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen.

Die Vertrauensperson.

Adlershof. Die Volksversammlung, welche am Donnerstag hier stattfand, war von 350—400 Personen besucht. Genosse Bernstein behandelte in interessanter und leichtverständlicher Weise das Thema: Kommunale Gesundheitspflege. Eine eingehende Besprechung widmete der Referent der Tuberkulose, der Wohnungsinspektion und der Schularztfrage. Die Diskussion war eine sehr lebhafte und zeigte, daß die Ausführungen des Referenten auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Unter Verschiedenem teilte die Lokalkommission mit, daß es der Einigkeit der Adlershofer Genossen gelungen sei, zu veranlassen, daß das Meißnersche Lokal wieder zu Versammlungen hergegeben wird. Genosse Lawin teilte mit, daß die Stelle einer Zeitungsbotin zu besetzen sei; es wäre erwünscht, daß sich Parteigenossinnen um diesen Posten bewerben. Mit einem Hoch schloß Genossin Thiel die größtenteils von Frauen besuchte Versammlung.

In Friedenau fand am Montag, den 27. Juli, eine gutbesuchte öffentliche Frauenversammlung, die von der Kreis-Vertrauensperson einberufen war, statt. Genosse Bartels, der als Referent erschienen war, legte in seinem Vortrage die Notwendigkeit der Beteiligung der Frauen an der Politik dar und forderte die anwesenden Frauen auf, sich an dem Kampf der Männer zur Erreichung besserer Lebensbedingungen zu beteiligen. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion, in der Frau Bäumler im Sinne des Referenten sprach. Als Vertrauensperson für Friedenau wurde Frau Stollt, Römerbergstraße 14 wohnhaft, gewählt. Frau Thiel forderte die Anwesenden auf, die Vertrauensperson mit allen Kräften zu unterstützen und schloß mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Socialdemokratie, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.

Versammlungen.

Die Arbeitsvermittelung im Barbiergewerbe bildete in einer öffentlichen Interessen-Versammlung am Donnerstag den Gegenstand lebhafter Besprechung. Einberufen war die Versammlung vom Verband der Barbier- und Friseurgehilfen und der ungewöhnlich zahlreiche Besuch seitens der Gehilfen wie auch der Meister zeigte, welch großes Interesse diese der Angelegenheit entgegen brachten. Das einleitende Referat hielt Wermke. Er ging ausführlich auf die Schäden der jetzigen ungeregelten und zersplitterten Arbeitsvermittelung im Berufe ein und befürwortete die Gründung eines einheitlichen paritätischen Arbeitsnachweises für Berlin und die Vororte. Gegenwärtig bestehen hier nicht weniger wie zehn Arbeitsnachweise, diej teils in den Händen der Innungen, der Gehilfen oder auch von Privatagenten liegen. In den meisten dieser Arbeitsnachweise und besonders in dem der großen Innung bei Schade in der Alten Jakobstraße sollen die stellenlosen Gehilfen nach den Darstellungen mehrerer Redner in der ärgsten Weise ausgenutzt werden. Man läßt sie häufig so lange auf Arbeit warten, bis sie fast die letzten Groschen daselbst verzehrt haben. Den Gehilfen das Geld aus der Tasche zu locken fällt den Arbeitsvermittlern meistens um so leichter, als mit den Arbeitsnachweisen gleichzeitig Herbergen und Schankräume verbunden sind. Diesem Unwesen hat die organisierte Gehilfenschaft bisher nicht zu steuern vermocht. Um aber Abhilfe zu schaffen, hat sie sich vor einiger Zeit schriftlich an die verschiedenen Meisterkorporationen mit dem Vorschlage der Errichtung eines einheitlichen paritätischen Arbeitsnachweises gewandt; die Antworten lauteten jedoch direkt ablehnend oder ausweichend. Infolgedessen ist die Angelegenheit nunmehr einer öffentlichen Versammlung unterbreitet worden, um für eine durchgreifende Reform der Arbeitsvermittlung Propaganda zu machen. In der sehr regen und lebhaften Debatte erklärten außer den Gehilfen auch eine Anzahl Meister ihr Einverständnis mit den vom Referenten gemachten Reformvorschlägen. Eine entsprechende Resolution fand Annahme. Zur weiteren Bearbeitung und Propagierung der Sache wurde eine aus zwei Gehilfen und drei Meistern bestehende Kommission gewählt.

Der Fabrikhilfsarbeiter-Verband (Filiale Berlin) hielt am Mittwoch, den 29. Juli, im Englischen Garten seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Barthels über das „Koalitionsrecht der Arbeiter" sprach. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die wirtschaftliche und die hierdurch bedingte rechtliche Lage des Arbeiters im 18. und 19. Jahrhundert übte er eine scharfe Kritik an der heutigen Rechtsprechung. Das Koalitionsrecht bestände für den Arbeiter nur auf dem Papier. An Beispielen aus erst jüngster Zeit bewies nun der Referent, daß der Arbeiter, wenn er sein Koalitionsrecht ausübt, durch die Auslegung der §§ 152 und 153 sehr oft wegen Erpressung bestraft werde, während die Unternehmer in ähnlichen Fällen straffrei ausgingen oder mit ganz geringen Geldstrafen belegt wurden.

Nach der Abrechnung des Kollegen Rühle betrug die Einnahme 2198,67 M., die Ausgabe 1129,01 M., bleibt Bestand 1069,66 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Bruhns berichtete, die Zahlstelle Tegel habe in einer Resolution beschlossen, sich Berlin anzuschließen. — Im nächsten Vierteljahr müssen die Revisoren zur Kasse der Arbeitslosen-Unterstützung gewählt werden. Köpenick und Adlershof haben sich dieser Kasse noch nachträglich angeschlossen. Von den Kollegen der A. E.-G. wurde, jetzt, nachdem sie Zulage erhalten haben, über die schlechte Behandlung seitens der Meister geklagt. In der nächsten Fabrikbesprechung wird über die geeigneten Schritte beschlossen werden.

Rummelsburg. Am 28. Juli hielt der Wahlverein seine ordentliche Generalversammlung im Lokal von Weigel ab. Dem Kassenbericht sei folgendes entnommen: Einnahme inklusive des alten Bestands 740 M. 29 Pf., Ausgabe 581 M. 54 Pf., bleibt Bestand 158 M. 75 Pf. Die Mitgliederzahl stieg von 478 auf 516. Hierauf hielt Genosse John einen kurzen Vortrag über: „Unsre Erfolge und was nun weiter". Dem reichen Beifall folgte eine außerordentlich lebhafte Diskussion, in welcher u. a. ganz besonders die Verbilligung des „Vorwärts" gefordert wurde, um endlich der großen Masse socialistischer Wähler die Möglichkeit zu geben, ihre Ueberzeugung zu festigen.

Briefkasten der Redaktion.

Wissensdurst. Bebel, Die Frau, 35. Auflage, nach der 34. unverändert. Marx Kapital, 4. Auflage. Alle drei Bände 35 M. Lassen Sie sich ein Verzeichnis der Buchhandlung Vorwärts kommen. Ihre erste Frage ist in Nr. 158 unter „Natur" beantwortet und wahrscheinlich von Ihnen übersehen worden.

Juristischer Teil.

W. B. Nein. — **R. W., Vorgelege.** Sie können wählen. Der Antrag auf Aufnahme in den preußischen Staatsverband ist an das Polizeipräsidium zu richten. — **Fechner, Schöneberg.** Soweit sich ohne Einsicht in die Statuten ersehen läßt, kann der Betreffende nicht Mitglied Ihrer Kasse sein. — **H. H. 1000.** Strafbarkeit liegt nicht mehr vor. — **N. N. 100.** Die Schwestern sind ebenfalls erbberechtigt. — **M. J. 204.** Verbieten Sie das fernere Bleiben von einem bestimmten Datum ab. Uebertritt der Betreffende das Verbot, so macht er sich des Hausfriedensbruchs schuldig. Außerdem können Sie auf Exmission klagen. — **Ust.** Nein.

Witterungsübersicht vom 31. Juli 1903. morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	755	SW	4	heiter	15	Haparanda	750	O	2	Regen	13
Hamburg	754	SSW	4	Regen	14	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	757	SW	3	wolkenl	15	Cork	766	WNW	2	bedeckt	14
Frankf. a. M.	759	S	3	Regen	13	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	763	SW	6	Regen	12	Paris	762	WSW	2	bedeckt	14
Wien	—	—	—	—	—						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 1. August 1903.

Ziemlich kühl und veränderlich, vielfach wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Inserate für die **nächste Nummer** müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Expedition abgegeben werden. **Größere Inserate** bitten wir vorher anzumelden und **bis 4 Uhr** nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 1. August.
Anfang 7½ Uhr:
Neues Operntheater. Der Kellermeister.
Westen. Alt-Heidelberg.
Lessing. Johannisfeuer.
Deutsches. Der arme Heinrich.
Anfang 8 Uhr:
Berliner. Feodora.
Kleines. Nachtasyl.
Thalia. Das Alter.
Belle-Alliance. Bayerwald-Theater: Bruder Martin.
Carl Weiß. Der Fehltritt einer Frau.
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. **Nachtasyl.** Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Zum erstenmal: **Der Fehltritt einer Frau.** Anfang 8 Uhr. Morgen, nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart. Abends: Der Fehltritt einer Frau. Im Garten: Vollständig neues August-Programm. Anfang 5 Uhr.

Belle-Alliance-Theater. Bayerwald-Theater. **Bruder Martin.** Im Garten: Specialitäten-Vorstellung, Konzert. Entree 50 Pf.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Große Extra-Vorstellung. Die eine weint, die andre lacht. Vorher: Eine Stunde Kaiser von Oestreich. Nach der Vorstellung: BALL.

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Tägl. Im herrl. Garten: Tägl. Grossart. Programm. Elly Dellasey, Eugen Milardo, Bonnet-Trio, Miss Bella Field, Dettmar u. Margarit, Rud. Schaup. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: Tanz. Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. **Sternwarte** Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum Friedrichstr. 165. Die zusammengewachsenen **Schwestern** zwanzig Jahre alt, spielen Geige!

Passage-Theater. Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. **Die Tritons,** die besten Taucher der Welt, 5 Minuten unter Wasser ohne zu atmen. Tilly Verdier, Soubrette. Kapitain Martens, Kunstschütze. Ganz Berlin zerbricht sich schon den siebenten Monat den Kopf über **AGA!** 14 neue erstklassige Nummern.

Sanssouci.

Täglich im Garten: Hoffmanns **Norddeutsche Sänger.** Anfang: Sonntags Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr. Wochentags: Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr. Sonnt., Mont. u. Donnerst. nach der Soiree: Tanz.

Fröbels Allerlei-Theater früher Publmann. Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Heute Sonnabend: **Abschieds-Benefiz Arth. Winkler.** Neu! Das Bild des Vaters. Original-Volksstück v. Anton Adam. Dazu der vollständig neue **August-Spielplan.** Im Saale: Grosser Ball. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Morgen Sonntag: Der neue August-Spielplan. Neu! Das Bild des Vaters. Im Saale: Grosser Ball. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Zoologischer Garten. Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Doppel-Konzert.** Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte. In der Arena: Raubtier-Spielschule. 6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. Vorstellungen: Wochentags 6-7 Uhr, Sonnt. 4-5, 6-7 Uhr. Eintritt: Sperrsitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

A. Stippekohls Restaurant Köpenick, Schönerlinderstr. 5. Arbeiter-Verkehrslokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Dr. Schünemann Specialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. ½12—½3, ½6—½8, Sonnt. 9-11.

Max Kliem's Sommer-Theater Hasenheide 13—15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: 17182* Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand 2c. In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schloss Weissensee. „Zum Sternecker", Inhaber: C. Koch. Täglich: Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung. Riesenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: Grosser BALL. Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch: Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung. Jeden Donnerstag: Grosses Monstre-Elite-Feuerwerk u. Doppelkonzert. Jeden Sonntag: Grosses DOPPEL-KONZERT. Kaffeeküche. — Volksbelustigungen aller Art.

Wöllsteins Lustgarten, Adlershof. 17232* Schönster und ältester Naturgarten des Südostens. 2—300jährige Linden (5000 Personen faßend) Sommerbühne, drei Kegelbahnen, Kaffeeküche 2c., prachtvolle Säle mit schöner Theaterbühne, Vereinszimmer 2c. Jeden Sonntag Konzert, Specialitätenvorstellung und **Ringkampf.** Im Saal grosser Ball bei stark besetztem Orchester.

Hasselwerder a. d. Oberspree Jeden Sonntag: **Grosses Garten-Konzert u. Ball.** Kaffeeküche, Kegelbahn, Volksbelustigungen. Grosse Ausspannung. Vereinen und Gesellschaften steht mein Lokal jederzeit unter den günstigsten Bedingungen zur Verfügung. 21802* Um gütigen Zuspruch bittet Gustav Hempel.

Kraft-Pumpstation „Zum Plänterwald" für Radfahrer und Civil. 19432* **Carl Nattke, Treptow,** Neue Krug-Allee. Große Auswahl in Speisen. ff. Biere, große Weiße 20 Pf., kleine 10 Pf.

Apollo-Theater. Täglich: **Die Liebes-Insel** mit dem sensationellen **Briefmarken-Ballett.** Ein ungetreues Weib. Mimodrama in 2 Akten, gespielt von Merians dressierten Hunden. The Avolos — Brothers Kaufmann. Messters Kosmograph. Neue Bilder-Serie.

Treffpunkt Köpenick, Restaurant Eisner, Bahnhofstr. 34. Gute Speisen und Getränke, solide Preise. Vereine und Familien freundlichst eingeladen. 20754*

Metropol-Theater. Der grösste Erfolg dieser Saison! Zum 202. Male: **Neuestes! Allerneuestes!** Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzende Ballette. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet. —

Bernhard Rose-Theater Gesundbrunnen, Badstraße 58. **Verbotene Wege.** Volksstück mit Gesang in 2 Akten von Hans Müller. The three Amaranths, Akrob.-Tänzer. Karl Groth, Groteskkomiker. Rivas und Diras, Antipodenakt auf lebendem Piedestal. Richard Wagner, Konzertsänger. Mary Ellys, moderne Tyrolienne. Gaupert mit seinen dressierten Hunden. Otto Waldemar, moderner Blitzdichter. Ada Rivas mit ihrem Wunderglobus. Mary Förster, Solotänzerin. Ballett-Gesellschaft „Saltarello". Anfang 4 Uhr. Montag, den 3. August cr.: Benefiz für Richard Wagner.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz. Jeden Tag: **Konzert** des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara. Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.

Prater-Theater Kastanien-Allee 7—9. Direktion: M. Kalbo. Täglich: **Johanniszauber.** Operetten-Burleske in 4 Bildern von W. Gericke. Konzert und Ball. U. a.: Deta Waldau. Bravour-Soubr. Original Eugen Milardo, Tanzhumorist. Neu! The Berlings, Neu! die singende Luftsee. Johnke Compagnie. Transformations-Reck-Pantomime. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Freitag, den 7. August: Benefiz für den Regisseur Arthur Seelen. Zur Aufführung gelangt: Alt-Heidelberg du Feine.

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferst. 71. **Hermann Imbs.** Täglich: Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Reichshallen

Heute: Wiederbeginn der Soireen der **Stettiner Sänger.** Anf. Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Schweizer-Garten am Königsthor, am Friedrichshain. Täglich: **Theater** und **Artisten-Vorstellung, Ball** und Volksbelustigungen. Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf. Nur erstklassige Künstler. Neue Attraktionen. Abends 10 Uhr: **Die Amazonengarde.** Ausstattungsposse m. Ges. in 2 Bildern.

Diez' Specialitäten-Theater Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station). Ob schön! Ob Regen! Täglich das vollständig konkurrenzlose Riesen-August-Programm! H. Stahnke. Mst. Deamando und Miss Anni. The Delsons. Loro-Quartett. Gebr. Bellong. Fritz Brand. Dustes Bioscop usw.

Strand-Restaurant am Müggelsee zwischen Müggelschloß u. Aussichtsturm. Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume, Belustigungen aller Art. Coulante Preise. M. Degebrodt, „Strandschloss", Köpenick.

Waldschlösschen und **Fischerhütte** mit Müggelseebad. Jeden Sonnabend u. Sonntag Freikonzert. Vorzüglicher Ausflugsort für Vereine, Fabriken usw. Herrlich im Wald gelegen. 4 Kegelbahnen. Grosse Ausspannung.

Köpenick. Wilhelmsgarten v. L. Scheer, Rudower- u. Berliner Strassen-Ecke. Herrlicher Garten, Kaffeeküche. Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Säle für Vereine 2c.

Gänse umsonst!! sind nicht zu haben, aber für den billigen Preis von 1 Pfd. 55 Pf. stets frisch geschlachtet, auf dem Central-Viehhof, Eidenarstraße, gegenüber Restauration Cibulski. Bettfedern-Verkauf Paul Hoft. 12/19*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1–5. **Fernsprecher Amt VII, 358.**

Montag, den 3. August 1903, abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

General-Versammlung

der Verwaltungsstelle Berlin.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom zweiten Quartal und Bericht der Revisoren.
2. Neuwahl des ersten Kassierers, des zweiten Bevollmächtigten, des zweiten Kassierers, eines Revisors und eines Beisitzers.
3. Diskussion über den Bericht von der General-Versammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet

119/12* **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1–5. **Fernsprecher: Amt VII, 353.**

Sonntag, den 2. August 1903, vormittags 9 Uhr:

Versammlung aller Feilenarbeiter

von Berlin und Umgegend

im Lokale **Gesellschaftshaus Wedding,** Müllerstr. 7.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über den Stand unserer Lohnbewegung und welche Schritte unternehmen wir zur Durchführung unseres Tarifs. 2. Diskussion.

Das Erscheinen aller Kollegen erfordert die wichtige Tagesordnung, da es gilt, Anordnungen zu treffen über die Führung unseres Streiks. — **Die Arbeitgeber der Feilenbranche sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen.**

119/16* **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Möbelpolierer.

Bei der Dampferpartie ist eine Cigarrentasche mit dem Monogramm **V. L.** verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, diese bei Herrn Nitz, Skalitzerstr. 59, abzugeben.

Die **Zahlstelle Koppenstr. 42** ist verlegt nach der **Zorndorferstrasse 8** bei Genosse Franke. 146/18

Montag, den 3. August, abends 8½ Uhr, in Rixdorf, Steinmetzstraße 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Albrecht Fülle.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Mittwoch, den 5. August, abends 8 Uhr, Engel-Ufer 15:

Versammlung sämtlicher Vertrauensmänner.

Jede Werkstatt muss vertreten sein.

Die Mitglieder, welche einem Gesangverein angehören und gewillt sind, bei der Gesang-Aufführung zu unserm 20jährigen Stiftungsfest mitzuwirken, werden gebeten, am Montag, den 3. August, abends 8½ Uhr, Blumenstr. 38, zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Nationale Krankenkasse d. deutsch. Gold- u. Silberarbeiter

u. verw. Berufsgenossen (E. H.) zu Schw.-Gmünd.

Montag, 3. August, abends präc. 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Anträge betreffend Statutenänderung. 2. Wahl von drei Abgeordneten zur 10. ordentlichen General-Versammlung, welche am 21. September d. J. und folgende Tage in Hanau a. M. stattfindet. 3. Verschiedenes.

Das Kassenbuch legitimiert. Minderjährige haben keinen Zutritt.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Verhandlungen, da es sich u. a. um die Erhöhung der Beiträge oder Herabminderung der Leistungen handelt, ist recht zahlreiches wie pünktliches Erscheinen notwendig. 29700

Der Vorstand.

J. A.: **C. Holtkamp,** Vorsitzender, Admiralstr. 18 E.

Verband der Tapezierer.

(Filiale Berlin.)

Bureau: Engel-Ufer 15. Amt 7a, 6672.

Sonnabend, den 1. August 1903:

Gr. Sommer-Fest

im **„Schweizergarten"** am Friedrichshain.

Konzert. • Specialitäten-Vorstellung. • Ball.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Kinder-Belustigungen. Fackelpolonaise etc.

Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr ab geöffnet. 177/13

Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Das Komitee.

Achtung! Billets, welche bis Sonnabend, den 1. August 1903, nicht zurückgegeben sind, werden als verkauft angesehen.

Sonntag, den 2. August:

Dampfer-Extrafahrten.

I. Nach **Neue Mühle.** Abfahrt vorm. 9½ Uhr.
Hin- und Rückfahrt 1 Mk.

II. Nach **Schloß Woltersdorf.** Abfahrt nachm. 2½ Uhr.
Einfache Fahrt 50 Pf.

Abfahrt in Berlin an der Stralauer Brücke, Ecke Waisen-Brücke, Station Kahnt & Hertzer. 22082

Dampfer sind noch an Sonn- u. Wochentagen billig zu vermieten.
Stralau, Tunnelstr. 34.
Amt VII 580. **L. Kahnt.**

Kurpark-Restaurant Fichtenau.

Grösstes und schönstes Etablissement von Fichtenau.

Grosser Saal, Zimmer für Gesellschaften, Kegelbahnen, Kaffeeküche, franz. Billard, Schaukeln, Turngeräte und Volksbelustigungen aller Art, vorzügliche Speisen, gut gepflegte Biere, Ausspannung.

Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken empfohlen unter günstigen Bedingungen (einziges freies Lokal am Ort).

20322* **Otto Burckhardt.**

Paul Hilperts Restaurant u. Garten

Halensee, Kurfürstendamm 126.

Erste Haltestation für Kremser. Fußpartien usw. am Bahnhof Halensee. **Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisenkarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee kochen.**

Zahlreichem Besuch sieht entgegen [20342* **Paul Hilpert.**

Eine Tochter.

Philipp Bernstein und Frau **Charlotte,** geb. **Singer.**

Berlin, Schönhauser Allee 166, den 30. Juli 1903. 2215 L.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Tischler

Albert Zander

am Mittwoch, den 29. Juli, an Lungenentzündung verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 1. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

85/11 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Am 29. Juli starb nach langem Krankenlager unser treues Mitglied

Hermann Meinert,

Rathenowerstr. 43, im Alter von 42 Jahren. 143/8

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem St. Johannis-Kirchhofe (Plötzensee) statt.

Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen ersucht

Die Verbandsleitung.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Specialarzt für [13/19*

Haut- und Harnleiden.

10–2, 5–7. Sonntags 10–12. 2–4.

Ortskrankenkasse der Kürschner u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Die von der Generalversammlung am 15. April 1903 beschlossene dritte Abänderung des Statuts ist vom Bezirksausschuß am 17. Juni cr. genehmigt worden. 275/5

Ein Exemplar der Abänderung erhalten die Mitglieder gemäß den Bestimmungen des § 67 des Statuts eingehändigt.

Der Vorstand.

J. A.: G. Seidenkranz, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Eine außerordentliche Generalversammlung der **Eschkeschen Kranken- und Sterbekasse No. 60** findet am **Montag, den 10. August 1903, abends,** im Kassenlokal, Langestr. 30, statt.

Tagesordnung:

Statuten-Aenderung.

Um rege Beteiligung bittet

29715* **Der Vorstand.**

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.

Für Radfahrer!

Radfahrerpläne von Berlin mit Angabe der Art des Straßenpflasters, der für Radfahrer verbotenen Straßen rc. . . 50 Pf.

Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Jüterbog, von Genthin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand aufgezogen, in Karton 1,75 M.

Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Beschaffenheit der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meere, Steigungen rc., kleinem Führer, aufgezogen, in Karton, **jede Sektion** 1,50 M.

Wollen Sie vorteilh. kaufen?

So kaufen Sie nach Gewicht!

Ich führe **nur erstklassige Marken** und notiere bis auf weiteres ab m. Lagerplatz

Berlin O., Brombergerstr. 15/16 (königl. Ostbahnhof)

Ia **Senftbrgr. Marienglück,** 7", p. Ctr. (110–120 Stück) 75 Pf.

Ia **Diamant,** 7", ges. gesch. Qual., unerreicht, p. Ctr. (110–120 St.) 80 Pf.

I. **Ilse-Briketts,** 7", bei 50 Ctr. p. Ctr. (110–120 Stück) 85 Pf.

Ia **Ilse u. Diamant,** Halbsteine sowie Wurf-Briketts, Ia Qual., p. Ctr. 65 Pf. **frei Keller pro Centner 10 Pf. mehr.**

Bei Salon-Briketts **von 50 Ctr. 5 Pf.,** bei **100 Ctr. abermals 5 Pf.** billiger. — Ia doppelt gesiebt **Anthracit Cade** p. Ctr. M. 1,90, Buchen-, Birken-, Kiefern-Kloben I. Klasse, zerkl. auf eig. Maschinen, 2–3 Schnitt, p. Mtr. M. 11,—, 4–6 Schnitt 50 Pf. mehr. Ia **Oberschl. Steinkohlen** u. **andre billigere Marken** in Briketts II. Qualität, sowie **Cooks,** grob u. zerkleinert, **liefere laut Preisliste.** 1910 L*

Bei Original-Waggons u. gröss. Abschlüssen direkt von d. Gruben verl. Sie meine Special-Offerte.

A. B. Koch, Berlin O.,
Kohlen-Grosshändler.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 25 Mk. **4 Mk. 50**

Echtblaues Monteur-Jackett **1 M. 90**
Echtblaue Monteur-Hose . . **1 M. 50**
Echtblaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . . **2 M. 50**
Echtblaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . . **2 M. 10**
Manchester-Hose 8,50, 5,25, 4,25, **3 M. 50**
Gefüttert. Manchest.-Jackett 14,— **9,—**
Weiße Friseur-Jacketts 3,50, **2 M. 75**
Konditor-Jacken, 2reihig 4,25, **3 M. —**
Maler-Kittel . . . 3,—, 2,50, **2 M. —**
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—, **2 M. 40**
Weiße Leder-Jacketts, 2reihig 7,50, **3 M. 75**
Weiße Lederhosen . . . 4,50, **2 M. 75**
Zwirnhosen, fest u. schön, 3,—, **1 M. 75**

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 21a, 25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 21. Preisliste 1903 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 19652*

— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Tod allen Wanzen

durch meine Wanzen-Tinktur, in Flasch. 0,50, 1,00. Zerstäuber 50 Pf. Schwaben, Flöhe, Fliegen, Blattläuse rc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schachtel 0,30, 0,60 und 1 M.

1000 M. Belohnung

zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur zu haben bei **Otto Gottschalk,** Droguerie, **Krautstr. 55a,** an der Großen Frankfurterstr. 19112*

Nur die alten Eichen rauschen. Den Laubwald in seiner größten Pracht zu sehen, bietet nur allein die Umgebung vom

Restaurant Pferdebucht bei Köpenick.

Halte mein Lokal (10 000 Personen fassend) für Vereine und Gesellschaften zu Landpartien bestens empfohlen. Bestellungen werden schon jetzt entgegen genommen. — Es ladet zu Ausflügen ein

19682* **Wilhelm Brüsewitz.**

Adlershof. Restaurant Meissner

Vor dem Bahnhof. Ecke der Bismarckstrasse.

Empfehle den geehrten Vereinen, sowie Partien, Privatgesellschaften und Radlern rc. mein herrlich gelegenes 22102

Garten-Restaurant mit Kegelbahnen

und **Saal,** welchen ich jetzt der **Arbeiterschaft zu allen Versammlungen usw. zur Verfügung** gestellt habe.

Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrenden Gäste durch coulanteste Bedienung zufrieden zu stellen und bitte um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Hermann Meissner, Gastwirt.

Luftbad Nüpi

am Bahnhof Jungfernheide eröffnet für Herren. 28815*

„Wilhelmsgarten", Hirschgarten.

Empfehle den Vereinen und Gesellschaften meinen **großen schattigen Garten,** ca. 2000 Personen fassend, **großen Saal, verdeckte Kegelbahnen** und **Kaffeeküche.** — Außerdem mein **neuerbautes Restaurant**

„Zur Waldburg",

dicht am Bahnhof, herrlich im Wald gelegen, mit großem Saal, 500 Personen fassend, schattigem Garten, Kegelbahnen, Kaffeeküche und Ausspannung. Gutgepflegte Biere, reichhaltige Speisenkarte. **Wilhelm Keller,** Gastwirt.

Brodts Gesellschafts-Haus.

Erkner am Dämeritz-See.

3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen — empfiehlt sich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer den geehrten Familien, Vereinen, Fabriken und Gesellschaften zu angenehmem Aufenthalt. 2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Schutz für 1500 Personen. Sonnabende und Sonntage noch für Vereine zu vergeben. 21012*

Wo? ist der schönste Ort für Landpartien? Auf der Insel Pfaueldwerder, Wirtshaus zum Freund; bequem per Fuß, Rad, Kremser, Bahn und Dampfer zu erreichen.

Für gute Küche und Getränke wird stets bemüht sein

Der alte Freund.

Ueber der Brücke und rechts. **Woltersdorfer Schleuse!** Ueber der Brücke und rechts.

R. Albrechts Restaurant

früher Witwe **Lehmann.**

Empfehle mein **allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal** den **Vereinen** und **Gesellschaften** zu Ausflügen rc. Großer schattiger Garten (1000 Sitzplätze). Großer Tanzsaal. Kegelbahnen. Schießhalle. Kaffeekochen a Liter 80 Pf.

Juli und August noch einige Tage frei. 18922*

Waldschänke

Radfahrer und Ausflüglers beste **Verpflegungs-Station,** direkt a. d. Chaussee zwischen **Wilhelmshagen u. Erkner,** gegenüber der Heilanst. Kegelbahnen, Bert. Weiße 20 Pf. **Fahrentholz.**

See- und Park-Restaurant „Wendenschloss".

(bis-a-vis Grünau, am Fuße der Müggelberge.)

Der neue Besitzer empfiehlt dem geehrten Publikum, Vereinen, Gesellschaften und Fabriken sein wirklich romantisch gelegenes Lokal mit altem, schattigem Naturgarten. Bietet einen idyllischen Aufenthalt. **2 Tanzsäle mit Pianino, 2 Kegelbahnen,** Billard, Schießbuden, Schaukeln wie andre Belustigungen. **(2 Dampferbrücken.) Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.** Für Vereine und Fabriken günstige Bedingungen. Auch stelle Dampfer außerordentlich billig zur Verfügung. Um zahlreichen Zuspruch bittet

19009* **Felix Ditrich** (früher Dresdenerstraße 116).

Achtung! Müggelschlösschen!

Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!

Allbekanntes Festlokal, herrlich an **Spree u. Müggelsee** sowie zugehörigem Wald gelegen.

Spielplätze. Große und kleine Säle. Kegelbahnen. Wasserfahrrad rc. rc. Jeden Sonntag: **Ball.** Vorzügliche Speisen zu soliden Preisen. Gut gepflegte Biere. Vorzügl. Kaffee und Kaffeeküche 20312*

empfiehlt **A. Endrigat.**

Gewerkschaften! Vereine! Fabriken!

Seeschlösschen Friedrichshagen

eignet sich am besten zu Sommerfesten rc. Schöner schattiger **Garten direkt am Müggelsee** gelegen. Dampferstation der Sterngesellschaft. Auch Pferdebahn vom Bahnhof bis vor das Lokal. **Saal, Kegelbahn, Kaffeeküche, Volksbelustigungen, Ruderboote.** Gute Küche, ff. Biere. Um geneigten Zuspruch bittet **Ad. Berndt.** [19422*

● Sonnen- und Luft-Bad. ●

Stralau, Tunnelstr. 28/29.

Inh.: **August Pankau.** 19339

Gasthaus zur „Rahnsdorfer Mühle"

von **Anna Klemm.** 18989*

Vorzügliche **Speisen u. Getränke, Kaffeeküche, Tanzsaal, Kegelbahn,** schöner schattiger Garten, kleine Preise: große Weiße 20 Pf.

Jede Uhr

zu **reparieren** und **reinigen** kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.,** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in **Uhren, Goldwaren, Ketten** zu erstaunlich billigen Preisen. **Dukaten-Trauring, 900 gest.,** 1½ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echt Rathenower Brillen, Pincenez, Operngläser. 19672*

T. STOLZ, Chausseestr. 78, **P. Stolz,** Badstr. 57.

Wo kaufen Sie Ihren Sonntagsanzug?

Bei **Herrmann Schlesinger!**

Und Ihre Arbeitssachen?
Bei **Herrmann Schlesinger!**

Wo kauft der Metallarbeiter?
Bei **Herrmann Schlesinger!**

Und der Straßenbahner?
Bei **Herrmann Schlesinger!**

Wo kauft der Maler?
Nur bei **Schlesinger!**

Und der Maurer?
Auch bei **Schlesinger!**

Wo kauft der Kutscher?
Erst recht bei **Schlesinger!**

Und der Zimmerer?
Stets bei **Schlesinger!**

Ja selbst der Schneider
kauft auch bei **Schlesinger!**

Wo wohnt denn **Schlesinger?**
Turmstraße 85.

Weshalb kauft man bei **Schlesinger?**
Weil man bei ihm gut kauft.

Verantwortlicher Redacteur: **Julius Kaliski** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Litterarische Rundschau.

Reichstagsrecht.

Das autonome Reichstagsrecht. Die Geschäftsordnung und die Observanz des Reichstags in systematischer Darstellung. Von Dr. Kurt Perels, Privatdocent an der Universität Kiel. Berlin 1903. Verlag von Ernst Siegfried Mittler u. Sohn. 136 S. Preis 3 Mark.

Eine parlamentarische Geschäftsordnung hat die Aufgabe, dem Parlament und seinen Mitgliedern eine Ausübung der ihnen obliegenden Rechte und Pflichten zu ermöglichen. Der Inhalt der Geschäftsordnung hängt aufs engste mit der Machtbefugnis des Parlaments und der Achtung vor parlamentarischer Entwicklung und damit mit der Berücksichtigung der Rechte der Minderheit zusammen. So viele Parlamente es giebt, so viele Geschäftsordnungen giebt es. Es giebt nicht zwei Länder, für die dieselben parlamentarischen Regeln bestehen, so wie es nicht zwei Länder giebt, die dieselbe Verfassung besitzen. Die Geschäftsordnung stellt ein Stück, und nicht das unwichtigste, Verfassungsleben dar. Rein äußerlich betrachtet lassen sich zwei Systeme Geschäftsordnungen unterscheiden. Das eine System kennt nur Beschlüsse, die aus Anlaß bestimmter Fälle gefaßt werden. Die so gefaßten Beschlüsse werden sinngemäß auf ähnliche Fälle angewendet; ungeschriebenes Herkommen ist maßgebend. Dies System befolgen die Parlamente von England, die englischen Kolonien und Amerika. Eine andre Gruppe Geschäftsordnungen sucht möglichst alle Fälle, die etwa vorkommen könnten, systematisch im voraus zu regeln, stellt allgemeine Regeln auf, aus denen die Entscheidung für Einzelfälle zu entnehmen ist. Die Mutter dieser Art Geschäftsordnungen ist Frankreich, die meisten Parlamente des europäischen Kontinents, auch das deutsche, sind diesem System gefolgt.

Es giebt innerhalb dieser Gruppe Geschäftsordnungen, die ein für alle Mal durch die Verfassung oder durch Gesetze festgelegt sind, und solche, die allein von Parlament zu Parlament, von Legislaturperiode zu Legislaturperiode gefaßt werden. Die Geschäftsordnung für den deutschen Reichstag beruht auf folgenden Vorschriften der Verfassung des Deutschen Reiches. Es schreibt die Reichsverfassung im Artikel 22 vor: „Alle Verhandlungen des Reichstags sind öffentlich". Im Artikel 27 bestimmt sie ferner: „Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und er wählt seinen Präsidenten, seine Vicepräsidenten und Schriftführer". Artikel 28 endlich schreibt vor: „Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlußfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder erforderlich."

Auf Grund der Reichsverfassung und innerhalb der durch sie gezogenen Grenzen ist also der Reichstag souverän. Die Geschäftsordnung, die sich ein Reichstag giebt, gilt nur für ihn, **nicht für seinen Nachfolger.** Der konstituierende Reichstag vom Jahre 1867 nahm die preußische Geschäftsordnung zur provisorischen Grundlage seiner Verhandlungen. Mit einigen, insbesondere am 16. Juni 1868 beschlossenen Aenderungen wurde diese Geschäftsordnung von Legislaturperiode zu Legislaturperiode (am 21. März 1871, 5. Februar 1874, 22. Februar 1877, 9. September 1878, 17. November 1881) ohne Widerspruch auf Vorschlag des Alterspräsidenten debattelos zur Geschäftsordnung des Reichstages erhoben. Von der sechsten Legislaturperiode, die 1884 begann, ab wurde kein Beschluß über die Gültigkeit der Geschäftsordnung mehr gefaßt: sie wurde thatsächlich als zu Recht bestehend von allen Parteien anerkannt. Freilich sind über ihre Auslegung gerade in der letzten Zeit die lebhaftesten Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck gebracht. Neben der geschriebenen Geschäftsordnung hat sich für den Geschäftsgang des Reichstages ein Brauch entwickelt, der teilweise in direktem Gegensatz zu den Vorschriften der Geschäftsordnung steht. Dieser Brauch kann als für die Mitglieder des Reichstages rechtsverbindlich nur erachtet werden, wenn er längere Zeit hindurch ohne Widerspruch in gleichförmiger Wiederholung als äußere Richtschnur des Handelns beobachtet ist. Dies Gewohnheitsrecht hat sich insbesondere seit der präsidialen Stellung des Centrums nach zwei Richtungen hin im schärfsten Gegensatz zu der Uebung in Ländern mit parlamentarischer Verfassung rückwärtsrevolutionierend entwickelt: nach der Richtung der Herabdrückung des Reichstags unter das Niveau mittelalterlicher Ständevertretungen, sowie der Volksvertreter zu „allerunterthänigsten, treu gehorsamsten Dienern" des deutschen Kaisers mit unverantwortlichem Ministerium und nach der Richtung der Entrechtung der Minderheit, der verfassungswidrigen Behinderung ihrer Mitglieder an der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten.

Für die Entwicklung des politischen Lebens wäre eine eingehende Darstellung des Reichstagsrechts von hoher Bedeutung. Eine solche fehlt für Deutschland völlig. Aehnliche zusammenfassende Darstellungen, wie sie May und Jefferson für englischen, Cushing für amerikanischen Parlamentsbrauch gegeben haben, entbehrt Deutschland. Seit den Aufsätzen, die Robert v. Mohl im Jahre 1875 über Ordnung und Gewohnheit des deutschen Reichstages geschrieben hat und die auch einen Anspruch auf Vollständigkeit keineswegs erheben, sind nur wenige mit der Geschäftsordnung in Zusammenhang stehende Abhandlungen erschienen.

Das Perelssche Buch ist geeignet, einen Baustein für eine umfassende, kritische, staatsrechtliche Darstellung des Reichstagsrechts zu liefern. In 136 Seiten sucht Verfasser auf Grundlage des Materials, welches vornehmlich die stenographischen Berichte und die Drucksachen des Reichstages darbieten, die geschriebene und ungeschriebene Ordnung des autonomen Reichstagsrechtes darzustellen. Das Buch ist eine außerordentlich fleißige Arbeit. Gegen 600 Anmerkungen, gespickt mit Hinweisen auf Tausende von Vorgängen in den Reichstags-Debatten, beweisen die Gründlichkeit, mit der der Verfasser zu Werke gegangen ist, um die Anwendung der Geschäftsordnung und den Brauch des Reichstages neben der und gegen die von ihm selbst geschaffene Geschäftsordnung zu registrieren. Leider beschränkt sich das Buch hierauf. Insbesondere fehlt jegliches Eingehen auf die Entstehungsgeschichte der preußischen Geschäftsordnung, auf den Zweck der einzelnen Vorschriften, auf den Grund der Einzelvorschriften, auf ihren Zusammenhang mit der staatsrechtlichen Gestaltung der politischen Verhältnisse Deutschlands und des parlamentarischen Werdegangs. Aber auch in dem beschränkten Umfang, den Verfasser seiner in knappster Form geschriebenen Darlegung gesetzt hat, bietet seine Arbeit für Politiker und Staatsrechtler aller Parteien eine höchst dankenswerte Zusammenfassung, wie wir sie in auch nur annähernd ähnlicher Gründlichkeit noch nicht besitzen.

Wiewohl Verfasser kein Freund des parlamentarischen Lebens zu sein scheint, decken sich seine Ansichten in vielen Punkten mit den bei den verschiedensten Gelegenheiten entwickelten Ansichten entschiedener Anhänger des parlamentarischen Lebens und seiner Ausgestaltung.

Aus der reichen Fülle des gerade jetzt sehr aktuellen Stoffes seien einige Punkte herausgegriffen.

Mit der Reichsverfassung in Widerspruch und deshalb auch nach Perels Ansicht ungültig sind unter anderm folgende Vorschriften der Geschäftsordnung und des Reichstagsbrauchs: Die Zulassung geheimer Reichstags-Verhandlungen, denn Art. 22 der Verfassung schreibt Oeffentlichkeit der Verhandlungen vor, ferner die Ausschließung eines Mitgliedes wegen „gröblicher Ordnungsverletzung", denn „das Mitglied ist auf Grund der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes berechtigt und verpflichtet, an den gesamten Verhandlungen des Reichstages teilzunehmen." Ebenso widerspricht der Reichsverfassung (siehe den oben citierten Art. 28) eine Beschlußfassung des Reichstages, wenn weniger als die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl (also 199) anwesend sind. Die bei geringerer Anzahl gefaßten Beschlüsse sind, wie Perels in Uebereinstimmung mit Laband und dem größten Teil der Staatsrechtslehrer zugiebt, verfassungswidrig und nichtig. Nur will Perels im Gegensatz zu Seydel die Nichtigkeit auf solche Beschlüsse beschränkt wissen, welche bei der Gesamtabstimmung von einem nicht beschlußfähigen Hause gefaßt sind. Denn nur diesen Beschlüssen komme eine Rechtswirkung nach außen zu, vor der ungültigen Beschlußfassung erfolgte Abstimmungen seien lediglich Formen der **Beratung,** die nur der Norm des Artikel 27 der Reichsverfassung unterliegen. Diese Beschränkung dürfte nicht zutreffen: Artikel 28 setzt der Autonomie des Reichtags eine verfassungsmäßige Schranke, an der die Fiktion eines nicht beschlußfähigen Reichstages als eines beschlußfähigen in allen Stadien der Beratung zerschellt.

Wie steht es mit dem Verkehr des Reichstages mit dem Kaiser, der Erwähnung von Aeußerungen des Kaisers und der Kritik kaiserlicher Maßnahmen?

Ueber den Verkehr des Reichstages mit dem Kaiser enthält die Geschäftsordnung nur zwei Vorschriften: § 12 schreibt vor: die Konstituierung des Reichstages und das Ergebnis der Wahlen zu den Vorstandsämtern wird durch den Präsidenten (nicht durch das Präsidium) dem Kaiser angezeigt. § 68 bestimmt: soll eine Adresse durch eine Deputation überreicht werden, so bestimmt der Reichstag auf den Vorschlag des Präsidenten die Zahl ihrer Mitglieder: das Los bezeichnet sie. Der Präsident ist jedesmal Mitglied der Deputation und führt allein das Wort." Perels registriert lediglich diese Behandlung der ceremoniellen Beziehungen des Reichstages zum Kaiser ohne weitere Kritik oder Ergänzung. Und doch stellen sie nicht vollständig den Reichstagsbrauch dar und sind bezüglich ihrer konstitutionellen Zulässigkeit nicht ohne Einspruch geblieben. Nicht vollständig: seit einer langen Reihe von Jahren ist es üblich, daß das Präsidium nach der amtlichen Anzeige durch den Präsidenten um die persönliche Vorstellung beim Kaiser nachsucht. Vom konstitutionellen Standpunkt aus vertritt hierbei das Präsidium keineswegs den Reichstag. Sogar gegen die Zulässigkeit einer Thronadresse sind bei der Beratung über die erste im Jahre 1867 an das Bundespräsidium (den König von Preußen) gerichtete Adresse gewichtige Bedenken geäußert, weil in einem konstitutionellen Staatswesen das Parlament lediglich an ein verantwortliches Ministerium sich zu wenden habe. Von der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen Form der Ueberreichung einer Adresse ist in dem Jahre 1888 (Thronbesteigung des Kaisers Friedrich und des jetzigen Kaisers) insofern abgewichen, als nicht durch das Los gewählte Mitglieder, sondern die Präsidenten die Adressen überreichen sollten.

Wichtiger als diese, immerhin vom staatsrechtlichen Gesichtspunkt aus nicht völlig unerheblichen Regeln über den Verkehr mit dem Kaiser, ist die Frage der

Zulässigkeit der Erwähnung von Aeußerungen des Kaisers oder deutscher Bundesfürsten.

Mit Recht hebt Perels hervor: eine derartige Erörterung ist weder durch eine gesetzte Rechtsnorm noch durch die Observanz ausgeschlossen und deshalb nicht als unzulässig anzusehen. Irrig ist seine Annahme, es widerspreche das Eingehen auf kaiserliche Aeußerungen dem konstitutionellen Brauch und dem Reichstagsbrauch. Perels selbst weist auf auf eine Reihe Begebenheiten hin, in denen von diesem Brauche abgewichen und gegen die Einführung solchen Brauchs unter Berufung auf die Verfassung und die Geschäftsordnung protestiert ist. Interessant ist die Erinnerung daran, daß Fürst Bismarck zuerst das Recht, kaiserliche Aeußerungen in die Debatte zu ziehen, hervorgehoben und betont hat. Im Jahre 1871, bei Gelegenheit des Dotationsgesetzes, bat Bismarck um Nachsicht für die Abweichung von der „konstitutionellen Tradition, die Personen der Souveräne nicht zu erwähnen". Er wolle aber nicht von den „Souveränen im eigentlichen Sinne des Wortes", vielmehr von dem „kaiserlichen Feldherrn" reden, geht dann ausführlich auf die vermeintlichen Verdienste des Königs von Preußen um das Zustandekommen der Einheit Deutschlands ein und bittet, das „Herzensbedürfnis Seiner Majestät des Kaisers" zu befriedigen. Am 11. Dezember 1874 betonte Bismarck bei Beratung des Gesetzentwurfes über die Löhnung der Soldaten gegenüber v. Hoverbeck und Richter die Notwendigkeit für Regierungsvertreter und das Recht der Abgeordneten, „von der Person Seiner Majestät da, wo sie so wesentlich beteiligt ist, zu reden". Perels mißt demnach auch dem Grundsatze des Grafen von Ballestrem, nur über authentisch bekannt gewordene kaiserliche Reden sich zu äußern, keine Rechtswirksamkeit bei. In der That ist ja auch von diesem Grundsatze oft abgewichen. Speciell die

Frage der Zulässigkeit einer Besprechung von Begnadigungsakten

bejaht Perels (S. 11) zutreffend durchaus, da die Begnadigung ein Regierungsakt ist, für welchen gemäß Artikel 17 der Reichskanzler verantwortlich ist. Dieses klare Recht einzuengen, ist im Widerspruch mit der sonst befolgten Praxis von dem freisinnigen Präsidenten Dr. Baumbach am 10. März 1893, dem konservativen v. Levetzow am 21. Mai 1893 und dem centrumskonservativen Grafen v. Ballestrem am 11. März 1901 versucht worden.

Billigt man die mit der Ausübung des Rechts und der Pflicht der Abgeordneten unvereinbare, und deshalb verfassungs- und geschäftsordnungswidrige Ansicht, die Person des Kaisers nicht zu erwähnen oder seine Handlungen nicht zu besprechen, so gelangt man folgerichtig dazu, auch beifällige Kundgebungen, die sich auf des Kaisers Person beziehen, als unzulässig anzuerkennen. Dahin gehört das weder in der Verfassung noch in der Geschäftsordnung vorgeschriebene Kaiserhoch am Schluß einer Reichtagssession.

Aus dem

neben der geschriebenen Geschäftsordnung geübten Brauch des Reichstages

sei in erster Linie der Seniorenkonvent hervorgehoben. Diesem Brauch gehört auch an die Uebung, nach Ermessen des Präsidenten das Wort vor der Tagesordnung zu verstatten, Abgeordnete nicht mit ihren Titeln zu bezeichnen, ihre private oder amtliche Thätigkeit unerwähnt zu lassen, bei Anführungen aus Kommissionen den Namen des Kommissionsmitgliedes nicht zu nennen, den Präsidenten um Genehmigung zu Verlesungen von Citaten zu ersuchen usw.

Wichtiger als diese neben der Geschäftsordnung einhergehenden Gewohnheiten des Reichstages sind einige

gegen die Geschäftsordnung verstoßende Gepflogenheiten.

Sie üben mit Notwendigkeit allmählich ihre Wirkung gegen die Minderheit des Reichstags, deren Schutz die Geschäftsordnung im Interesse einer sachgemäßen Erledigung der Aufgaben des Reichstages dienen soll. Nach § 47 der Geschäftsordnung ist „demjenigen Mitgliede das Wort zu erteilen, welches nach Eröffnung der Diskussion oder nach Beendigung der vorhergehenden Rede zuerst darum nachsucht". Die Praxis ist eine andre: der Präsident erteilt ohne Rücksicht auf die Zeit der Wortmeldung das Wort nach Zweckmäßigkeitsgründen im Interesse einer gedeihlichen Diskussion. Diese seit vielen Jahren geübte Abweichung von der Geschäftsordnung ist erträglich und zweckdienlich, so lange sie unparteiisch lediglich im Interesse einer gedeihlichen Diskussion ausgeübt wird. Sie wird zu einer Strangulierung der Minderheit, wenn die Unparteilichkeit aufhört. Das war gegen wiederholte Proteste der Linken bei der Beratung über die Zolltarif-Vorlage und die unzulässige Kardorfferei der Fall. Perels unterläßt es leider, hierauf einzugehen: da eine Rednerliste nicht aufbewahrt wird, so ist die Behandlung dieser Frage, die Verfasser S. 93, Anm. 521 streift, durch Darlegung von Beispielen ungemein schwierig, insbesondere dann, wenn man wie Verfasser jeder politischen Erwägung ängstlich aus dem Wege geht und wohl deshalb selbst die Nennung der Namen der Präsidenten oder Abgeordneten, auf deren Aeußerungen hingewiesen wird, überall vermeidet. In jenen untes gröblichster Verletzung der Geschäftsordnung durch die Mehrheit des Reichstages und ihrer Präsidenten geführten Verhandlungen sind ja auch eine Reihe des „Uebersehens" von Wortmeldungen durch Präsidenten vorgekommen: einer der dem Grafen zu Stolberg zur Last fallenden erwähnt Perels S. 87 Anm. 477 in charakteristischer Gegenüberstellung zu einem früheren Vorgang, bei dem der Präsident die Diskussion wieder eröffnete, weil der Schriftführer es unterlassen hatte, von einer erfolgten Wortmeldung ihn in Kenntnis zu setzen.

Perels' Ansicht über die geschäftsordnungswidrige Auslegung und Handhabung der Geschäftsordnung durch die Dezembermänner deckt sich fast durchweg mit der Ansicht der damals verfassungswidrig vergewaltigten Minderheit.

Die Frage, ob, wenn Zweifel über die Auslegung von Bestimmungen der Geschäftsordnung entstehen (wie im Fall Kardorff), der Präsident oder die Mehrheit des Reichstags zu entscheiden hat, entscheidet Perels auf Seite 17 und Anm. 81 und 82 im ersteren Sinne und erklärt: eine Beschlußfassung des Hauses erscheint unzulässig. Detaillierter spricht sich Thudichum in seinem „Verfassungsrecht" (S. 167), auf das Perels hinweist, aus. Es heißt dort zutreffend: „Der Schutz der Minorität wird dadurch hergestellt, daß die Frage, wie im konkreten Fall die Geschäftsordnung auszulegen sei, allein durch den Präsidenten endgültig entschieden wird, ein Mehrheitsbeschluß darüber nicht zulässig ist." In gleicher Weise sprachen sich am 19. März 1867 im konstituierenden Reichstag der langjährige Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Abg. Dr. Graf v. Schwerin und der Präsident Simson aus. Schwerin hatte bemerkt: wie im konkreten Falle die Geschäftsordnung auszulegen ist, darüber hat der Präsident aus seiner Machtvollkommenheit heraus allein zu entscheiden. Lasker meinte dem entgegen: über Zweifel der Geschäftsordnung hat in letzter Instanz das Haus zu beschließen. Darauf erwiderte Simson: „Ich glaube, es giebt kaum einen gefährlicheren Satz als den, welchen der Abg. Lasker soeben ausgesprochen hat. Die Geschäftsordnung ist der natürliche Schutz der Minorität: wenn die Majorität im einzelnen Falle sich die Geschäftsordnung auslegen kann, so ist die Minorität dadurch in ihre Hände geliefert. Wenn Sie zu dem Präsidenten nicht das Vertrauen haben, daß er vorzugsweise seine Aufgabe darin finden wird, jede Minorität zu schützen, dann müssen Sie ihn von dieser Stelle entfernen, und die leiseste Andeutung der Art würde auch innerhalb der vier Wochen (des Provisoriums) diesen Erfolg in Ansehung meiner Person herbeiführen. Im Interesse des Hauses liegt es aber gewiß, daß Sie einem Präsidenten, dem Sie vertrauen, die Handhabung der Geschäftsordnung nach seinem Gewissen und nach seiner Ueberzeugung geben." Lebhafte Zustimmung folgte diesen Worten. Auch Lasker korrigierte seine vorher ausgesprochene unrichtige Ansicht. Das entgegengesetzte Vorgehen des Grafen Ballestrem hätte Perels noch schärfer charakterisieren können, wenn er die 2½ Jahre zuvor, am 18. Mai 1900, von demselben Präsidenten Herrn v. Kardorff gegenüber abgegebene Erklärung citiert hätte: die Mehrheit sei Herr über die Geschäftsordnung nur „innerhalb der Geschäftsordnung". Der Verfasser geht aber jeder Anführung aus dem Wege, die über eine trockene Interpretation der Geschäftsordnungs-Vorschriften hinausgeht. Desto mehr Gewicht hat seine Uebereinstimmung mit den von der vergewaltigten Minderheit bei der Beratung der Kardorfferei verfochtenen Ansichten.

Und diese Uebereinstimmung findet sich auch bei der Bejahung der Frage, ob der Antrag v. Kardorff mit § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung unvereinbar sei. Die Geschäftsordnungs-Vorschrift verlangt: „Ueber jeden einzelnen Artikel wird der Reihenfolge nach die Diskussion eröffnet und geschlossen und die Abstimmung herbeigeführt". Seite 51 Anm. 273 citiert Perels aus der Verhandlung vom 14. Mai 1879 als damals allseitige Ansicht des Reichstags, daß „nach dem Sinn der Geschäftsordnung nicht nur die einzelnen Nummern des Tarifs, sondern auch die Unterpositionen besonders diskutiert und einer besonderen Abstimmung unterworfen werden müssen". Im flagrantesten Bruch mit dieser Vorschrift, ohne die eine geregelte parlamentarische Verhandlung undenkbar ist, verstieß die Zulassung des Antrages v. Kardorff durch einen von der Mehrheit gegen ihre eigne Ueberzeugung gefaßten Beschluß.

Am 7. November 1902 wollte der Vicepräsident Büsing den Antrag Brömel nicht zulassen, der verlangte, die Tags zuvor beschlossene Verbindung der 14 Nummern des § 5 des Tarifgesetzes wieder aufzuheben. Die Mehrheit überwies die Frage der Geschäftsordnungs-Kommission. Diese schloß sich der Auffassung Büsings entgegen den Darlegungen der Minderheit an. Perels zeigt Seite 51 (Anm. 275), daß dieser Beschluß der Geschäftsordnung und ihrer früheren Handhabung widersprach. Der konservative Präsident v. Wedell-Piesdorf hatte am 11. Januar 1887 einen solchen Antrag zugelassen.

Auch einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung nach Schluß der Diskussion, wie er von der Mehrheit z. B. am 13. November zur Abwendung von 22 namentlichen Abstimmungen beschlossen und von dem Justizminister des Centrums, Dr. Spahn, verteidigt wurde, erachtet Perels (S. 58, Anm. 58) als nicht im Einklang mit der Geschäftsordnung stehend. Anträge auf Tagesordnung über Amendements hält hingegen Perels für zulässig, weil er hier im Gegensatz zu den allgemein anerkannten Grundsätzen juristischer Hermeneutik von der Entstehungsgeschichte und den Folgerungen absieht, die sich bei eingehender Untersuchung aus dem System des Gesetzes und daraus ergeben können, daß in demselben Gesetz verschiedene Worte für ähnliche Begriffe gebraucht sind. Sonst würde er zu der Folgerung haben gelangen müssen, daß Anträge auf Tagesordnung nur gegenüber einem Gegenstande zulässig sind, der einen selbständigen Gegenstand der Tagesordnung bildet.

Die Auslegung der lex Gröber („Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt. Eine von demselben zugelassene Bemerkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von fünf Minuten nicht übersteigen."), beschäftigt den Verfasser auf Seite 93, 94. Er kommt

zu dem Ergebnis, daß sich die Beschränkung der Redezeit für Bemerkungen zur Geschäftsordnung nur auf solche bezieht, die der Präsident gemäß § 44 nach seinem Ermessen zugelassen hat. „Mithin unterliegen Ausführungen, welche sich zwar auf eine Geschäftsordnungsfrage beziehen, aber auf Grund einer andren Vorschrift als der des § 44 stattfinden und zu denen das Wort erteilt werden muß, wie z. B. gemäß § 53 Abs. 2 Reden für oder gegen einen Antrag auf einfache Tagesordnung, der gedachten Einschränkung nicht." Deshalb erachtet Perels mit Recht (Anm. 525) die Verkürzung der Redezeit für die Redner zu den Anträgen auf Kommissionsüberweisung am 10. und 11. Dezember und für die Reden auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung in der Adventsnacht vom 13. zum 14. Dezember 1902 für einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung selbst mit dem Antrag Gröber.

Perels gehört zu den Staatsrechtslehrern, denen selbst unsre absolutistische Reichsverfassung mit konstitutioneller Verbrämung noch zu freiheitlich ist. Um so beachtenswerter ist das in seinen Darlegungen liegende Zugeständnis, daß der verflossene Reichstag durch gröblichste Verletzung der Geschäftsordnung und der Verfassung das Zolltarif-Gesetz verabschiedet hat.

Der neue Reichstag wird sich unter andrem mit der Frage zu befassen haben, welche Geschäftsordnung er sich zu geben gewillt ist. Die führenden Elemente scheinen, nach ihren Preßorganen zu schließen, die Absicht zu haben, der Minderheit den Schutz der Ausübung ihrer Rechte auch fernerhin vorzuenthalten und den Reichstag zu einem ausführenden Organ einer verantwortungslosen Regierung zu degradieren. Wie jeder reaktionäre Anschlag wird auch dieser am Ende sich gegen seine Väter wenden. Es giebt eben Leute, für die die Erfahrung eine Geliebte ist, auf die sie sich erst besinnen, wenn es zum Lieben zu spät geworden ist. a. st.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage von G. Birk & Co., München:

Georg v. Vollmar:

Lehren und Folgen des Reichstagswahl-Ergebnisses.

ca. 2 Bogen 20 Pf.

Alle Kolporteure und Parteigeschäfte nehmen schon jetzt Bestellungen an. 2199Q*

Ueber Land und Meer

herrscht frei das Auge, wenn es durch ein gutes Fernglas unterstützt wird. Jedermann, der sich ein solches anschaffen will, sollte nicht versäumen, die grosse Auswahl von Perspektiven für Reise und Theater in dem **Institut für Präcisions-Optik** von **Carl Buttendorff, Berlin N. Weinbergsweg 15b,** 6. Laden vom Rosenthaler Thor, zu besichtigen. Das lange Bestehen dieses Geschäftes bürgt für die Güte seiner Fabrikate. 2096L*

Bitte genau auf Firma u. Haus-No. 15b zu achten.

Triumph: Reiseglas, mittelgross, mit Etui u. Doppelriemen M. 8,—
Herkules: Reiseglas, gross, mit Leder-Etui, Riemen und Fangschnur . . . . . M. 10,—
Merkur: Reiseglas, gross, mit 8 Gläsern, Kompass, Leder-Etui, 2 Riemen, elegant, extra scharf . . M. 12,—
Meine Serien **Monopol** und **Rapid** zeichnen sich durch grosse Lichtstärke und Reinheit der Gläser aus.
Monopol: Theaterglas, klein M. 12,—, mittel M. 14,—, gross M. 16,—
Rapid, extra scharf: No. 1, für Theater u. Reise M. 18,—, No. 2, **Specialglas** für grosse Entfernungen M. 22,—, No. 3, dasselbe, grösser . . . . . M. 28,—

6. Laden vom Rosenthaler Thor.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** höchster Preis der Ausstellung.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei. 2033Q*
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Costümröcke

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig, in Satintuch, Cheviot, Alpacca, Etamine, melierten Zwirnstoffen und Piqué . . . . . jetzt 2, 3, 4, 6, 8, 10 Mk.
Amerikanische fussfreie Reiseröcke . jetzt 5.75, 9, 10 Mk.
Reisemäntel, wasserecht . . . . . jetzt 8, 10, 12 Mk.
Waschblusen . . . . . jetzt 1.50, 2, 3 Mk.
Seiden-, Bastseiden- u. Waschseidenblusen jetzt 5, 6, 8 Mk.
Jacken- u. Blusen-Costüme . wasserecht jetzt 9, 10, 15 Mk.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

Partei-Speditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittenwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost** und **West), Wilhelmsruh** und **Schönholz:** Hermann Raschke, Rügenerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Alt-Glienicke:** B. Pries, Rudowerstr. 68. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Rickel, Uhlandstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:** Otto Seifel, O. 112, Kronprinzenstraße 50, I. — **Grünau:** Hermann Steinick, Jägerstr. 16. — **Rixdorf:** M. Heinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneweide:** Richard Fürl, Edisonstraße 4, vorn 2 Treppen. — **Nieder-Schöneweide:** Bonakowsky, Berlinerstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Hitze, Hackenbergstraße 8. — **Köpenick:** Friedrich Boick, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — **Baumschulenweg:** Stock, Ernststr. 2, II. — **Neu-Weissensee:** Joseph Rein, Friedrichstr. 38, Ecke Streustraße. — **Rummelsburg:** Forgbert, Prinz Albertstr. 5a. — **Pankow:** K. Kummert, Florastr. 43.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden.

bewährteste Nahrung für Hufeke's Kinder-mehl gesunde u. magen-darmkranke Kinder.

Nach beendeter Umzugs-Saison sind die Preise auf: **Teppiche, Gardinen, Portieren u. Decken** bis zu **33⅓ %** herabgesetzt.

Teppichhaus Adler & Co.
Königstrasse 20-21, an der Judenstrasse. [2211L

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 9 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration sofort verkäuflich, Rixdorf, Ziethenstraße 13, Kohlengeschäft. 2940b*

Parteilokal, neun Jahre bestehend, Zahlstelle, wegen Krankheit zu verkaufen. Stephan, Müllerstraße 25.

Eckdestillation, zweimal Wochenmarkt, Vereinszimmer mit Vereinen, andrer Unternehmungen halber zu verkaufen Rummelsburg, Prinz Albertstraße 5a, John. *

Cigarrengeschäft zu verkaufen Großgörschenstraße 21. 2955b

Bahnhof Wildau, bei Zeuthen, Hoherlehme, Schwartzkopffstraße, Görlitzer, hochgelegene prachtvolle Baustellen, Rute 20 Mark, ohne Anzahlung, nur Zinsen 10 Jahre fest. Vermittler erhalten 20 Mark Abschluß-Prämie. Dornblatt, Gastwirt, Hoherlehme; Restaurant Carl, Prinzessinnenstraße 4; Kabermann, Insterburgerstraße 19. 1773R*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Herrenanzüge, Sommerpaletots, zurückgesetzte, aus feinsten Maßstoffen 20—38, Herrenhosen 8—11 Mark. Verkauf täglich, auch Sonntags. Deutsches Versandhaus Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Nur der Großbetrieb ist leistungsfähig! Durch Beteiligung an einer bedeutenden Fabrik bin ich in der Lage, Anzüge und Paletots noch preiswerter und gediegener zu liefern, als bisher. Denkbar größte Leistungsfähigkeit für Lager und Maß. Hermann Schlesinger, Turmstraße 85. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*

Spottbillig Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Kleidungsstücke, Remontoituhren, Ketten, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder. Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 13/9*

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. †97*

Steppdecken! Gelegenheitskauf! Seidenkloth, statt 8 M. jetzt durchweg 3,75, Posten gestickte Tischdecken 3,25 verkauft Julius Neumann, Belleallianceстraße 105. 1768R*

Krankenfahrstühle für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Essasserstraße 95. 92/18*

Metallbetten, 20 Stück, spottbillig, Rappold, Markgrafenstraße 18. [2929b*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Skalitzerstraße 40. 1763R*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, sämtliche Systeme, wöchentlich 1,00, Belle-Alliancestraße 78. 2891b

All-Rightrad 40. Heinrichs, Chausseestraße 30. 2951b

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark an und Langschiffchen von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landsbergerstraße. 1723R*

Nähmaschinen-Geschäft Wasserthorstraße 14 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzahlung. Wöchentlich 1,00. †108*

Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte von 10 Mark an. Postkarte genügt. †47*

Vorjährige elegante Herren-Frühjahrs- und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1719R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder-Zubehörteile am billigsten Große Frankfurterstraße 14, Kümmereit. †47

Nähmaschinen, Fahrräder, gebrauchte, nagelneue, Riesenauswahl, spottbillig. Pfandleihhaus Sendelstraße 20. 2990b*

Existenz! Backwaren- und Konfituren-Geschäft, 20 Jahre bestehend, krankheitshalber verkäuflich Markusstraße 2. 2987b

Anzüge, Sommerpaletots, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, auch neue vorjährige kauft man staunend billig direkt beim Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 15, III. 25

Restaurant krankheitshalber sofort verkäuflich, 1000 Mark, Katz, Wasserthorstraße 5. Brauerei hilft. †115

Cigarrengeschäft, Wohnung, fortzugshalber sofort preiswert verkäuflich (Osten) Mainzerstraße sechs. 14/2

Gemüse-, Kolonialgeschäft, Feuerung, mit Rolle zu verkaufen Blumenthalstraße 45 im Lokal. †129*

Hochelegante Muschelwirtschaft mit Paneelgarnitur verkauft spottbillig Bergstraße 79, Verwalter. 3000b

Singermaschine, tadelloser Schnellnäher (fast neu), Garantie und Unterricht, 45,00, Mechaniker Koch, Moabit, Bremerstraße 57. †89

Guramis, Makropoden, lebendes Fischfutter verkauft Stephan, Lausitzerstraße 45, Hof III. †18*

Eckdestillation, 26 Halbe Bayrisch, 11 Halbe Weiße, guter Schnapsumsatz, 2 Zahlstellen, Kaufpreis 2500,00. Miete 1900,00, wegen plötzlich schwerer Krankheit sofort zu verkaufen. Näheres Karl Kaiser, Schillingstraße 22. †48

Gutgehendes Gartenlokal ist Umstände halber zu verkaufen. Neu-Weißensee, Prenzlauer Chaussee 13. *

2 Herrenräder, neu, Umstände halber schleunigst verkauft Friedrichstraße 23, Hof II, Bernhardt. 2975b

Halbrenner, modern, kurze Zeit benutzt, komplett, 45,00. Große Frankfurterstraße 14, Keller. †47

Ringschiffchen, Babbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †97*

Bett, hochelegant, 15,00. Michel, Dresdenerstraße 38. 2979b

Möbelausverkauf!! Achtung!! Wegen Umbau muß ich noch mehrere Möbel sofort verkaufen: Neue nußbaum Kleiderschränke 27,00, Vertikos 33,00, Stühle 2,75, Trumeaus 40,00, Tische 6,00, Küchenmöbel sehr billig, Ausziehtische, Sofatische, Spiegel 6,00, Sofa, Spiegelspind mit Spiegel 33,00. Nur Reichenbergerstraße 37, Höfer. 2981b*

Wirtschaft verkaufe sofort, Brauleuten Gelegenheit, teils noch unbenutzt, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küchenmöbel, auch einzeln, Taschensofa 45,00, Muschelspiegel 10,00, Garnitur, Säulentrumeau 35,00, Paneelsofa, Teppich, Bilder, Damenrad preiswert. Gekauftes kann bis Oktober stehen. Gartenstraße 85, I links (Stettiner Bahnhof). †136*

Plüschgarnitur, rotbraune, verkauft vormittags Wesemann, Schöneberg, Ebersstraße 75a. 2973b*

Eckdestillation, zweimal Wochenmarkt, Vereinszimmer mit Vereinen, andrer Unternehmungen halber zu verkaufen. Rummelsburg, Prinz Albertstraße 5a, John. 36

Verschiedenes.

Parteigenosse sucht dringend 150 Mark 1 Jahr, Sicherheit neue Wirtschaft. Expedition Lausitzerplatz 14.

Lindemann, Brandenburgstraße 6, Musikunterricht. 2969b*

Patentbureau Dammann, Moritzplatz 57. 2722b*

Rechtsbureau. Gerichtsklagen, Eingabengesuche, Strafsachen, Raterteilung. Petsch, Brunnenstraße 97.

Rechtsbureau. Eingabengesuche, Beschwerden, Straferlaß, Testamente, Strafsachen, Berufungen, Raterteilung, Zahlungsbefehle, Ehesachen, Interventionen, Steuersachen, Armenrecht, Linienstraße 34 nachmittags, Spenerstraße 4 vormittags. †89*

Rechtsbureau, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Gerichtsbeistand, Alimentensachen, Eingabengesuche, Raterteilung. Langjährige Erfolge! 2988b*

Rechtsbureau. Gerichtssekretär, früherer. Andreasstraße 38. Billig. Sonntagsdienst. 2974b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1721R*

Fahrradbeleihung, auch Nähmaschinen, Kantstraße 55. †133*

Fahrradgesuch, auch defekt, Rabatt, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Schankkonzessions-Besorgungen Linienstraße 34 nachmittags, Spenerstraße 4 vormittags. †89*

Platina, Gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Kehrgold kauft Broh, Brangelstraße 4. 13/15*

Meßners Restaurant, Nachfolger Moritz Mix, Skalitzerstraße 59, Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. †17*

Saal zu Versammlungen, Vereinszimmer, Kegelbahn, Garten, Fremdenlogies, gute Speisen und Getränke empfiehlt Merkowski, Andreasstraße 26.

Vereinszimmer, 60 Personen fassend, empfiehlt Borchardt, Köpnickerstraße 158. 1777R*

Fahrräderverleihung. Große Frankfurterstraße 14, Kümmereit. †47

Fahrräderreparaturen am billigsten Große Frankfurterstraße 14, Kümmereit. †47

Komplette Ladeneinrichtung für Materialwarengeschäft, alt oder neu, wird zu kaufen gesucht. Näheres Nowawes, Priesterstraße 29. 1802R

Schneiderei-Abfälle sowie Haushumpen kauft gutzahlend Witzling, Oppelnerstraße 11. †18*

Goldsachen, alte Zahngebisse, Platin, Silber kauft Schneider, Brunnenstraße 137, Goldschmelze. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Zweizimmer-Wohnungen, herrliche, billigst, Zellestraße 15, Osten. *

Zwei Stuben und Küche 17,00 (wegzugshalber). Hannack, Rixdorf, Hermannstraße 55. 2999b

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für Herrn, auch Dame, billig sofort. Rüther, Seestraße 68. 2992b

Möbliertes Zimmer Görlitzerstraße 52, vorn IV. †18

Schlafstellen.

Schlafstelle, Herrn. Köpenickerstraße 126a III l. †115*

Schlafstelle für Herrn oder Dame, Waldemarstraße 65a IV, Rosenthal.

Schlafstelle vermietet Sachs, Naunynstraße 36 vorn III. 2977b

Gute Schlafstelle. Röstel, Naunynstraße 84, vorn parterre. 2993b

Schlafstelle, zwei Herren, separat, Ritterstraße 124 I, Bohnsack. 14/4

Mietsgesuche.

Suche freundlich möblierte Schlafstelle per bald. Offerten mit Preis und näheren Angaben unter V. 5 Expedition des „Vorwärts". 2978b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Redakteur, bisher bürgerlich, der auch Buchhandel kennt, sucht an Partei-Zeitung oder -Geschäft Stellung. Eventuell Expedition oder geringeren Posten, nur Gelegenheit, sich einarbeiten zu können. Empfehlungen aus der Partei zur Verfügung. Angebote unter W. 5 an die Expedition dieses Blattes. 2997b*

Stellenangebote.

Sägemeister für ein kleines Marmorsägewerk in Prettin a. E. gesucht. Näheres Neu-Weißensee, Wilhelmstraße 13. †117*

Einsetzer, über den Tarif, werden verlangt Neubau Greifenhagenerstraße 32, Ecke Rodenbergstraße. *

Tüchtigen Kistenmacher (Tischler) sucht Sachs, Engel-Ufer 19. 2983b

Maurergesell für Feuerungs-Maurerarbeiten verlangt Scharnow, Schöneberg, Bahnstraße 43. 2960b

Maurer werden verlangt Gasanstalt Tegel, Lachmann u. Sauber.

Gasglühlicht. 50 geübte Preßgasbrennerinnen, Vorbrennerinnen sofort verlangt. Dr. Saulmann, Kurfürstenstraße 146. 14/5

Säumchen-Stepperinnen im, außerm Hause verlangt Greifenhagenerstraße 85, Bernayinsky. †68

Farbigmacherinnen, geübte, bei dauernder Beschäftigung verlangt August Johanson, Goldleisten-Fabrik, Wattstraße 11/12. 15

Plätterinnen auf Stehkragen, Umlegekragen im und außerm Hause verlangt. Junge Mädchen erlernen das Plätten unentgeltlich. Max Treppe, Schönhauser Allee 167a. †68

Suche eine Frau, die des Morgens willens ist, bei Reinigung des Lokals zu helfen. Albert Bäron, Schwedterstraße 52. †68

Tüchtige Vernietererin auf Zinkguß bei hohem Lohn gesucht. Emil Stein, Ritterstraße 75, II. 2972b

Ausfertigerin auf Woche, und Mamsells verlangt Müller, Mühlenstraße 8, II. vorn. 2985b*

Mamsells auf Capes im und außerm Hause verlangt Müller, Mühlenstraße 8, II. vorn. 2984b*

Wäschenäherin für weiße, elegante Spitzenröcke, außerm Hause, beschäftigt dauernd Wittkowski, Wäschefabrik, Lindenstraße 36. 2982b*

Kartonarbeiterinnen verlangt B. Plaut, Blumenstraße 74. 1803R*

Lehrfräulein sogleich verlangt gegen monatliche Vergütigung von Mark 20.—. Hellmundt u. Comp., Möbelgeschäft, Holzmarktstraße 11. *

Tüchtige Marmorschleifer werden sofort verlangt. 2197Q*
Deutsche Steinindustrie Aktiengesellschaft vorm. M. L. Schleicher, Lehrterstr. 27/30.

Arbeitsnachweis deutscher Goldschmiede.
Engel-Ufer 15.
Für Berlin sofort 1 Gold- oder Silberarbeiter, welcher Cigaretten-Etuis zusammensetzen kann, auch mit dem Vergolden und Oxidieren vertraut ist. — 1 Goldarbeiter auf neue Arbeit. 119/15

Tischler
(Polierer), der Bekanntschaften und Redegabe zum Stadtreisenden für ein altbewährtes Poliermittel hat, kann Geld verdienen. 2988b
Adressen unter **P. S.** Postamt 82 Köpnickerstr. 98 postlagernd.

Tüchtige Stukkateure
für Ansetzarbeit (Trockenstuck) sucht **Schulze, Kiel,** Friedrichstraße 28.

Modelleur, 2994b
erste Kraft für Antragarbeit u. Werkstatt eventuell für dauernd gesucht **Schulze, Kiel,** Friedrichstraße 28.

Marketerie.
Geübte Arbeiter für Holz-Mosaik und Intarsia nach New York gesucht. Offerten von nur besten Kräften mit ausführlichen Angaben über Leistungen, Gehalt, Alter 2c. an **Rud. Mosse,** Brandenburg a. H. unt. „Marketerie" erbeten. 14/3

Achtung, Kürschner!
Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Pelzbranche:
Parisberg, Kronenstr. 21.
Herpich Söhne, Leipzigerstr. 11.
Müntel, Liebmannstr. 13.
Goldstein & Sohn, Alexanderstr. 22.
Schmidt, Nachf. Gebr. Wolf, Linkstr. 1.
Mützenbranche:
Jellinek, Blumenstr. 79.
W. Nix, Barnimstr. 41a.
J. Heilbrunn, Neue Königstr. 10.
Poltzer, Ackerstr. 7.
Deutschmann, Friedenstr. 57.
Wir ersuchen die Kolleginnen und Kollegen dringend, nur durch unsren Arbeitsnachweis (Restaur. Marquardt Mendelssohnstr. 9) Arbeit nachzusuchen
Der Vorstand
des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend. 102/7*
J. A.: Grandel, Vorsitzender.

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die **Pianofabrik** von **Nieber & Co.,** Alexanderstr. 22 und Wallner-Theaterstr. 26/27, ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen gesperrt. 142/2*
Agitations-Kommission und Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.